

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF 2007



Monatsbericht des BMF September 2007

Inhaltsverzeichnis

Editorial7
Übersichten und Termine9
Finanzwirtschaftliche Lage11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2007
Termine
Analysen und Berichte31
21. Subventionsbericht der Bundesregierung
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2006
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft – Abschluss der Zwangsarbeiterentschädigung in Deutschland
Bundespolitik und Kommunalfinanzen53
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern65
Statistiken und Dokumentationen81
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte107
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung111

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- · Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Bundesministerium der Finanzen Redaktion Monatsbericht Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 15. August 2007 hat das Bundeskabinett den 21. Subventionsbericht über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in den Jahren 2005 bis 2008 verabschiedet. Im Zeitraum 2005 bis 2008 sinken die Subventionen des Bundes um rund 2 Mrd. € auf 21,5 Mrd. €. Der Abbau der Finanzhilfen und neue Steuervergünstigungen für die Wirtschaft vor allem im Zuge der Ökologischen Steuerreform haben im vergangenen Jahrzehnt zu einer deutlichen Gewichtsverschiebung von den Finanzhilfen zu den Steuervergünstigungen geführt. Umso wichtiger ist, dass jetzt die Steuervergünstigungen mit 1,6 Mrd. € den Großteil des Subventionsabbaus tragen. Die Bundesregierung hat sich im März 2006 Leitlinien für die Subventionspolitik gegeben, die zur Erhöhung von Transparenz beitragen sowie die Steuerungsmöglichkeiten von Subventionen fördern. Der aktuelle Subventionsbericht ist auf die Berichterstattung über den Stand der Umsetzung dieser Leitlinien ausgerichtet. Mit einer externen Evaluierung der größten Steuervergünstigungen wird das Bundesministerium der Finanzen erstmalig auch diesen Bereich systematisch untersuchen.

Die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" wurde per Gesetz im August des Jahres 2000 als Stiftung des öffentlichen Rechts gegründet. Der Deutsche Bundestag bekannte sich damit gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft – beide waren je zur Hälfte Stifter – zur politischen und moralischen Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus sowie insbesondere für die durch den NS-Staat zu Zwangsarbeit genötigten Menschen. Die Stiftung organisierte ein am 12. Juli 2007 abgeschlossenes weltweites Auszahlungsprogramm an ehemalige Zwangsarbeiter. Insgesamt wurden 4,37 Mrd. € an mehr als 1 ½ Millionen Menschen ausgezahlt.



Daher tritt nun die zweite Aufgabe der Stiftung – der Fonds "Erinnerung und Zukunft" – in den Vordergrund. Mit jährlich etwa 8 Mio. € unterstützt die Stiftung dauerhaft internationale Projekte zur Förderung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Staaten, die besonders unter dem Nationalsozialismus gelitten haben.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 2006 insgesamt einen Überschuss von rund 3 Mrd. €. Dieser ist insbesondere auf die erneut deutlich gestiegenen kommunalen Steuereinnahmen zurückzuführen. Die Ausgaben stiegen nur moderat. Der Schuldenstand konnte um 2% zurückgeführt werden. Allerdings erhöhte sich der Bestand an Kassenkrediten – die eigentlich nur zur Finanzierung kurzzeitiger Liquiditätsengpässe verwendet werden dürfen um rund 4 Mrd. €. Dies kann auf eine gegenläufige Entwicklung strukturstarker und strukturschwacher Kommunen hinweisen. Mit der Unternehmensteuerreform verbessert der Bund auch die Rahmenbedingungen der Kommunalfinanzen. Die Struktur der Gewerbesteuer bleibt erhalten und in ihrem Kern unangetastet, das Aufkommen aus der Gewerbesteuer wird verstetigt. Auch die Neuregelungen in Bezug auf die kommunale Wohnungswirtschaft wie REITs und die Besteuerung der Rücklagen kommunaler Wohnungsunternehmen nehmen Rücksicht auf die Belange der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der stände.

Oberfinanzdirektionen einen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern. Die aktuelle Statistik über die Steuerrückstände erfasst die Steueransprüche des Staates an die Steuerpflichtigen, die bis zum 31. Dezember 2006 fällig geworden sind. Bis zu diesem Stichtag beliefen sich die Rückstände auf 15,8 Mrd. €. Die Rückstandsquote liegt bei 4,0 % und ist damit die niedrigste seit 1993. Auf die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer sowie die Umsatzsteuer entfallen 82,5 % der Rück-

Die Bedeutung der Schwellenländer für die weltwirtschaftliche Entwicklung nimmt weiter zu. China als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt wird nach Auffassung des Internationalen Währungsfonds in den Jahren 2007 und 2008 erstmals den größten Wachstumsimpuls für die

Weltwirtschaft leisten. Die Schwellenländer weisen insgesamt ein stabiles, teilweise dynamisches Wachstum auf. Die in den vergangenen Jahren erheblich angewachsenen Währungsreserven bilden einen wichtigen Puffer für die Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten. Damit sind die meisten Schwellenländer heute deutlich weniger anfällig für Krisensituationen als noch vor zehn Jahren.

1-17:00

Dr. Thomas Mirow Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2007	27
Termine	29

Finanzwirtschaftliche Lage

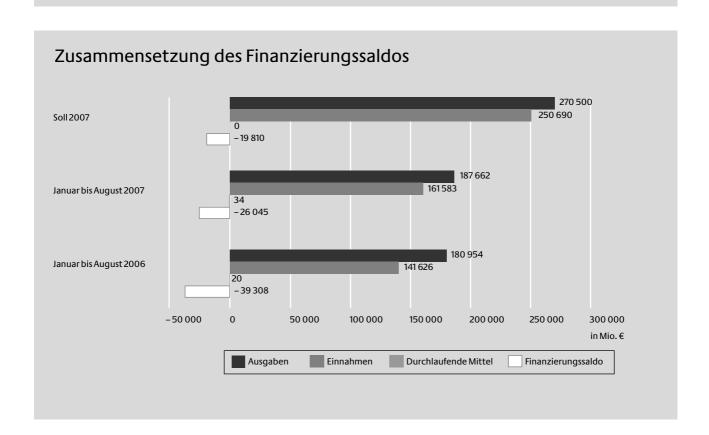
Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich August beliefen sich auf 187,7 Mrd. €. Sie lagen nominal um 6,7 Mrd. € (+ 3,7 %) über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums und

damit in etwa auf dem Veranschlagungsniveau für das Gesamtjahr (+ 3,6 %). Die im Zusammenhang mit der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes in diesem Jahr eingeführte

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2007	lst-Entwicklung Januar bis August 2007
Ausgaben (Mrd. €)	270,5	187,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,6	3,7
Einnahmen (Mrd. €)	250,7	161,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,7	14,
Steuereinnahmen (Mrd. €)	220,5	142,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	8,2	16,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 19,8	- 26,0
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 23,
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 19,6	- 2,

¹ Buchungsergebnisse.



Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung war mit bislang 4,3 Mrd. € die für den Ausgabenzuwachs gewichtigste Position. Ohne diesen Zusatzfaktor belief sich die aktuelle Steigerungsrate gegenüber 2006 auf lediglich 1,3 %.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums mit 161,6 Mrd. € um 20,0 Mrd. € (+14,1%). Die positive Einnahmenentwicklung wurde, wie auch in den Vormonaten, von der Entwicklung der Steuereinnahmen getragen. Die Steuereinnahmen stiegen im

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	lst 2006	Soll 2007		vicklung August 2007	Ist-Entw Januar bis Au	9	Verär derun
				Anteil		Anteil	ggi Vorjal
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in%	Mio.€	in %	in
Allgemeine Dienste	47 732	49 046	32 216	17,2	30 675	17,0	5,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und							
Entwicklung	4059	4318	3 411	1,8	3 040	1,7	12
Verteidigung	27 795	28 222	18 223	9,7	17 300	9,6	5,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	7 627	5 235	2,8	5 3 6 3	3,0	- 2
Finanzverwaltung	3 151	3 3 8 3	1 939	1,0	1 836	1,0	5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	7 561	4,0	7112	3,9	6
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	695	0	0,0	534	0,3	-100
BAföG	1 072	1130	800	0,4	792	0,4	1,
Forschung und Entwicklung	7 004	7 2 9 3	3 906	2,1	3 996	2,2	- 2
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134509	138 007	97 082	51,7	94710	52,3	2
Sozialversicherung	74 431	75 745	55 644	29,7	54844	30,3	1
Arbeitslosenversicherung	0	6 4 6 8	4312	2,3	0	0,0	
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	23 942 15 555	12,8	25 661	14,2	- 6
darunter: Arbeitslosengeld II Arbeitslosengeld II, Leistungen des	26 414	21 400	15 555	8,3	18 121	10,0	- 14
Bundes für Unterkunft und Heizung	4017	4300	2 908	1,5	2 655	1,5	9
Wohngeld	956	1 000	742	0,4	806	0,4	- 7
Erziehungsgeld	2 801	1 940	1 541	0,8	1 881	1,0	- 18
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2574	1 803	1,0	1 975	1,1	- 8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	498	0,3	524	0,3	- 5
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale	1 400	2005	044	0.5	002	0.4	17
Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	944	0,5	803	0,4	17
Wohnungswesen	1 002	1 446	770	0,4	652	0,4	18
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie							
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6088	3 554	1,9	3 5 2 6	1,9	0
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	448	0,2	384	0,2	16
Kohlenbergbau	1 562	1823	1 662	0,2	1 561	0,2	6
Gewährleistungen	794	1150	385	0,2	470	0,3	- 18
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10991	6 2 2 8	3,3	5 726	3,2	8
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5740	3 088	1,6	3 177	1,8	- 2
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und							
Kapitalvermögen	9 295	10 177	5 484	2,9	4839	2,7	13
Bundeseisenbahnvermögen	5 3 6 1	5 4 2 1	3 175	1,7	3 229	1,8	- 1
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	2 095	1,1	1 332	0,7	57
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	40 010	34095	18,2	33 040	18,3	3
Zinsausgaben	37 469	39278	33 473	17,8	32 322	17,9	3
Ausgaben zusammen	261 046	270 500	187 662	100,0	180 954	100,0	3

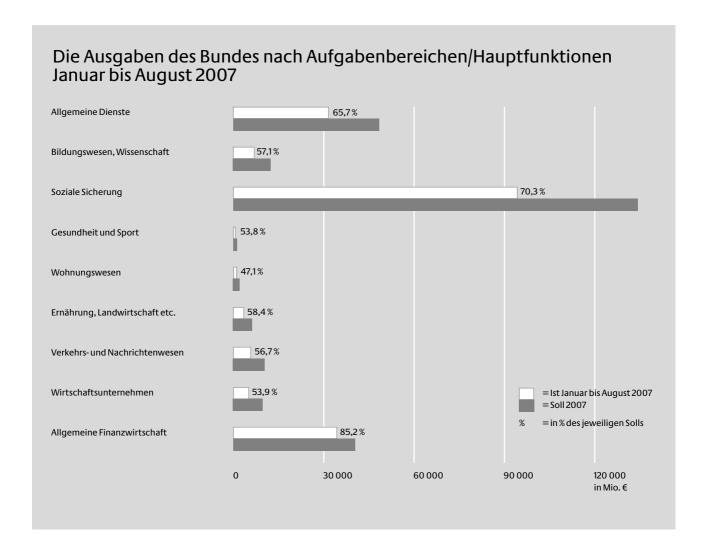
Vergleich zum Ergebnis bis einschließlich August 2006 um 16,4 %. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf Mehreinnahmen bei den Steuern vom Umsatz und der Einkommensteuer. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 18,7 Mrd. € um 0,2 Mrd. € nur knapp unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (–1,0 %).

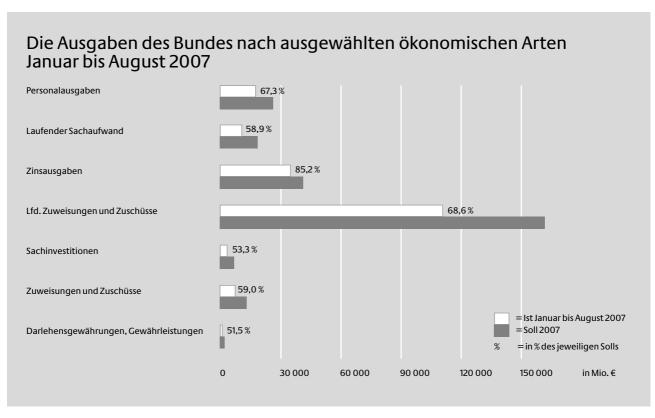
Der Finanzierungssaldo bis einschließlich August fiel auf Grund der gestiegenen Steuereinnahmen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um ca. 1/3 geringer aus.

Ein Teil der Steuermehreinnahmen in Höhe von 2,15 Mrd. € soll noch in diesem Jahr in ein Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau" eingebracht werden. Zu diesem Zweck wird das Bundesministerium der Finanzen im Herbst dieses Jahres einen Nachtragshaushalt 2007 vorlegen. Nach derzeitiger Einschätzung ist davon auszugehen, dass dabei die im geltenden Haushaltsplan 2007 vorgesehene Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € klar unterschritten wird.

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	lst 2006	Soll 2007	Ist-Entw Januar bis A		Ist-Entwi Januar bis Au		Verän- derung ggü.
	Mio. €	Mio.€	Mio.€	Anteil in%	Mio.€	Anteil in %	Vorjahr in %
Konsumtive Ausgaben	238 330	247 040	173 922	92,7	169 307	93,6	2,7
Personalausgaben	26110	26 204	17634	9,4	17361	9,6	1,6
Aktivbezüge	19730	19761	13 112	7,0	13 090	7,2	0,2
Versorgung	6380	6 443	4522	2,4	4 2 7 1	2,4	5,9
Laufender Sachaufwand	18349	18715	11 023	5,9	10 669	5,9	3,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1517	761	0,4	843	0,5	- 9,7
Militärische Beschaffungen	8 5 1 7	8 654	5 0 3 1	2,7	4820	2,7	4,4
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 3 8 2	8 543	5 232	2,8	5 007	2,8	4,5
Zinsausgaben	37 469	39 278	33 473	17,8	32322	17,9	3,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	111526	59,4	108 680	60,1	2,
an Verwaltungen	13 937	14770	9 087	4,8	9 0 6 5	5,0	0,
an andere Bereiche darunter:	142 079	147 697	102 471	54,6	99 693	55,1	2,
Unternehmen	14275	18 002	9 5 5 1	5,1	9 051	5,0	5,
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	19 753	10,5	22 195	12,3	- 11,0
Sozialversicherungen	91 707	97 633	70 369	37,5	65 974	36,5	6,
Sonstige Vermögen sübertragungen	387	376	266	0,1	275	0,2	- 3,
Investive Ausgaben	22 715	23 957	13 740	7,3	11 646	6,4	18,
Finanzierungshilfen	15 603	17 096	10 082	5,4	8 1 1 3	4,5	24,
Zuweisungen und Zuschüsse Darlehensgewährungen,	12916	13 674	8 062	4,3	6 193	3,4	30,
Gewährleistungen Erwerb von Beteiligungen,	2 109	2778	1 431	8,0	1 374	0,8	4,
Kapitaleinlagen	578	644	589	0,3	546	0,3	7,
Sachinvestitionen	7112	6 860	3 658	1,9	3 533	2,0	3,
Baumaßnahmen	5 634	5 3 2 6	2936	1,6	2834	1,6	3,
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	454	0,2	420	0,2	8,
Grunderwerb	536	505	268	0,1	279	0,2	- 3,
Globalansätze	0	- 496	0		0		
Ausgaben insgesamt	261 046	270 500	187 662	100,0	180 954	100,0	3,





Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	lst 2006	Soll 2007		wicklung August 2007	Ist-Entwicklung Januar bis August 2006		Verän derung ggü
	Mio. €	Mio. €	Mio.€	Anteil in %	Mio.€	Anteil in %	Vorjah in:
I. Steuern	203 903	220 530	142 877	88,4	122 740	86,7	16,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	175 627	114 423	70,8	97 427	68,8	17,
Einkommen- und Körperschaftsteuer							
(einschließlich Zinsabschlag)	80 347	81 766	52 680	32,6	45 673	32,2	15
davon:							
Lohnsteuer	52 122	53 890	34505	21,4	31 811	22,5	8
veranlagte Einkommensteuer	7 466	8 2 6 6	3 482	2,2	1 263	0,9	175
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	5 952	5 580	5518	3,4	4677	3,3	18
Zinsabschlag	3 359	3 610	3 5 1 1	2,2	2 468	1,7	42
Körperschaftsteuer	11 449	10 420	5 663	3,5	5 453	3,9	3
Steuern vom Umsatz	77 732	92 347	60 879	37,7	50917	36,0	19
Gewerbesteuerumlage	1614	1514	864	0,5	836	0,6	3
Energiesteuer	39916	40 521	20 251	12,5	20 674	14,6	- 2
Tabaksteuer	14387	14 100	8 941	5,5	8 8 1 9	6,2	
Solidaritätszuschlag	11 277	11 479	7 665	4,7	6 8 9 4	4,9	1
Versicherungsteuer	8 775	10620	7 9 7 2	4,9	6 751	4,8	18
Stromsteuer	6 2 7 3	6 500	4414	2,7	4164	2,9	
Branntweinabgaben	2 166	1976	1 2 4 4	0,8	1 292	0,9	- 3
Kaffeesteuer	973	980	709	0,4	623	0,4	13
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14689	- 14632	- 7415	- 4,6	- 7344	- 5,2	
BNE-Eigenmittel der EU	- 14586	- 16450	- 8700	- 5,4	- 9860	- 7,0	- 1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3677	- 3900	- 2413	- 1,5	- 2258	- 1,6	•
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7053	- 6710	- 4473	- 2,8	- 4702	- 3,3	- 4
II. Sonstige Einnahmen	28 903	30 160	18 706	11,6	18 886	13,3	- 1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4259	3 866	2,4	3 151	2,2	22
Zinseinnahmen	885	465	537	0,3	364	0,3	4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen,							
Privatisierungserlöse	9 459	11 167	5 045	3,1	4969	3,5	
Einnahmen zusammen	232 806	250 690	161 583	100,0	141 626	100,0	14

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) übertrafen im August 2007 das Vorjahresergebnis um + 10,8 %. Das Aufkommen aus den gemeinschaftlichen Steuern stieg dabei um + 12,2 %. Die stärkste Zunahme wurde mit + 12,5 % bei den Ländersteuern verzeichnet. Der Zuwachs bei den Bundessteuern blieb dahinter mit + 5,2 % merklich zurück.

Die kumulierte Veränderungsrate hat sich für die Steuereinnahmen insgesamt leicht verringert. Sie bewegt sich seit einigen Monaten auf das Ergebnis der Mai-Steuerschätzung (+ 10,1 %) zu, liegt mit einem Plus von + 12,6 % aber immer noch deutlich darüber.

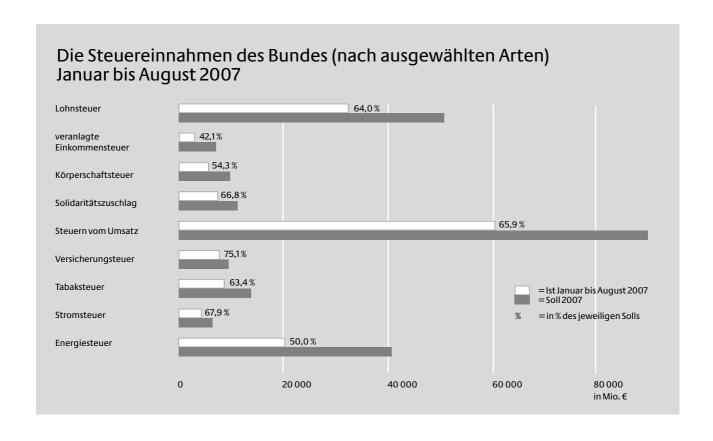
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) übertrafen das August-Ergebnis des Vorjahres um + 13,9 %. Kumuliert ergibt sich für den Bund derzeit eine Zuwachsrate von + 16,5 % (Mai-Steuerschätzung für 2007: + 13,0 %).

Der höhere Beschäftigungsstand und die im Vorjahresvergleich gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben zu einem deutlichen Plus bei der Lohnsteuer geführt. Der im August 2007 gegenüber August 2006 ermittelte Anstieg liegt auf einer Höhe mit der Rate, die bei der jüngsten Steuerschätzung für das Gesamtjahr veranschlagt worden war (+7,1%).

Bei der veranlagten Einkommensteuer hat sich das Ergebnis im August verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um rd. 100 Mio. € verbessert, obwohl der weiter beobachtete Rückgang bei der Eigenheimzulage und eine Zunahme der Investitionszulagen sich in etwa ausglichen und erhöhte Erstattungen an Arbeitnehmer für sich genommen in die andere Richtung wirkten.

Schwächer als erwartet fiel das kassenmäßige Resultat bei der Körperschaftsteuer aus. Das Aufkommen ging im Vergleich zum Vorjahr um rund 500 Mio. € zurück. Hier bleibt jedoch das Ergebnis des aufkommensstarken Vorauszahlungsmonats September abzuwarten.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, deren Entwicklung üblicherweise starken Schwankungen unterworfen ist, lag der Aufkommenszuwachs im August mit einem Plus von + 7,4 % wieder im einstelligen Prozentbereich und damit unter dem im bisherigen Jahresverlauf erzielten Ergebnis (+18,0%).



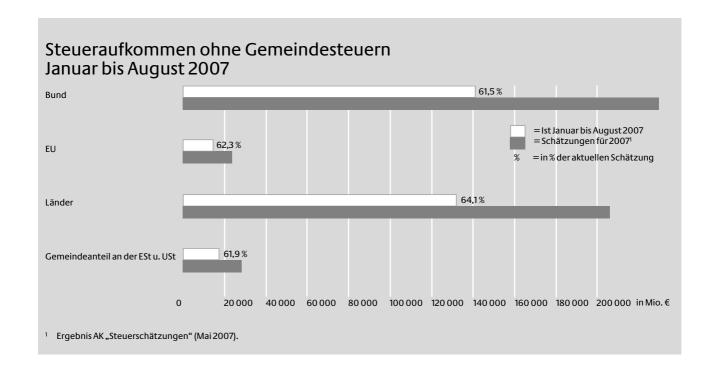
Rasant war der Anstieg mit + 61,3 % dagegen erneut beim Zinsabschlag, worin sich neben höheren Durchschnittszinsen unverändert auch die Wirkungen der Kürzung des Sparerfreibetrags niederschlagen.

Die Steuern vom Umsatz legten im August mit einem Zuwachs von + 17,1 % zwar wieder etwas stärker zu als im Juli, blieben jedoch hinter den Erwartungen, die sich aus der Anhebung des Regelsteuersatzes und der schwachen Vorjahresbasis speisten, zurück. Das gilt vor allem für die Umsatzsteuer, in deren Aufkommen (+ 15,1%) sich ein Ende der dämpfenden Effekte aus einer vergleichsweise schwachen Entwicklung des Einzelhandels bislang nicht abzeichnet. Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer, die auf Importe aus Nicht-EU-Staaten erhoben werden, stiegen kräftig um + 23,5 %, was über erhöhte Vorsteuerabzüge zu dem vergleichsweise schwachen Ergebnis der Umsatzsteuer beigetragen haben dürfte.

Die Entwicklung bei den reinen Bundessteuern drehte nach einem Rückgang im Juli insgesamt wieder ins Positive (+ 5,2%), was vor allem an einem Zuwachs bei der Energiesteuer (+ 4,5%) lag. Nach monatelang beobachteten Mindereinnahmen infolge der Umstellung der Zahlungsmodalitäten ist es bei der Energiesteuer auf

Erdgas mit + 100 Mio. € erstmals seit Januar 2007 wieder zu einer starken Zunahme gekommen. Positiv entwickelte sich auch die Tabaksteuer, deren Aufkommen im August Vorjahresergebnis um + 6,5 % übertraf. Bei der Branntweinsteuer (- 21,0 %) und der Stromsteuer (- 5,1 %) waren dagegen auch im August Rückgänge hinzunehmen. In seiner Größenordnung unverändert blieb mit + 19,0 % das Plus bei der Versicherungsteuer, das sich weitgehend aus der Anhebung des Steuersatzes erklärt. Beim Solidaritätszuschlag reichte der Aufkommensanstieg im August (+ 4,1 %) wegen einer schwächeren Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen an den im bisherigen Jahresverlauf erzielten Zuwachs nicht heran.

Die reinen Ländersteuern konnten im August 2007 mit + 12,5 % nochmals deutlich zulegen. Den Ausschlag dafür gaben starke prozentuale Zuwächse bei der Erbschaftsteuer und der Grunderwerbsteuer (+ 29,4 % bzw. + 25,8 %). Geringer war der Anstieg bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 4,7 %). Dass sich bei den aufkommensschwächeren Ländersteuern negative Veränderungen ergaben (Rennwett- und Lotteriesteuer – 16,3 %, Biersteuer – 10,2 %), fiel demgegenüber nicht so stark ins Gewicht.



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2007	August	Verän- derung ggü. Vorjahr	Januar bis August	Verän- derung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 ⁴	Verän- derung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10238	7,1	84 442	8,1	131 350	7,1
veranlagte Einkommensteuer	- 337	X	8 194	X	22 150	26,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	510	7,4	11 035	18,0	12 590	5,8
Zinsabschlag	870	61,3	7 990	42,4	9 2 4 0	21,1
Körperschaftsteuer	- 286	X	11 327	3,9	23 600	3,1
Steuern vom Umsatz	14319	17,1	111 362	16,0	172 600	17,7
Gewerbesteuerumlage	355	18,0	2 054	3,6	3 694	- 3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	225	16,9	1 652	2,2	2 9 7 0	- 6,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	25 893	12,2	238 057	15,3	378 194	12,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 2 3 4	4,5	20 251	- 2,0	40 000	0,2
Tabaksteuer	1 291	6,5	8 941	1,4	14500	0,8
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	158	- 21,0	1 242	- 3,5	1 970	- 8,8
Versicherungsteuer	1 030	19,0	7 9 7 2	18,1	10 480	19,4
Stromsteuer	453	- 5,1	4414	6,0	6 450	2,8
Solidaritätszuschlag	680	4,1	7 665	11,2	12 100	7,3
übrige Bundessteuern	106	- 2,8	970	9,2	1 482	4,0
Bundessteuern insgesamt	6 952	5,2	51 455	4,0	86 982	3,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	433	29,4	2911	14,1	4 0 6 6	8,1
Grunderwerbsteuer	654	25,8	4 664	15,9	6330	3,3
Kraftfahrzeugsteuer	722	4,7	6 400	0,2	8 800	- 1,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	136	- 16,3	1 101	- 6,1	1 695	- 4,5
Biersteuer	70	- 10,2	513	- 2,1	773	- 0,8
sonstige Ländersteuern	22	- 17,0	255	- 6,8	343	- 1,8
Ländersteuern insgesamt	2 037	12,5	15 844	6,1	22 007	1,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	381	15,9	2 677	7,1	4 200	8,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	302	6,9	2 413	6,9	3 900	6,1
BNE-Eigenmittel	1 275	- 4,4	8 700	- 11,8	14 050	- 3,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 958	0,7	13 789	- 5,7	22 150	0,0
Bund ³	16 235	13,9	141 730	16,5	230 528	13,0
Länder ³	15 195	9,0	135 425	10,7	211 110	8,3
EU	1 958	0,7	13 789	- 5,7	22 150	0,0
Gemeinde anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 877	11,0	17 088	15,2	27 596	10,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	35 264	10,8	308 032	12,6	491 384	10,1

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten $Anteilen. \ Aus kassentechnischen \ Gründen können \ die tats \"{a}chlich von \ den einzelnen \ Gebietsk\"{o}rperschaften \ im \ laufenden \ Monat vereinnahmten$ Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2007.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

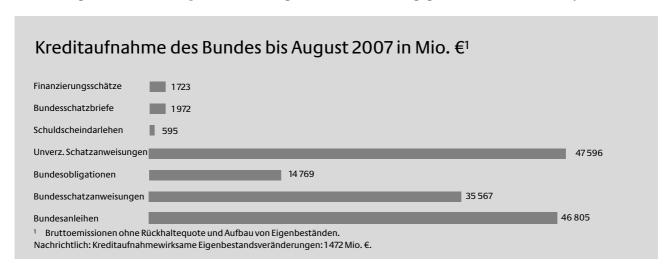
Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im August weiter gesunken. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Juli bei 4,33 % lag, notierte Ende August bei 4,26 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 4,26 % Ende Juli auf 4,74 % Ende August. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungs-

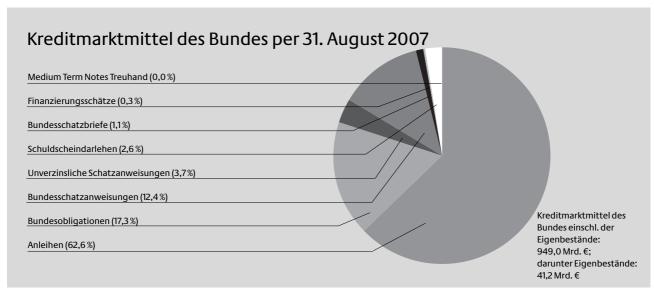
geschäfte bei 4,00 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

Die europäischen Aktienmärkte zeigten im Juli ein uneinheitliches Bild; der Deutsche Aktienindex stieg von 7584 auf 7638 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 sank von 4316 auf 4295 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich im Juli auf





11,7% (nach 10,9% im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Mai bis Juli 2007 stieg auf 11,1%, verglichen mit 10,6% des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5%).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich auf 11,6 % (nach 11,5 % im Vormonat). In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 2,2% im Juni auf 2,6% im Juli.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 2007 betrug bis einschließlich August 149,28 Mrd. €. Davon wurden 140,9 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde erstmals im Tenderverfahren eine Aufstockung der 1,5-prozentigen inflationsinde-

xierten Anleihe des Bundes – ISIN DE0001030500 WKN 101 050 – um 2 Mrd. € auf 11 Mrd. € vorgenommen. Die Anleihe wird am 15. April 2016 fällig. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und Schuldscheindarlehen; die im Rahmen von Marktpflegeoperationen durchgeführte Kreditaufnahme (Eigenbestandsabbau) betrug 1,5 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die Kreditmarktmittel des Bundes bis zum 31. August 2007 um 0,9 % auf 949,0 Mrd. € erhöht.

Mit dem Emissionskalender für das 3. Quartal 2007 hat das BMF das mit der Jahresvorausschau 2007 bekannt gegebene Emissionsvolumen 2007 um 3 Mrd. € gekürzt. Damit wird der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2007 Rechnung getragen. Im 3. Quartal 2007 sollen 36 Mrd. € Kapitalmarktemissionen und 18 Mrd. € Geldmarktemissionen begeben werden.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 3. Quartal 2007 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	15,5	-		15,5
Bundesobligationen	_	20,0	-	20,0
Bundesschatzanweisungen	_	-	15,0	15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	6,1	5,9	17,9
Bundesschatzbriefe	0,1	0,5	0,1	0,7
Finanzierungsschätze	0,3	0,3	0,2	0,8
Fundierungsschuldverschreibungen	_	-	-	-
MTN der Treuhandanstalt	_	-	-	-
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,3	0,5	1,5	2,3
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	22,0	27,5	22,7	72,2

Zinszahlungen

	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Zinszahlungen	13,0	1,2	1,3	15,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens Entschädigungsfonds belaufen sich im 3. Quartal 2007 auf rund 72,2 Mrd. €. Die

Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens "Entschädigungsfonds" belaufen sich im 3. Quartal 2007 auf rund 15,4 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2007

Kapitalmarktinstrumente

Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Aufstockung	4. Juli 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	6 Mrd.€
Aufstockung	11. Juli 2007	2 Jahre fällig 12. Juni 2009 Zinslaufbeginn: 12. Juni 2007 erster Zinstermin: 12. Juni 2008	7 Mrd. €
Aufstockung	25. Juli 2007	30 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	4 Mrd. €
Aufstockung	15. August 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	6 Mrd.€
Neuemission	12. September 2007	2 Jahre fällig 11. September 2009 Zinslaufbeginn: 11. September 2007 erster Zinstermin: 11. September 2008	ca.7Mrd.€
Neuemission	26. September 2007	5 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007 erster Zinstermin: 12. Oktober 2008	ca. 6 Mrd. €
	Aufstockung Aufstockung Aufstockung Neuemission	Aufstockung 4. Juli 2007 Aufstockung 11. Juli 2007 Aufstockung 25. Juli 2007 Aufstockung 15. August 2007 Neuemission 12. September 2007	Aufstockung4. Juli 200710 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008Aufstockung11. Juli 20072 Jahre fällig 12. Juni 2009 Zinslaufbeginn: 12. Juni 2007 erster Zinstermin: 12. Juni 2008Aufstockung25. Juli 200730 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008Aufstockung15. August 200710 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008Neuemission12. September 20072 Jahre fällig 11. September 2009 Zinslaufbeginn: 11. September 2007 erster Zinstermin: 11. September 2008Neuemission26. September 20075 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115061 WKN 111 506	Neuemission	16. Juli 2007	6 Monate fällig 16. Januar 2008	6 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115079 WKN 111 507	Neuemission	13. August 2007	6 Monate fällig 13. Februar 2008	6 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115087 WKN 111 508	Neuemission	10. September 2007	6 Monate fällig 19. März 2008	ca. 6 Mrd. €
			3. Quartal 2007 insgesamt	ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Aufschwung setzt sich fort und gewinnt an Breite.
- Industrieindikatoren deuten auf eine weiter zunehmende Investitionstätigkeit hin.
- Privater Konsum wird durch Beschäftigungsexpansion, Lohnsteigerungen und Sozialbeitragssatzabsenkung begünstigt.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem robusten Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im 1. Halbjahr 2007 im Vergleich zur 2. Hälfte des Vorjahres saison-, kalender- und preisbereinigt um 1,2 % zu. Das reale Wirtschaftswachstum war damit überraschend stark. Die fiskalischen Belastungen seit Beginn dieses Jahres haben wohl die wirtschaftlichen Aktivitäten viel weniger belastet als erwartet. So nahm die Wirtschaftsleistung im 1. Quartal deutlich zu. Die vorübergehende, leichte Wachstumsverlangsamung im 2. Quartal (preis-, kalender- und saisonbereinigt + 0,3 % gegenüber dem Vorquartal) war im Wesentlichen auf Sonderentwicklungen im Baubereich zurückzuführen. Die deutliche Abnahme der Bauinvestitionen im 2. Vierteljahr (preis-, kalender- und saisonbereinigt - 4,8 % gegenüber dem Vorquartal) ist ein gegenläufiger Effekt auf die vorangegangene witterungsbedingte Übersteigerung.

Das wichtigste Standbein des Aufschwungs war bisher die Auslandsnachfrage. So wurde das Wirtschaftswachstum im 2. Vierteljahr vor allem vom dynamischen Außenhandel (Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags: +0,8 Prozentpunkte) getragen. Andererseits sind auch positive Impulse auf die Binnennachfrage übergesprungen: Der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen trugen zuletzt deutlich zum Wirtschaftswachstum bei (Wachstumsbeitrag: +0,4 Prozentpunkte und +0,2 Prozentpunkte). Dagegen verzeichneten die Bauinvestitionen, die im 2. Quartal – nach der vorangegangenen

witterungsbedingten Übersteigerung – deutlich zurückgingen, einen negativen Wachstumsbeitrag (– 0,5 Prozentpunkte).

Die günstige konjunkturelle Entwicklung findet weiterhin ihren Niederschlag in den öffentlichen Haushalten. So sind die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im August gegenüber dem Vorjahresmonat weiter gestiegen (+ 13,9 % und + 9,0 %). Kumuliert seit Jahresbeginn ergibt sich damit eine Zunahme von 16,5 % und 10,7 %. Die beiden aufkommensstärksten Steuern, die Lohn- und die Umsatzsteuer, wiesen in den ersten acht Monaten dieses Jahres ein merkliches Plus auf (+ 8,1 % und + 15,9 % jeweils gegenüber dem Vorjahr), wobei der Zuwachs bei der Umsatzsteuer allerdings weitgehend auf die Anhebung des Regelsteuersatzes zu Jahresbeginn zurückzuführen ist.

Die Konjunkturindikatoren am aktuellen Rand stützen die Erwartung, dass sich der Aufschwung fortsetzt: Produktion, Umsätze und Auftragseingänge in der Industrie sind aufwärts gerichtet, und die Stimmung der Unternehmen ist gut. Eine wichtige Triebfeder des Aufschwungs bleibt die Auslandsnachfrage. Zwar stagnierten die nominalen Warenexporte im Juli nahezu, sie sind aber im aussagekräftigeren Zweimonatsdurchschnitt deutlich gestiegen (saisonbereinigt + 1,3 % gegenüber der Vorperiode). Nach Ländergruppen war die Zunahme der Exporte in den Euroraum in den ersten sieben Monaten im Vergleich zum Vorjahr deutlich überdurchschnittlich (+ 15,7 %). Die Ausfuhren in Drittländer

Gesamtwirtschaft/	2006		.,		Veränderung ir	n % gegenüber		
Einkommen	Mrd. €	ggü. Vorj. %	4.Q.06	riode saisonbe 1.Q.07	ereinigt 2. Q.07	4.Q.06	Vorjahr 1.Q.07	2.Q.07
Bruttoinlandsprodukt	MITG. €	%	4.Q.06	1.Q.07	2. Q.07	4.Q.06	1.Q.07	2.Q.07
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 183	+ 2.9	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,5
jeweilige Preise	2 322	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 4,3	+ 5,0	+ 4.2
Einkommen ¹		. 5,5	,_	,5	,.	, ,,,,	, 5,0	,_
Volkseinkommen	1 751	+ 3,6	+ 1,2	+ 1,6	- 0,8	+ 4,6	+ 4,8	+ 3,3
Arbeitnehmerentgelte	1 149	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,9
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	602	+ 7,2	+ 2,9	+ 2,1	- 3,7	+ 10,1	+ 7,9	+ 3,9
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 494	+ 1,9	+ 1,2	- 0,3	+ 0,5	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,9
Bruttolöhne und -gehälter	926	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,4
Sparen der privaten Haushalte	158	+ 1,5	+ 0,8	+ 4,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 6,3	+ 5,9
Außenhandel/	2006				Veränderung i	n % gegenübe	r	
Umsätze/	2000		Vorpe	riode saisonbe		n % gegenabe	Vorjahr	
Produktion/					Zwei-		,	Zwei-
Auftragseingänge	Mrd. €				monats-			monats
	bzw.	ggü. Vorj.			durch-			durch-
	Index	%	Jun 07	Jul 07	schnitt	Jun 07	Jul 07	schnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe						2.0		
(Mrd.€)	81	+ 9,2	- 0,6	•	- 3,3	- 3,8	•	- 5,9
Außenhandel (Mrd. €)	904	.1.12.7	J 10	0.1	. 13	⊥117	⊥11.0	1110
Waren-Exporte Waren-Importe	894 731	+ 13,7 + 16,5	+ 1,9 + 6,4	- 0,1 - 2,4	+ 1,3 + 3,2	+ 11,7 + 8,6	+ 11,8 + 6,3	+ 11,8 + 7,5
in konstanten Preisen von 2000	731	+ 10,5	⊤ 0,4	- 2,4	т 3,2	⊤ 0,0	⊤ 0,3	т 7,3
Produktion im Produzierenden								
Gewerbe (Index 2000 = 100) ¹	109,8	+ 6,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,8	+ 5,2	+ 4,4	+ 4,8
Industrie ²	113,2	+ 6,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 6,3	+ 5,7	+ 6,0
Bauhauptgewerbe	81,0	+ 6,4	- 2,0	+ 1,3	- 1,2	- 3,5	- 4,5	- 4,1
Umsätze im Produzierenden Gev	-		,	,-	,			
Industrie (Index 2000 = 100) ²	114,3	+ 7,2	- 0,5	+ 0,1	+ 0,8	+ 5,8	+ 5,8	+ 5,8
Inland	102,5	+ 4,9	- 1,4	+ 0,0	- 0,2	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,5
Ausland	133,3	+10,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 2,0	+ 8,3	+ 8,8	+ 8,6
Auftragseingang (Index 2000 = $^{\circ}$	100)1							
Industrie ²	119,0	+ 9,5	+ 5,1	- 7,1	+ 2,8	+16,5	+ 6,1	+11,2
Inland	105,5	+ 7,4	+ 0,4	- 1,7	+ 0,5	+ 9,8	+ 6,8	+ 8,3
Ausland	135,8	+11,6	+ 9,4	- 11,7	+ 5,1	+22,8	+ 5,5	+14,0
Bauhauptgewerbe	74,6	+ 2,9	- 6,1	•	- 5,2	- 2,0	•	- 1,7
Umsätze im Handel (Index 200)	3 = 100)3							
Einzelhandel	103,7	± 0.5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	1 7	0.0	1 2
(mit Kfz. und Tankstellen) Großhandel (ohne Kfz.)	103,7	+ 0,5 + 3.2	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	- 1,7 + 0.8	- 0,9 + 4.5	- 1,3 + 2,6
droishander (offile Kiz.)	103,6	1 3,2	1 0,5	1 0,5	1 0,0	1 0,0	7,5	1 2,0
Arbeitsmarkt	2006			V	eränderung in	Tsd. gegenübe		
	Personen	ggü. Vorj.	Vorpe	riode saisonbe	ereinigt		Vorjahr	
	Mio.	% ygu. vorj.	Jun 07	Jul 07	Aug 07	Jun 07	Jul 07	Aug 07
Erwerbstätige, Inland	39,09	+ 0,6	+ 43	+ 39	, ag or	+ 636	+ 633	
Arbeitslose (nationale					•			
Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 38	- 45	- 15	- 712	- 671	- 666
Preisindizes	2006	ggii Veri		Vorperiode	Veränderung i	n % gegenüber	Vorjahr	
2000 = 100	Inday	ggü. Vorj. %	Jun 07	Jul 07	Aug 07	Jun 07	Jul 07	Aug 07
2000 = 100 Importpreise	Index 106,7	+ 5,2	+ 0,6	+ 0,3	Aug 07	+ 1,3	+ 0,4	Aug 07
Erzeugerpreise gewerbl. Produkt		+ 5,2	+ 0,6	+ 0,3 - 0,1	•	+ 1,3	+ 0,4 + 1,1	
Verbraucherpreise	110,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,9
ifo-Geschäftsklima Gewerbliche Wirtschaft				saisonbereinig	jte Salden			
	Jan 07	Feb 07	Mär 07	Apr 07	Mai 07	Jun 07	Jul 07	Aug 07
Klima	+ 14,9	+ 13,2	+ 14,6	+ 16,4	+16,3	+ 13,2	+12,0	+ 10,8
Geschäftslage Geschäftserwartungen	+ 21,1 + 8,9	+ 18,8 + 7,7	+ 20,5 + 8,8	+ 21,9 + 11,0	+ 20,7 + 11,9	+ 18,4 + 8,0	+ 18,3 + 5,9	+ 18,6 + 3,3

 $^1 Veränderungen gegen "uber Vorjahr" aus sais on bereinigten Zahlen berechnet. ^2 Ohne Energie. ^3 "Anderung des Berichtsfirmenkreises ab 2006; aber: 100 Gebeute des Berichtsfirmenkreises ab 200 Gebeute des Berichtsfirmenkreises ab 200 Gebeu$ Spalte 2006 ohne Neuzugangsstichprobe zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit gegenüber 2005. Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

entwickelten sich im Vergleich dazu weniger dynamisch (+7,4%). Insgesamt sind die Ausfuhren auf hohem Niveau leicht aufwärts gerichtet. Allerdings ist die Dynamik der Warenausfuhr deutlich schwächer als im vergangenen Jahr. Hierzu dürfte vor allem die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar beigetragen haben. Dafür spricht der wesentlich geringere Exportzuwachs in Drittländer im Vergleich zur Zunahme der Ausfuhren in die Länder der EU. Der kräftigere Zuwachs der Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern (Juni/Juli: + 5,1 % gegenüber der Vorperiode) zeigt eine wahrscheinlich weiter aufwärts gerichtete Entwicklung der Exporte an. Weltwirtschaftliche Risiken im Zusammenhang mit der Immobilienkrise in den USA und die dadurch ausgelösten Finanzmarktturbulenzen könnten teilweise durch die starke Wachstumsdynamik in anderen dynamischen Weltregionen kompensiert werden. Dazu zählen nicht nur die sehr dynamischen asiatischen Länder, sondern auch die neuen EU-Mitgliedsländer, die einen hohen Nachholbedarfinsbesondere nach Investitionsgütern (z.B. des Maschinenbaus) - aufweisen. Hier hat die deutsche Exportwirtschaft große Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Ländern.

Der Wert der eingeführten Waren stieg im Zweimonatsdurchschnitt deutlich (saisonbereinigt + 3,2 %), und zwar etwas mehr als derjenige der Warenausfuhr. Der Zuwachs der Warenimporte spiegelt die positive Entwicklung der Binnennachfrage wider.

So hat die Industrieproduktion (Juni/Juli saisonbereinigt + 0,7 % gegenüber der Vorperiode), insbesondere durch den überdurchschnittlichen Zuwachs der Investitionsgüter- (+1,4%) und Vorleistungsgüterherstellung (+1,5 %), wieder etwas an Dynamik gewonnen. Die Erzeugung von Konsumgütern wurde dagegen spürbar zurückgefahren (- 2,4 %). Es gibt erste Anzeichen, dass vorhandene Kapazitätsengpässe einer stärkeren Produktionsausweitung allmählich Grenzen setzen könnten. Zusätzlich wurde die industrielle Erzeugung wohl auch durch überdurchschnittlich viele Ferientage im Monat Juli gedämpft. Das Umsatzvolumen der hergestellten Produkte (+ 0,8 %) stieg in etwa gleicher Höhe wie die Industrieproduktion. Dies war ausschließlich auf Verbesserungen im Auslandsgeschäft (+ 2,0 %)

sowie auf steigende Inlandsumsätze mit Investitionsgütern (+ 1,0 %) zurückzuführen. Der Rückgang von Inlandsumsätzen mit Konsumgütern (- 1,9 %) sowie stagnierende inländische Vorleistungsgüterumsätze wirkten dagegen dämpfend. Im Juli verringerte sich die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen spürbar (- 7,1 % nach + 5,1 % im Juni gegenüber dem Vormonat). Dieser Nachfragerückgang ist zu einem guten Teil eine Gegenreaktion auf die vorangegangene Übersteigerung durch Großaufträge im Luftund Raumfahrzeugbau. Tendenziell ist die Entwicklung der Auftragseingänge nämlich weiterhin deutlich aufwärts gerichtet (Juni/Juli saisonbereinigt + 2,8 % gegenüber der Vorperiode). Ausschlaggebend ist dabei weiterhin die Auslandsnachfrage (+ 5,1 %) bei zunehmender Bestelltätigkeit aus dem Inland (+ 0,5 %). Im Inland gab es ein Orderplus für Vorleistungs-(+ 0,5 %) und Investitionsgüter (+ 0,8 %), was zusammen mit dem Zuwachs der Produktion dieser Gütergruppen auf eine starke Investitionsdynamik hindeutet. Inlandsbestellungen von Konsumgütern waren dagegen rückläufig (-0.8%).

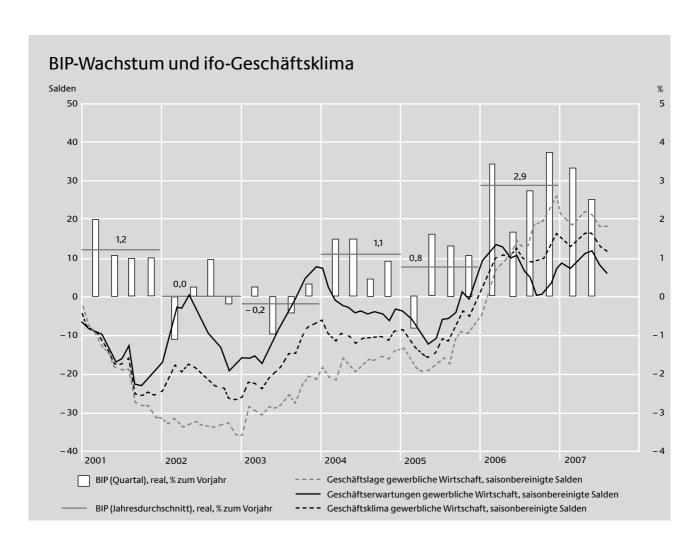
Auch die Bauproduktion zog zuletzt wieder an. Damit hat sich im Zweimonatsdurchschnitt der Produktionsrückgang etwas abgeschwächt (– 1,2 % nach – 7,8 % jeweils gegenüber der Vorperiode). Im weiteren Jahresverlauf dürften die Bauaktivitäten von der hohen Kapazitätsauslastung der Industrieunternehmen profitieren, die zu Erweiterungsinvestitionen anreizen dürfte. Dies signalisiert der deutliche Anstieg des umbauten Raums genehmigter Fabriken und Werkstattgebäude im 1. Halbjahr.

Die Privaten Konsumausgaben profitierten im 2. Quartal von den Einkommensverbesserungen infolge von Beschäftigungsexpansion, Lohnzuwächsen und der Absenkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. So trug der Zuwachs des privaten Konsums (preis, kalender- und saisonbereinigt + 0,6 % gegenüber dem Vorquartal) zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im 2. Quartal bei. Allerdings konnte der starke Rückgang dieses Verwendungsaggregats im 1. Quartal, der überwiegend auf den Einbruch der privaten Pkw-Käufe zurückzuführen ist, nicht kompensiert werden. Damit war der private Konsum in der

1. Jahreshälfte noch rückläufig. In den nächsten zwei Quartalen wird eine weitere Erholung des privaten Konsums erwartet: Die Umsatzentwicklung im deutschen Einzelhandel (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen) ist zwar noch verhalten, zeigt aber eine leichte Aufwärtstendenz (Juni/Juli saisonbereinigt + 0,6 % gegenüber der Vorperiode). Die starken Umsatzeinbußen zu Jahresbeginn konnten allerdings bislang nicht aufgeholt werden. Vor dem Hintergrund steigender Löhne und expandierender Beschäftigung ist in den nächsten Monaten mit einer weiteren Umsatzerholung zu rechnen. Dafür sprechen sowohl die optimistische Stimmung der Einzelhändler (ifo-Geschäftsklima im Einzelhandel) als auch der Konsumenten (GfK-Konsumklima).

Der wirtschaftliche Aufschwung trägt mehr und mehr zur Verbesserung der Beschäftigungssituation bei. So ist die Zahl der arbeitslos registrierten Personen im August weiter zurückgegangen (saisonbereinigt – 15 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote blieb bei 9,0 %. Nach Ursprungszahlen waren im August 3,71 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 666 000 weniger als vor einem Jahr.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland stieg im Juli saisonbereinigt um 39000 Personen gegenüber dem Vormonat. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 633000 Personen. Dabei hat sich der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Juni fortgesetzt (nach ersten Hochrechnungen saisonbereinigt ca. + 7000 gegenüber dem Vormonat und ca. + 526000 gegenüber dem Vorjahr). Der schwächere Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Mai und im Juni könnte eine Gegenreaktion auf die infolge der milden Witterung sehr starke Zunahme im 1. Quartal sein. Darauf deutet beispielsweise die Beschäftigungsentwicklung im Baugewerbe hin: Nach einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen



Beschäftigung in diesem Bereich um durchschnittlich 106 000 Personen im 1. Quartal fiel die Zunahme im 2. Quartal mit im Durchschnitt 35 000 wesentlich schwächer aus (jeweils im Vergleich zum Vorjahresquartal). Die Belebung auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Dafür sprechen u.a. die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften (Stellenindex BA-X der Bundesagentur für Arbeit stieg im August saisonbereinigt um 2 auf 220 Punkte; + 57 Punkte gegenüber dem Vorjahr) sowie Unternehmensbefragungen (Einkaufsmanagerindex, ifo-Geschäftsklima).

Die Erwartungen an eine weitere Belebung des privaten Konsums werden durch die bisher moderate Preisniveauentwicklung gestützt. So ist der Verbraucherpreisindex im August um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen und um 0,1 % gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Im Vorjahresvergleich wurden Nahrungsmittel deutlich teurer, vor allem Speisefette (+ 20,4 %), aber auch Milchprodukte und Eier (+ 3,0 %) sowie Brot und Getreidewaren (+ 2,6 %). Preise für Haushaltsenergieträger legten ebenfalls spürbar zu: Strom (+ 7,0 %), Gas (+ 1,9 %) und Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (+ 1,8 %). Allerdings wirkte die Preisentwicklung für Mineralölprodukte weiter-

hin preisdämpfend. So verbilligten sich leichtes Heizöl (– 7,6 %) sowie Kraftstoffe (– 1,0 %) im Jahresvergleich. Insgesamt verläuft damit die Preisniveauentwicklung auf der Konsumentenstufe – trotz Umsatzsteuersatzanhebung – in eher ruhigen Bahnen. Der Verbraucherpreisniveauanstieg lag im gesamten bisherigen Jahresverlauf unterhalb der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (2 %).

Auf der Ebene der Importpreise wirkten sich zum einen rückläufige Energiepreise sowie ein Basiseffekt (Juni 2006 gegenüber Juli 2006 +1,2%) günstig auf die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr aus. So ist der Importpreisindex im Juli nur um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen (Juni: +1,3 %). Preissenkungen bei Erdgas (- 14,3 %) und Mineralölerzeugnissen (- 5,0 %) machten Energieimporte billiger. Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse lag der Importpreisindex um 0,6 % höher als vor einem Jahr. Preistreibend wirkten dagegen die anhaltende Verteuerung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (+ 16,2 %) sowie der Nicht-Eisen-Metalle und von deren Halbzeug (+ 5,0 %). Auch im Nahrungsmittelsektor gab es deutliche Preissteigerungen (Getreide: + 38,8 %, Milch und Milcherzeugnisse: + 10,4 %). Fleischimporte kosteten dagegen weniger.

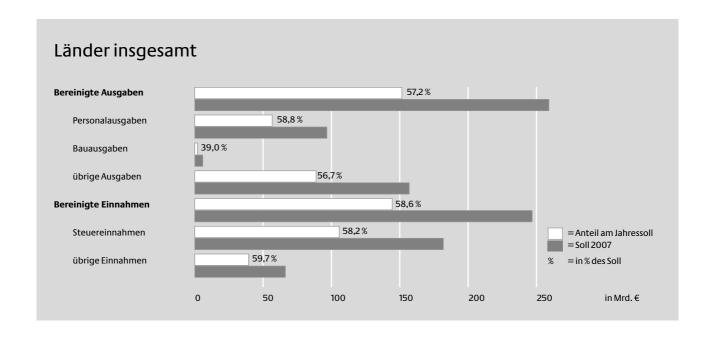
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2007

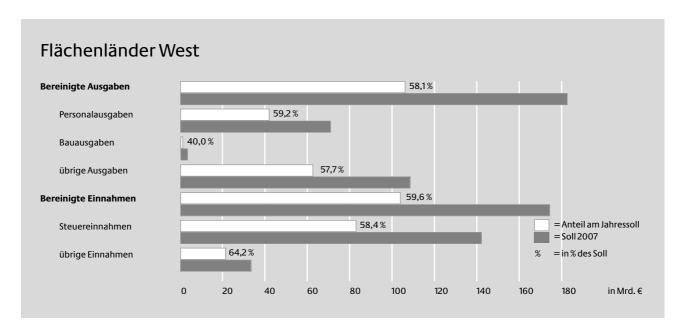
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Juli 2007 vor.

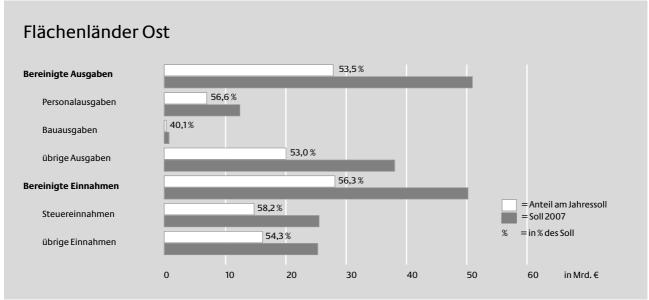
Bis Ende Juli 2007 stiegen die Ausgaben der Länder insgesamt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um + 2,7 % (ohne Saarland). Dem standen im gleichen Zeitraum um + 10,1 % (ohne Saarland) gestiegene Einnahmen gegenüber. Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen setzte sich bis Ende Juli 2007 fort. Sie wuchsen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um + 10,5 % (ohne Saarland). Der Finanzierungssaldo der Länder insgesamt belief sich Ende Juli 2007 auf rund − 3,1 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet das

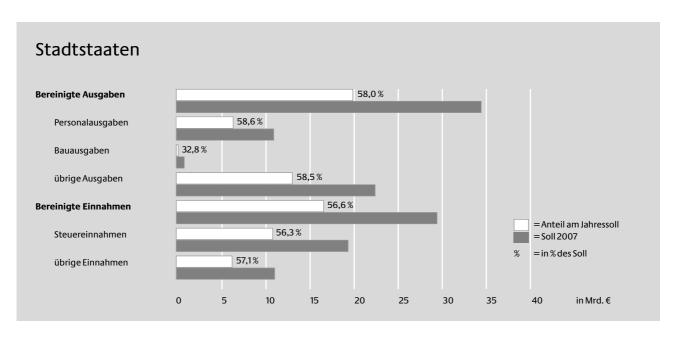
eine Verbesserung um rund 9,1 Mrd. €. Das geplante Defizit für 2007 (11,5 Mrd. €) wurde weit unterschritten.

Die Ausgaben der Flächenländer West stiegen um + 4,0 % (ohne Saarland), die Einnahmen um + 11,6 % (ohne Saarland) und darunter die Steuereinnahmen um + 10,8 %. Verhaltener entwickelten sich die Einnahmen der Flächenländer Ost. Sie erhöhten sich um + 5,8 %, darunter die Steuereinnahmen um + 10,4 %. Im gleichen Zeitraum wuchsen die Ausgaben der Flächenländer Ost um + 0,7 %. Die Stadtstaaten konnten ihre Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nahezu konstant halten (- 0,1 %). Die Einnahmen stiegen hier um + 8,2 %, die Steuereinnahmen um + 8,8 %.









Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

8./9. Oktober 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg

20./21. Oktober 2007 - Gemeinsame Tagung von IWF und Weltbank in Washington

12./13. November 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

17./18. November 2007 - Treffen der G20-Finanzminister und -Zentralbankchefs in

Kapstadt (Südafrika)

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2008

4. Juli 2007 - Kabinettsbeschluss

10. August 2007 - Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

11. bis 14. September 2007 – 1. Lesung Bundestag

21. September 2007 – 1. Beratung Bundesrat

19. September bis

14. November 2007 - Beratungen im Haushaltsausschuss

6. bis 7. November 2007 – Steuerschätzung

15. November 2007 - Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss

27. bis 30. November 2007 - 2./3. Lesung Bundestag

20. Dezember 2007 – 2. Beratung Bundesrat

Ende Dezember 2007 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Veröffentlichungszeitpunkt	Berichtszeitraum	Monatsbericht Ausgabe	M
19. Oktober 2007	September 2007	Oktober	2007
22. November 2007	Oktober 2007	November	
20. Dezember 2007	November 2007	Dezember	
31. Januar 2008	Dezember 2007	Januar 2008	2008
21. Februar 2008	Januar 2008	Februar 2008	
20. März 2008	Februar 2008	März 2008	
21. April 2008	März 2008	April 2008	
22. Mai 2008	April 2008	Mai 2008	
20. Juni 2008	Mai 2008	Juni 2008	
21. Juli 2008	Juni 2008	Juli 2008	
21. August 2008	Juli 2008	August 2008	
19. September 2008	August 2008	September 2008	
23. Oktober 2008	September 2008	Oktober 2008	
21. November 2008	Oktober 2008	November 2008	
19. Dezember 2008	November 2008	Dezember 2008	

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen Referat Bürgerangelegenheiten 11016 Berlin buergerreferat@bmf.bund.de www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice: telefonisch: 018 05 / 77 80 90 1

telefonisch: 018 05 / 77 80 90 ¹ per Telefax: 018 05 / 77 80 94 ¹

Internet: http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

¹ Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.



Analysen und Berichte

21. Subventionsbericht der Bundesreglerung	၁၁
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2006	39
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft – Abschluss der Zwangsarbeiterentschädigung in Deutschland	47
Bundespolitik und Kommunalfinanzen	53
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	65

21. Subventionsbericht der Bundesregierung

1	Einleitung	33
2	Subventionsentwicklung	33
3	Subventionspolitische Leitlinien der Bundesregierung	
4	Umsetzung der subventionspolitischen Leitlinien	36
5	Schlussfolgerung	

- Die Subventionen des Bundes sinken von 2005 bis 2008 um 2 Mrd. €. Der Abbau von Steuervergünstigungen trägt den Löwenanteil zum Subventionsabbau bei.
- Der Einstieg in die Befristung, Degression und Evaluierung der Subventionen ist gelungen. Die Umsetzung der subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung muss weiter forciert werden.
- Erstmals werden die Steuervergünstigungen im Auftrag des BMF systematisch extern evaluiert.

1 Einleitung

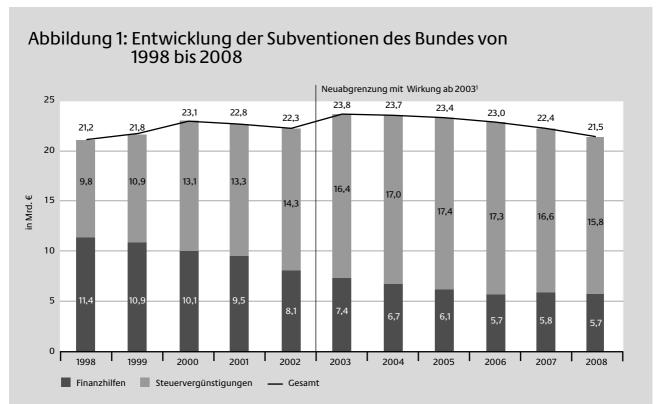
Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) alle zwei Jahre einen Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen vor. Den aktuellen Bericht hat das Bundeskabinett am 15. August 2007 verabschiedet. Dieser Artikel fasst die wesentlichen Inhalte dieses 21. Subventionsberichts der Bundesregierung zusammen.

2 Subventionsentwicklung

Eine wesentliche Aufgabe des Subventionsberichts besteht in der Darlegung der Entwicklung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Die hierbei verwendete Subventionsabgrenzung konzentriert sich entsprechend dem gesetzlichen Auftrag auf Subventionen, die - mitteloder unmittelbar - private Unternehmen oder die Wirtschaft unterstützen.1 Bei den Finanzhilfen stellt der Subventionsbericht auf die Verwendung von Mitteln aus dem Bundeshaushalt ab. Bei den Steuervergünstigungen wird zum einen dargelegt, wie hoch die Steuermindereinnahmen aus vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Steuervergünstigungen insgesamt sind. Zum anderen wird ausgewiesen, wie hoch die Steuermindereinnahmen sind, die (anteilig) auf den Bund entfallen.

Der aktuelle Subventionsbericht umfasst die Jahre 2005 bis 2008. In diesem Zeitraum sinken die vom Bund finanzierten Subventionen um rund 2,0 Mrd. € auf 21,5 Mrd. € im Jahr 2008 (siehe Abbildung 1, S. 34). Die Bundesregierung

¹ Zur Abgrenzung des Subventionsbegriffs vgl. im Detail Tz. 5 ff. und Anlage 7 des 21. Subventionsberichts.

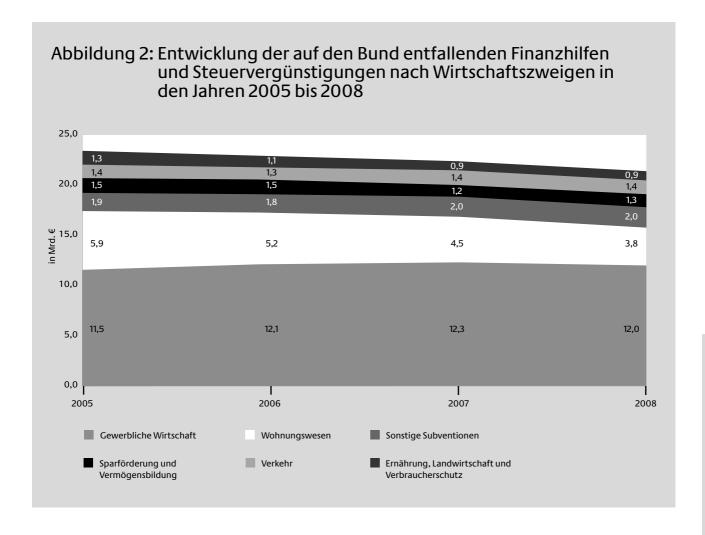


Der eigentliche Berichtszeitraum des 21. Subventionsberichts, d.h. der Zeitraum, für den im Zuge der Berichterstattung originär Daten generiert werden, umfasst die Jahre 2005 bis 2008. Die Daten sind im Längsschnitt nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Insbesondere ergibt sich durch eine mit dem 20. Subventionsbericht vorgenommene Neuabgrenzung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ab dem Jahr 2003 ein Niveaueffekt in der Größenordnung von insgesamt +1 Mrd. €.

setzt damit ihren Subventionsabbaukurs fort. In der Vergangenheit war dieser Kurs maßgeblich von der Rückführung der Finanzhilfen bestimmt, die seit 1998 halbiert wurden. Im Berichtszeitraum sinken die Finanzhilfen weiter von 6,1 Mrd. € auf 5,7 Mrd. €. Ein weiterer Abbau ist jedoch schwieriger als in den Vorjahren, zumal - wenn überhaupt Subventionen gewährt werden - die Vergabe von Finanzhilfen gegenüber Steuervergünstigungen nach den subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung (siehe Kapitel 3, S. 35) künftig eindeutig Vorrang genießen soll. Umso bedeutender ist deshalb, dass die in der Vergangenheit kontinuierlich angestiegenen Steuervergünstigungen nun deutlich sinken. Obgleich zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung mit der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Handwerkerdienstleistungen eine bedeutsame neue Fördermaßnahme eingeführt worden ist, werden die auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen von 17,4 Mrd. € (2005) auf 15,8 Mrd. € (2008) zurückgeführt. Sie tragen mit mehr als 78 % den Löwenanteil zum Subventionsabbau

des Bundes von 2005 auf 2008 bei. Die Steuervergünstigungen der Gebietskörperschaften insgesamt gehen in diesem Zeitraum von 29,5 Mrd. € auf 26,7 Mrd. € zurück.

Mit einem Rückgang um 2,1 Mrd. € gegenüber 2005 haben die Subventionen für das Wohnungswesen den größten Anteil am Subventionsabbau (siehe Abbildung 2, S. 35). Sie werden vor allem durch das Auslaufen der Eigenheimzulage deutlich um 35,0 % reduziert. Unverändert ist die gewerbliche Wirtschaft der bedeutendste Subventionsbereich. Die Subventionen für die gewerbliche Wirtschaft steigen absolut von 11,5 Mrd. € auf 12,0 Mrd. €. Größter Empfänger bei den Finanzhilfen bleibt der Steinkohlenbergbau mit 2,0 Mrd. € im Jahr 2008. Dies entspricht einem Anteil an den gesamten Finanzhilfen des Bundes von 35.6 %. Die dem Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zugeordneten Subventionen gehen von 1,3 Mrd. € im Jahr 2005 auf 0,9 Mrd. € im Jahr 2008 zurück. Die Subventionen im Verkehrsbereich bleiben im Berichtszeitraum relativ konstant bei 1,4 Mrd. €.



3 Subventionspolitische Leitlinien der Bundesregierung

Langfristig tragfähige öffentliche Finanzen erfordern die konsequente Fortsetzung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Struktur öffentlicher Ausgaben und Einnahmen zugleich. Dies setzt auch eine effiziente Verwendung der Mittel in allen Bereichen voraus. Eine hieran orientierte Subventionspolitik bedeutet, Finanzhilfen und Steuervergünstigungen systematisch unter gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Aspekten zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen oder abzubauen. Eine Subventionspolitik in diesem Sinne leistet einen wichtigen Beitrag zur quantitativen und zur qualitativen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen.

Die Bundesregierung folgt bei ihrer Subventionspolitik Leitlinien, die der Erhöhung der

Transparenz, des Rechtfertigungsdrucks und der Steuerungsmöglichkeiten im Subventionswesen dienen (siehe Kasten, S. 36). Sie setzt sich dafür ein, Subventionen grundsätzlich degressiv zu gestalten und zeitlich zu befristen. Neue Subventionen sollen vorrangig als Finanzhilfen gewährt werden und sind durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren. Auch um den Stand der Umsetzung der subventionspolitischen Leitlinien möglichst transparent darstellen zu können, wurden Teile des Subventionsberichts neu strukturiert und der Bericht insgesamt gestrafft. Inwieweit die einzelnen Finanzhilfen den von der Bundesregierung beschlossenen Grundsätzen genügen, ist nunmehr unmittelbar veröffentlichten Datenblättern zu entnehmen, die u.a. detaillierte Angaben der Fachressorts zu Befristung und degressiver Ausgestaltung der Finanzhilfen sowie zur Zielgenauigkeit der Vergabe und zur Evaluation enthalten. Die einzelnen Steuervergünstigungen sind in entsprechender Weise dargestellt.

Subventionspolitische Leitlinien der Bundesregierung (Kabinettsbeschluss vom März 2006)

- Neue Subventionen werden nur gewährt, wenn sie sich gegenüber sonstigen Maßnahmen als das am besten geeignete, auch unter Kosten-Nutzen-Aspekten effiziente Instrument darstellen.
- Neue Subventionen werden vorrangig als Finanzhilfen gewährt und sind durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren.
- Neue Finanzhilfen werden nur noch befristet und grundsätzlich degressiv ausgestaltet.
- Die Ziele der Finanzhilfen werden in einer Form festgehalten, die eine Erfolgskontrolle ermöglicht.
- Die Subventionspolitik der Bundesregierung orientiert sich an wachstums-, verteilungs-, wettbewerbsund umweltpolitischen Wirkungen.
- Es wird geprüft, inwieweit bestehende Steuervergünstigungen in Finanzhilfen oder andere, den Staatshaushalt weniger belastende Maßnahmen überführt werden können.
- Auch bei bestehenden und bisher nicht befristeten und/oder nicht degressiv ausgestalteten Finanzhilfen wird eine Befristung und grundsätzlich eine Degression eingeführt.

4 Umsetzung der subventionspolitischen Leitlinien

Wie die Leitlinien erfolgreich umgesetzt werden, zeigt zum Beispiel die zu Jahresbeginn 2007 eingeführte Finanzhilfe zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland. Sie wurde eingeführt, nachdem die Attraktivität sogenannter Steuerstundungsmodelle, zu denen auch bestimmte Medienfonds zählten, Ende 2005 eingeschränkt wurde. Sie löst also insoweit eine steuerliche Sonderregelung ab, die wesentlich breiter streute und auch keinen Ansatzpunkt bot, den Produktionsstandort Deutschland gezielt zu fördern. Der neu eingeführte Zuschuss wird auf Grundlage der zugehörigen Richtlinie bis Ende 2009 befristet gewährt. Er ist zudem - anders als eine steuerliche Regelung - der Höhe nach auf den Haushaltsansatz von 60 Mio. € jährlich limitiert. Kriterien für die Antragstellung sind in einer Richtlinie transparent niedergelegt. Von vornherein wurde festgelegt, dass ein Evaluierungsgremium eine Erfolgskontrolle durchführen wird.

Die Gesamtauswertung aller Datenblätter ergibt, dass insgesamt 40 der 58 im Subventionsbericht aufgeführten Finanzhilfen befristet sind,

was einem Anteil von 69 % entspricht. 18 davon sprich 31 % aller Finanzhilfen - befinden sich bereits in der Ausfinanzierungsphase. Dabei handelt es sich um Maßnahmen, bei denen die Förderung bereits ausgelaufen ist, aber noch Finanzierungsverpflichtungen zu erfüllen sind.

Tabelle 1: Befristung und Degression von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen¹

Finanzhilfen		Befris	tung
		Ja	Nein
ssion	Ja	9	1
Degression	Nein	13	17

Steuervergünstigungen		Befristung		
		Ja	Nein	
ssion	Ja	2	0	
Degression	Nein	7	81	

¹ Ohne bereits ausgelaufene Maßnahmen.

Von den nicht in der Ausfinanzierungsphase befindlichen Finanzhilfen sind zehn, das entspricht 25 %, degressiv ausgestaltet (siehe Tabelle 1, S. 36). Weder befristet noch degressiv ausgestaltet sind vor allem Finanzhilfen, die vom finanziellen Volumen her relativ unbedeutend sind.

Degression und Befristung können auch bei bestimmten Steuervergünstigungen sinnvoll sein. Anders als für Finanzhilfen fordern die Leitlinien für Steuervergünstigungen aber nicht generell eine Degression und Befristung. Insgesamt sind 24 der 105 Steuervergünstigungen befristet. Dies sind zum einen Maßnahmen, bei denen die Befristung schon bei Einführung beschlossen wurde, darunter auch eine Reihe der in jüngerer Zeit beschlossenen Vergünstigungen. Zum anderen sind es Steuervergünstigungen, deren Abschaffung später beschlossen wurde, weil die Regelung überholt war oder durch eine Anschlussregelung ersetzt worden ist. Bei insgesamt neun Maßnahmen greift die Befristung erst Ende 2007 oder später, 15 Maßnahmen konnten nur bis Ende 2006 oder zu einem früheren Datum in Anspruch genommen werden, haben aber noch finanzielle Auswirkungen im Berichtszeitraum 2005 bis 2008. Unter den derzeit bestehenden Steuervergünstigungen ist die unbefristete, nicht degressiv gestaltete Gewährung der Normalfall (siehe Tabelle 1, S. 36).

Mit dem Beschluss der subventionspolitischen Leitlinien hat die Bundesregierung die Bedeutung der Erfolgskontrolle von Subventionen hervorgehoben. Handlungsbedarf besteht hierbei auch und insbesondere bei den Steuervergünstigungen. Diese Steuertatbestände sind ebenso wie die Finanzhilfen einer kontinuierli-

chen Überprüfung zu unterziehen, um Abbaupotenziale und Anpassungsbedarf zu erkennen.

Die Finanzhilfen, die sich noch nicht in der Ausfinanzierungsphase befinden, werden – wenn auch nicht nach einheitlichen Ansätzen und in gleicher Intensität in allen Bereichen – bereits heute ganz überwiegend extern oder intern evaluiert. Im Gegensatz dazu wurden die Steuervergünstigungen in der Vergangenheit vergleichsweise wenig evaluiert (siehe Tabelle 2).

Das Bundesfinanzministerium hat deshalb ein internationales Konsortium unabhängiger Wirtschaftsforschungsinstitute mit der externen Evaluierung der finanziell bedeutsamsten Steuervergünstigungen beauftragt. In diesem Rahmen erfolgt auch die in den Leitlinien beschlossene Überprüfung, inwieweit bestehende Steuervergünstigungen in Finanzhilfen oder andere, den Staatshaushalt weniger belastende Maßnahmen überführt werden können. Unabhängig von dieser Initiative spielen Evaluationen für die Steuerpolitik eine zunehmend größere Rolle. Beispielsweise hat der Finanzausschuss des Bundestages gebeten, für die im Rahmen der Unternehmensteuerreform vorgesehene Zinsschranke die Wirkung der Vergünstigung zu evaluieren und hierzu nach einer angemessenen Zeit einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Tabelle 2: Bisherige Evaluierung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen

Evaluierungen	Extern	Intern	Keine Evaluierungen, da ausgelaufen	Keine oder sporadische Evaluierungen	Summe
Finanzhilfen in %	15 25,9	16 27,6	18 31,0	9 15,5	58 100,0
Steuervergüns- tigungen in %	2 1,9	5 4,8	15 14,3	83 79,0	105 100,0

5 Schlussfolgerung

Der 21. Subventionsbericht der Bundesregierung dokumentiert, dass der Abbau von Subventionen einen wesentlichen Beitrag zu der gerade auch in der gegenwärtigen konjunkturellen Wachstumsphase notwendigen Haushaltskonsolidierung leistet. Er zeigt zugleich auf, dass ungeachtet der beim Subventionsabbau bereits erzielten Fortschritte weitere Anstrengungen notwendig sind. Um weitere Abbaupotenziale und Anpassungsbedarf erkennen zu können, ist es von entscheidender Bedeutung, die einzelnen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen kontinuierlich und systematisch unter gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Aspekten zu überprüfen. Die konsequente Umsetzung der subventionspolitischen Leitlinien muss jetzt weiter forciert werden.

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2006

1	Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände	39
2	Gesamtergebnis für das Bundesgebiet	
2.1	Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände	40
2.2	Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten	41
2.3	Aufgliederung nach Rückstandsarten	41
2.4	Entwicklung der Rückstandsfälle	42
2.5	Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der	
	Steuereinnahmen	43
3	Finzelstauern	43

- Die Steuerrückstände beliefen sich zum 31. Dezember 2006 auf 15,8 Mrd. €.
- Die Rückstandsquote betrug 4,0 % (in 2005 4,6 %) und ist damit die niedrigste Rückstandsquote seit 1993.
- $-82,5\,\%$ der Rückstände entfallen auf die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Umsatzsteuer.
- Die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Erbschaftsteuer weisen die höchsten Rückstandsquoten auf.

1 Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Oberfinanzdirektionen einen ausführlichen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern zum Jahresende. Nachstehend werden die wesentlichen Ergebnisse zum "Stand der Steuererhebung am 31. Dezember 2006 (Rückständestatistik)" dargelegt.

Erfasst sind bei der Rückständestatistik ausschließlich die von den Finanzämtern erhobenen und über die Finanzkassen entrichteten Bundes- und Ländersteuern. Die Erhebung deckt damit fast ³/₄ der gesamten Steuereinnahmen ab. Nicht berücksichtigt sind die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern.

Bei den ermittelten Rückständen handelt es sich um Steueransprüche des Staates an die Steuerpflichtigen, die im Sinne der Steuergesetze entstanden und bis zum Stichtag 31. Dezember 2006 fällig geworden sind. Teilweise ist die Einziehung dieser Steuerschulden durch Verwaltungsakte der Finanzverwaltung wie Stundung oder Aussetzung der Vollziehung hinausgeschoben. Die Finanzverwaltung kann Steueransprüche stunden, wenn deren Einziehung eine erhebliche Härte für den Steuerschuldner bedeuten würde (§ 222 Abgabenordnung). Die Vollziehung eines mit Rechtsmitteln angefochtenen Steuerbescheides soll von der Finanzverwaltung ausgesetzt werden, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes bestehen oder die Vollziehung eine unbillige Härte für den Betroffenen zur Folge hätte (§ 361 Abgabenordnung). Die verbleibenden nicht gestundeten

ausgesetzten Teile der Steuerrückstände werden als "echte Rückstände" bezeichnet. Die diesen Steueransprüchen zugrunde liegenden Steuerbescheide befinden sich in Vollstreckung.

Die Rückständestatistik zeigt lediglich eine Momentaufnahme eines dynamischen Prozesses, bei dem laufend alte Rückstände aus unterschiedlichen Zeiträumen abgelöst werden und neue hinzukommen. Die Steuerverwaltung ist bestrebt, durch eine möglichst zeitnahe Steuererhebung den Bodensatz an Steuerrückständen so gering wie möglich zu halten.

2 Gesamtergebnis für das Bundesgebiet

2.1 Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Die im Laufe eines Jahres neu entstandenen Steuerforderungen (Sollstellungen) bilden zusammen mit den zum Ende des vorangegangenen Berichtszeitraumes festgestellten Rückständen das Kassensoll. Zum Jahresende 2006 lag das Kassensoll der Besitz- und Verkehrsteuern mit 393,1 Mrd. € um 6,8 % über dem Wert des Vorjahresstichtages. Das kassenmäßige Aufkommen belief sich Ende 2006 auf 371,9 Mrd. € und erhöhte sich damit um 7,6 % gegenüber dem Vorjahresaufkommen.

Der Erlass von Steuerbeträgen sank im Berichtszeitraum von einem sehr hohen Vorjahresniveau auf 67 Mio. € (um 82,8 %) und liegt hiermit wieder im Durchschnitt der letzten Jahre. Die verwaltungsinternen Niederschlagungen von Steueransprüchen wegen festgestellter Erfolglosigkeit der Beitreibung stiegen gegenüber dem Jahr 2005 um 3,6% auf 5,4 Mrd. €. Damit ergibt sich für Erlass und Niederschlagungen zusammen ein Anteil von 1,39 % am Kassensoll (Vorjahr: 1,52 %).

Bereinigt man das Kassensoll um das kassenmäßige Aufkommen sowie die durch Erlass und Niederschlagung entstandenen Steuerausfälle, ergeben sich Gesamtrückstände aller Besitz- und Verkehrsteuern am Erhebungstag 31. Dezember

Tabelle 1: Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Stand am	Rückstände am		in den letzten zwölf Monaten							
31. Dezember	31. Dezember des Vorjahrs	Sollstellungen	Kassensoll (Sp. 2+3)	kassenmäßiges Aufkommen	Erlass	Nieder- schlagungen	Erhebungs- stichtag (Sp. 4– (5+6+7))			
1	2	3	4	5	6	7	8			
				in Mio. €						
2002	19 547	350 348	369 895	343 958	39	6 191	19 707			
2003	19 707	345 163	364 870	339 610	79	5 700	19 481			
2004	19 481	341 138	360 619	337 734	41	5 525	17319			
2005	17 319	350 859	368 178	345 653	387	5 201	16 937			
2006	16 937	376 190	393 127	371 883	67	5 390	15 787			

2006 in Höhe von 15,8 Mrd. €. Das bedeutet einen Rückgang um 1,2 Mrd. € bzw. 6,8 % gegenüber dem Vorjahr.

2.2 Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Gemessen am Kassensoll aller erfassten Besitzund Verkehrsteuern ergeben sich die nachstehenden Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten.

Die Rückstandsquote sank auf 4,02 % (Ende 2005: 4,60 %). Dies ist ein Ergebnis des Rückgangs der Rückstände um 6,8 % in Verbindung mit der Erhöhung des Kassensolls um 6,8 %. Die Niederschlagungsquote sank gegenüber dem Vorjahr, ebenso die Erlassquote.

2.3 Aufgliederung nach Rückstandsarten

Die Gesamtrückstände setzen sich aus den gestundeten und ausgesetzten Beträgen sowie den echten Rückständen zusammen. Die Stundungen stiegen um 6 Mio. € (0,7%) auf 804 Mio. €. Die Aussetzungen verringerten sich um 542 Mio. € (6,0%) auf 8,5 Mrd. €. Die echten Rückstände, die trotz abgelaufener Zahlungsfristen am Erhebungsstichtag noch nicht gezahlt worden waren und bei denen im Allgemeinen eine Beitreibung eingeleitet worden ist, sanken um 615 Mio. € (8,6%) auf 6,5 Mrd. €.

Die Aufteilung der Gesamtrückstände nach den Merkmalen "gestundet", "ausgesetzt" und "echte Rückstände" zeigt einen Anstieg des Anteils der ausgesetzten Rückstände im Jahr 2006 auf 53,7 %. Bei diesen Beträgen dürfte aufgrund der hohen Erfolgsaussichten eingelegter Rechtsmittel überwiegend nicht mehr mit einer Zahlung zu rechnen sein. Demgegenüber verzeichnete der Anteil der echten Rückstände einen Rückgang auf 41,2 %.

Tabelle 2: Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Stand am 31. Dezember	Rückstandsquote (Rückstand/Kassensoll)	·	
		in %	
2002	5,33	0,01	1,67
2003	5,34	0,02	1,56
2004	4,80	0,01	1,53
2005	4,60	0,10	1,41
2006	4,02	0,02	1,37

Tabelle 3: Aufgliederung nach Rückstandsarten

Stand am	Rückstände	davon								
31. Dezember		gestu	ındet	ausge	esetzt	echte Rü	ickstände			
	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %			
2002	19 707	1 210	6,1	8 705	44,2	9 791	49,7			
2003	19 481	1 751	9,0	8 615	44,2	9 114	46,8			
2004	17 319	831	4,8	8 956	51,7	7 531	43,5			
2005	16 937	798	4,7	9 015	53,2	7 124	42,1			
2006	15 787	804	5,1	8 473	53,7	6 509	41,2			

Um die Erfolgsaussichten für die Einziehung echter Rückstände besser beurteilen zu können, werden bei den Finanzämtern zusätzliche Informationen erhoben, die danach unterscheiden, ob diese Rückstände noch "nicht gemahnt", "gemahnt" oder in eine "Rückstandsanzeige aufgenommen" sind. Rückstände, die in eine Rückstandsanzeige aufgenommen wurden, befinden sich in Vollstreckung. Nach dieser zusätzlichen Statistik waren 20,0 % der echten Rückstände weder gemahnt noch in eine Rückstandsanzeige aufgenommen, 25,2 % gemahnt sowie 54,9 % in einer Rückstandsanzeige erfasst. Davon wiederum waren bereits 16,2 % vor dem Berichtszeitraum fällig. In Verbindung mit den ausgesetzten Rückständen muss deshalb ein erheblicher Teil der statistisch erfassten Rückstände als nicht realisierbar betrachtet werden.

2.4 Entwicklung der Rückstandsfälle

Die Rückstandsfälle und das Rückständevolumen sind beide zurückgegangen (um 5,6 % bzw. um 6,8 %). Aus dem niedrigeren Rückgang der Anzahl der Fälle resultiert eine leichte Verringerung des durchschnittlichen Rückstandsbetrages um - 1,2 % auf 4629 €.

Bemerkenswert ist hier die große Variationsbreite, innerhalb derer sich die durchschnittliche Höhe des Forderungsbetrages der Rückstandsfälle bewegt. Diese reicht von 231€ pro Fall bei der Kraftfahrzeugsteuer bis zu 676632 € bei der Versicherungsteuer. Der größte Anteil an Rückstandsfällen entfiel mit 32,3 % der Gesamtfälle auf die veranlagte Einkommensteuer, gefolgt von der Kraftfahrzeugsteuer mit 23,8 %, der Umsatzsteuer mit 21,0 % und vom Solidaritätszuschlag mit 16,6%.

Stand am 31. Dezember	Rückstände	Veränderung Rückstand zum Vorjahr	Zahl der Rückstandsfälle	Veränderung Fälle zum Vorjahr	Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall	Veränderung Durchschnitts- betrag zum Vorjahr
	in Mio. €	in%	in Tsd.	in %	in €	in %
2002	19 707	0,8	4 3 6 5	8,5	4 5 1 5	- 7,1
2003	19 481	- 1,1	4226	- 3,2	4 610	2,1
2004	17 319	- 11,1	3 709	- 12,2	4 669	1,3
2005	16 937	- 2,2	3 614	- 2,5	4 686	0,4
2006	15 787	- 6,8	3 410	- 5,6	4 629	- 1,2

Tabelle 5: Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Erhebungs- stichtag 31. Dezember	Rückständeveränderung	Erlass	Niederschlagungen	Minderung des kassen (Sp. 2-		
1	2	3	4	5	6	
		in Mi	in % des Kassensolls			
2002	161	39	6 191	6 3 9 0	1,7	
2003	- 226	79	5 700	5 552	1,5	
2004	- 2 163	41	5 525	3 403	0,9	
2005	- 381	387	5 201	5 207	1,4	
2006	- 1 150	67	5 390	4 306	1,1	

2.5 Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Die Minderung des kassenmäßigen Aufkommens um 4,3 Mrd. € bzw. 1,1 % des Kassensolls im Jahre 2006 ist niedriger als die Summe aus Erlass und Niederschlagung des Berichtszeitraums. Dies ist auf eine Verringerung der Rückstände gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mrd. € zurückzuführen.

3 Einzelsteuern

Mit einem Anteil von 69,4 % bilden die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer die für das Kassensoll wichtigsten Steuerarten. Bei den Rückständen dominieren hingegen die veranlagte Einkommensteuer, die Umsatzsteuer sowie die Körperschaftsteuer, deren Gesamtgewicht an den Rückständen aller Besitz- und Verkehrsteuern am 31. Dezember 2006 bei 82,5 % lag. Die Rückstände nahmen bei den meisten der erfassten Einzelsteuern ab. Im Durchschnitt aller Steuern ergab sich dadurch ein Rückgang der Rückstände.

Die Rückstandsquote von 24,06 % bei der veranlagten Einkommensteuer vermittelt ein verzerrtes Bild, da das Kassensoll der Einkommensteuer bereits um verschiedene Abzüge (Eigenheimzulage, Investitionszulage, Arbeitnehmererstattungen) gemindert ist. Vor Abzug ergibt sich eine Rückstandsquote von unter 13 %. Absolut weist die veranlagte Einkommensteuer mit knapp 7 Mrd. € die höchsten Rückstände auf.

Die Körperschaftsteuer verzeichnet einen Rückgang der Rückstände um 4,1%. Aufgrund des wesentlich stärker gewachsenen Kassensolls (um

Rückstände der Einzelsteuern	Kassensoll	Veränd. ggü. Vorj.	Anteil	Rückstände	Veränd. ggü. Vorj.	Anteil	Rückstands- quote	Veränd. ggü. Vorj
31. Dezember 2006	Mio. €	in %	in %	in Mio. €	in %	in %	in %	in %
Lohnsteuer	154 685	2,7	39,3	649	- 22,7	4,1	0,42	- 24,8
Umsatzsteuer	118 099	2,3	30,0	3 611	- 12,7	22,9	3,06	- 14,7
veranlagte Einkommensteuer	28 630	36,5	7,3	6 889	- 0,8	43,6	24,06	- 27,3
Körperschaftsteuer	25 834	32,8	6,6	2 518	- 4,1	15,9	9,75	- 27,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	14 623	14,9	3,7	276	- 20,0	1,7	1,89	- 30,4
Solidaritätszuschlag	12 058	8,6	3,1	516	- 3,9	3,3	4,28	- 11,5
Kraftfahrzeugsteuer	9 167	2,4	2,3	187	- 20,8	1,2	2,04	- 22,6
Versicherungsteuer	8 8 1 4	0,1	2,2	39	- 26,5	0,2	0,44	- 26,6
Zinsabschlag	7 603	8,7	1,9	6	433,0	0,0	0,08	390,3
Grunderwerbsteuer	6514	24,3	1,7	365	- 14,8	2,3	5,61	- 31,4
Erbschaftsteuer	4 451	- 8,3	1,1	658	- 10,3	4,2	14,77	- 2,2
übrige Besitz- und Verkehrsteuern	2 649	- 11,0	0,7	73	25,4	0,5	2,75	40,8
Rückstände gesamt	393 127	6,8	100,0	15 787	- 6,8	100,0	4,02	- 12,7

Tabelle 7: Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

Stand am	Rückstände			etzten zwölf N			Rückstände		n Rückstände	
31. Dezember	im Vorjahr	Soll- stellungen	(Sp. 2+3)	Kassen- einnahmen	Erlass	Nieder- schlagungen	31. Dezember (Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7)	gestundet	ausgesetzt	echte Rückstände
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Lohnsteuer					ın N	lio. €				
2002	950	162 492	163 442	162 276	1	291	875	11	214	649
2003	875	163 529	164 404	163 210	1	289	904	97	269	538
2004	904	154 268	155 172	154 081	2	261	827	88	348	392
2005	827	149 772	150 600	149 523	1	235	840	91	459	290
2006	840	153 845	154 685	153 791	1	244	649	81	276	292
2. Veranlagte	Einkommens	teuer								
2002	7 117	11 622	18 738	10 180	16	1 276	7 265	396	3 470	3 399
2003	7 265	9 141	16 406	7 465	12	1 382	7 548	349	3 752	3 447
2004	7 548	8 966	16514	8 019	14	1 542	6 939	308	3 769	2 863
2005	6 939	14 038	20 978	12 477	19	1 540	6 941	256	3 921	2 765
2006	6 941	21 688	28 630	20 213	31	1 497	6 889	293	3 879	2 717
3. Körperscha	ftsteuer									
2002	3 690	3 549	7 239	3 354	0	439	3 446	361	2 457	628
2003	3 446	8 033	11 480	8 457	32	417	2 573	93	1 901	578
2004	2 573	13 803	16 377	13 307	2	329	2 738	49	2 192	497
2005	2 738	16 723	19 461	16 493	3	339	2 626	47	2 145	434
2006	2 626	23 208	25 834	23 011	3	302	2 518	142	1 967	408
4. Umsatzstei	Jer 💮									
2002	5 473	109 582	115 055	105 467	18	3 895	5 675	285	1 325	4 065
2003	5 675	106 242	111 917	103 173	29	3 379	5 336	259	1 461	3 617
2004	5 336	107 227	112 563	104 735	21	3 163	4 645	225	1 409	3 010
2005	4 645	110 839	115 483	108 458	21	2 867	4 138	255	1 162	2 721
2006	4 138	113 962	118 099	111 328	29	3 132	3 611	125	1 124	2 362
5. Erbschaftst	euer									
2002	740	3 074	3 814	3 021	1	20	773	86	486	200
2003	773	3 416	4 189	3 374	2	22	791	125	498	169
2004	791	4216	5 007	4 282	0	28	697	102	473	122
2005	697	4 156	4 853	4 097	0	23	733	89	527	116
2006	733	3 718	4 451	3 763	0	30	658	73	468	117
6. Kraftfahrze	ugsteuer									
2002	266	7 665	7 930	7 593	0	63	275	1	2	272
2003	275	7 347	7 621	7 332	0	51	238	1	1	236
2004	238	7 744	7 982	7 740	0	45	196	1	1	194
2005	196	8 757	8 953	8 675	0	42	236	5	3	228
2006	236	8 931	9 167	8 938	0	42	187	1	3	183

32,8 %) ist jedoch die Rückstandsquote noch stärker gesunken, nämlich auf das Niveau von 9,75 %.

Die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Erbschaftsteuer weisen die höchsten Rückstandsquoten auf.

Bei der Umsatzsteuer weisen die Rückstände zwar mit 3,6 Mrd. € das zweithöchste Volumen auf, aufgrund des hohen Kassensolls ergibt sich jedoch lediglich eine Rückstandsquote von 3,06 %.

Die Rückstände der Lohnsteuer weisen sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Kassensoll (Rückstandsquote) ein niedriges Niveau auf.

Besonders hohe Anteile der echten Rückstände, also der nicht gestundeten oder ausgesetzten Beträge, an den Gesamtrückständen bestanden am 31. Dezember 2006 bei der Kraftfahrzeugsteuer (97,7%), beim Zinsabschlag (82,0%), bei der Umsatzsteuer (65,4%), bei der Lohnsteuer (44,9%) und bei der Grunderwerbsteuer (43,6%).

Die tabellarische Übersicht zeigt die Ergebnisse der Rückständestatistik für die wichtigsten Einzelsteuern in den Jahren 2002 bis 2006 (siehe Tabelle 7, S. 44).

SEITE 46

Erinnerung, Verantwortung und Zukunft – Abschluss der Zwangsarbeiterentschädigung in Deutschland

1	Einleitung	47
	Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"	
3	Entschädigung der Zwangsarbeiter	49
4	Fonds Erinnerung und Zukunft"	50

- Das Auszahlungsprogramm der Zwangsarbeiterentschädigung ist am 12. Juni 2007 abgeschlossen worden.
- Es wurden 4,37 Mrd. € an mehr als 1½ Millionen Opfer ausgezahlt.
- Völkerverständigung und Geschichtsverständnis werden durch den Fonds "Erinnerung und Zukunft" dauerhaft gefördert.

1 Einleitung

Seit ihrer Gründung haben sich die Bundesrepublik Deutschland und engagierte Bürger stets nach Kräften bemüht, das große Leid zu mildern, das zahlreichen Menschen von deutscher Seite durch die Nazidiktatur widerfahren ist. Auch Zahlungen in der Größenordnung von 64 Mrd. € sind seit Kriegsende als Wiedergutmachungen und Entschädigungen geleistet worden. Aus verschiedenen Gründen mussten allerdings die ehemaligen Zwangsarbeiter 55 Jahre lang auf ihre Entschädigung warten. Im August 2000 ist dann die Bundesstiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" in Berlin gegründet worden, um diese historische Verpflichtung zu erfüllen. Stifter waren je zur Hälfte eine aus zahlreichen deutschen Wirtschaftsunternehmen bestehende Stiftungsinitiative und die Bundesrepublik Deutschland.

Zusammen mit der deutschen Wirtschaft bekannte sich der Deutsche Bundestag zur politischen und moralischen Verantwortung für die NS-Opfer und für die durch den NS-Staat zu Sklaven- und Zwangsarbeit gezwungenen Menschen. Ihnen war durch Deportation, Inhaftierung, Ausbeutung bis hin zur Vernichtung durch Zwangsarbeit und durch eine Vielzahl weiterer Menschenrechtsverletzungen schweres Unrecht zugefügt worden. Dies führte zu zahlreichen Prozessen gegen deutsche Unternehmen vor Gerichten in den Vereinigten Staaten. Auch die Ermöglichung eines Rechtsfriedens war deshalb ein Motiv der Stiftungsinitiative.

Zwischenzeitlich hat die Stiftung ihre Ziele erfüllt: binnen sieben Jahren haben mehr als 1 ½ Millionen Opfer insgesamt mehr als 4,37 Mrd. € empfangen. Am 12. Juni 2007 wurde der Abschluss des Auszahlungsprogramms in Anwesenheit von Bundespräsident Horst Köhler mit einer Feierstunde im Schloss Bellevue festgestellt. "Das ist heute ein bedeutender Tag und ein guter Tag", sagte der Bundespräsident zu Beginn der Veranstaltung, bevor die Bundeskanzlerin sowie Vertreter der Stiftung und der Opfer in ihren Reden die vollbrachten Leistungen würdigten.

2 Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"

Die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" wurde mit Gesetz vom 2. August 2000 als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin errichtet. Die Arbeit der Stiftung ruht auf zwei Pfeilern: Sie organisierte ein – inzwischen abgeschlossenes – weltweites Auszahlungsprogramm zugunsten von Opfern bestimmter nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen und betätigt sich – dauerhaft – mit dem Fonds "Erinnerung und Zukunft" (auch bekannt als "Zukunftsfonds") in der Projektförderung.

Der Errichtung der Stiftung waren internationale Verhandlungen vorausgegangen, sowohl auf bilateraler Regierungsebene zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland als auch auf multilateraler Ebene unter Beteiligung der Regierungen von Staaten, die während des Zweiten Weltkriegs vom Deutschen Reich besetzt worden waren oder die in besonderem Maße Opfer repräsentieren, sowie von Opferverbänden und -anwälten. Am Ende dieser Verhandlungen wurden in einem deutsch-amerikanischen Abkommen sowie in einer gemeinsamen Erklärung aller Teilnehmer die wesentlichen Elemente der Stiftungslösung festgehalten, wie sie schließlich in das Errichtungsgesetz einflossen.

Auf der Grundlage dieser Verhandlungen hatte der Deutsche Bundestag das Errichtungsgesetz beschlossen. Es sah individuelle und humanitäre Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter und andere Opfer des Nationalsozialismus vor. Das Stiftungsvermögen in Höhe von 10,1 Mrd. DM (5,16 Mrd. €) wurde je zur Hälfte von der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und dem Bund zur Verfügung gestellt.

Der Großteil der Gesamtsumme – knapp 4,45 Mrd. € – kam im Laufe der vergangenen sechs Jahre den überlebenden Zwangsarbeitern in Form von individuellen Einmalzahlungen zugute. Das restliche Geld aus dem Stiftungsvermögen wurde entsprechend dem gesetzlichen Auftrag für folgende Zwecke eingesetzt:

- als Ausgleich für von Unternehmen in der NS-Zeit verursachte Vermögensschäden (102,2 Mio. €),
- für sog. "sonstige Personenschäden" (25,6 Mio. €),
- für Versicherungsschäden (102,2 Mio. €),
- -für besondere humanitäre Programme (332 Mio. €),
- -für die Aufwendungen US-amerikanischer Klägeranwälte (63,9 Mio. €),
- -für die Aufwendungen deutscher Klägeranwälte und Rechtsbeistände von Zwangsarbeitern (2,55 Mio. €),
- für die Verwaltungsaufgaben der Bundesstiftung (35,8 Mio. €).



3 Entschädigung der Zwangsarbeiter

Im Geiste einer politischen und moralischen Verantwortung für die Opfer hat die Bundesstiftung ihre Arbeit aufgenommen. Sie wurde mit einem dreiköpfigen Vorstand zur Führung der laufenden Geschäfte der Stiftung ausgestattet, der für die Verteilung der Stiftungsmittel verantwortlich war. Der Vorstand wird von einem Kuratorium mit 27 Mitgliedern gewählt und in seiner Tätigkeit überwacht. Das Kuratorium setzt sich aus Vertretern der Stifter zusammen und hat über die grundsätzlichen Fragen zum Aufgabenbereich der Stiftung zu entscheiden. Zahlreiche Mitglieder ausländischer Herkunft prägen seinen internationalen Charakter.

Als die Bundesstiftung im September 2000 ihre Arbeit aufnahm, konnte sie sich auf keine Vorbilder für das vom Stiftungsgesetz vorgesehene Vorhaben beziehen. Darüber hinaus gab es auch keinerlei Erfahrungen mit Zahlungen an eine damals geschätzte Zahl von über einer Million möglicher, aber unbekannter Berechtigter.

Der Regelungsbereich des Gesetzes ist zeitlich wie konzeptionell nur im Kontext anderer Regelungen verständlich, die vor allem in den Jahren zuvor Gegenstand der deutschen Entschädigungspolitik gewesen sind. Die meist hochbetagten Opfer sollten die vorgesehenen Leistungen rasch und zuverlässig erhalten. Der große Vorteil des Vorgehens lag darin, dass die Geschädigten sich nicht auf langwierige, in ihrem Ausgang höchst unsichere Gerichtsverfahren einlassen mussten, sondern in einem unbürokratischen, pauschalisierten Verfahren ihre Genugtuung erhielten. An die Stelle gerichtlicher Instanzen traten unabhängige Beschwerdestellen und an die Stelle gerichtsfester Beweise trat in vielen Fällen die Glaubhaftmachung der Anspruchsvoraussetzungen. In einer koordinierten Anstrengung von über 300 öffentlichen und privaten Archiven in Deutschland wurden die Antragsteller aus aller Welt bei der Suche nach Belegen für ihre Leistungsberechtigung unterstützt. Über die im Bundesentschädigungsgesetz aufgeführten Konzentrationslager hinaus konnten zudem nahezu 4000 weitere Lager, insbesondere in den von deutschen Truppen besetzten

Gebieten in Mittel- und Osteuropa, als KZ-ähnliche "Andere Haftstätten" im Sinne des Stiftungsgesetztes anerkannt werden und die überlebenden Zwangsarbeiter dieser Lager Leistungen erhalten.

Die Auszahlung an die Berechtigten erfolgte nicht über die Stiftung unmittelbar, sondern über ortsnahe Partnerorganisationen. Unter diesen wurden die vorhandenen Mittel folgendermaßen aufgeteilt: Organisationen in

- Polen erhielten 929,5 Mio. €,
- Russland einschließlich der Antragsteller aus Lettland und Litauen – erhielten 427 Mio. €,
- der Ukraine einschließlich der Antragsteller aus Moldawien – bekamen 881,5 Mio. €,
- Weißrussland einschließlich der Antragsteller aus Estland erhielten 355 Mio. €,
- Tschechien bekamen 216,3 Mio. €.

Jüdische Antragsteller, die außerhalb der vorgenannten Staaten lebten, erhielten ihr Geld über die Jewish Claims Conference. Dafür waren 929,5 Mio. € bereitgestellt worden. Für nichtjüdische Leistungsberechtigte, die ebenfalls außerhalb der genannten Staaten ihren Wohnsitz hatten, war die Internationale Organisation für Migration zuständig. Sie verfügte über einen Etat von 276 Mio. €.

Schon während der internationalen Verhandlungen stellten sich schwierige und moralisch heikle Fragen, für die im Gesetz verbindliche Kriterien festgelegt werden mussten. Das Leistungsniveau bedurfte ebenso der Klärung wie die für eine Entschädigung erforderliche Dauer der geleisteten Zwangsarbeit. Der Deutsche Bundestag entschied, dass die Dauer der geleisteten Zwangsarbeit keine Rolle spielen dürfte, denn dies hätte langwierige Berechnungsverfahren vorausgesetzt. Da es immer darum ging, möglichst viele Überlebende noch zu erreichen, verbot sich hier jede Verzögerung im Interesse der meist hochbetagten Opfer.

Zur Höhe der Leistungen wurde beschlossen, ein nach Schwere des Schicksals gestaffeltes System pauschaler Einmalzahlungen zu schaffen. Drei Kriterien waren für die Höhe der Leistungen ausschlaggebend: die Art des Haftortes und damit der Haftbedingungen, die Schwere der Zwangsarbeit, das Faktum der Deportation.

Zudem existierten in einzelnen Ländern weitere Gruppen von NS-Opfern, die unterschiedlich schwere Verfolgungsschicksale erlitten hatten. Zu ihnen zählten insbesondere die Zwangsarbeiter, die in der Landwirtschaft eingesetzt worden waren, und auch deportierte, in der Hauswirtschaft tätige oder in ihrem Heimatland eingesetzte Zwangsarbeiter. Die Partnerorganisationen erhielten deshalb die Berechtigung, auch diesen Opfern des NS-Regimes finanzielle Leistungen zu gewähren, soweit ihre Mittel ausreichten. Damit war es möglich, viele hunderttausend weitere NS-Opfer zu erreichen und zu entschädigen.

Zurückschauend kann man sagen, dass die Stiftung mit der Anerkennung der Zwangsarbeiter als NS-Opfer nicht nur in Deutschland zu deren Rehabilitierung beigetragen hat. Eine derartige Entwicklung vollzog sich auch in manchen mittel- und osteuropäischen Staaten, insbesondere in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Viele ehemalige Zwangsarbeiter wurden nun auch im eigenen Land deutlicher als zuvor als NS-Opfer wahrgenommen. Die über viele Jahre währende Zusammenarbeit der Bundesstiftung mit den sieben internationalen Partnerorganisationen hat sich vielfach bewährt.

Das Bundesfinanzministerium war als das für Entschädigungsfragen zuständige Ressort gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt - von vornherein in die Vorbereitung der Stiftungsgründung und in die Durchführung des Auszahlungsprogramms maßgeblich eingebunden. Das Stiftungsgesetz weist ihm die Rechtsaufsicht ebenso zu wie die Haushaltskontrolle.

Die bisherige Arbeit der Stiftung war ein voller Erfolg, nicht zuletzt weil viele Überlebende in Ost und West immer wieder persönlich bestätigt haben, wie viel ihnen das Projekt bedeutet, zuletzt anlässlich der Feierstunde beim Bundespräsidenten. Die Begegnungen mit den Überlebenden haben die Beteiligten oftmals bedrückt, aber mehr noch bereichert. Die späten Zahlungen an frühere Zwangsarbeiter können keine umfassende "Wiedergutmachung" für das persönlich erlittene Schicksal darstellen, sie bedeuteten aber in vielen Fällen doch eine wirksame und höchst willkommene materielle Hilfe. Damit ist die Aufgabe, die das Stiftungsgesetz gestellt hat, erfolgreich bewältigt worden.

4 Fonds "Erinnerung und Zukunft"

Nachdem der erste große Auftrag der Stiftung, die humanitären Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und an andere NS-Opfer, abgeschlossen ist, tritt nun der gleichzeitig mit der Entschädigung gebildete Fonds "Erinnerung und Zukunft" in den Vordergrund. Die Kapitalstiftung für diesen Fonds ist inzwischen auf über 420 Mio. € angewachsen.

Mit jährlich rund 8 Mio. € unterstützt die Stiftung dauerhaft internationale Projekte, die die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern, die unter dem Nationalsozialismus besonders gelitten haben, fördern. Drei Tätigkeitsschwerpunkte haben sich dabei in den letzten Jahren herausgebildet:

- Auseinandersetzung mit der Geschichte: Projekte, die die Erinnerung wachhalten und junge Menschen zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anhalten.
- Handeln für Demokratie und Menschenrechte: Förderung internationaler Initiativen für Demokratie und Menschenrechte.
- Humanitäres Engagement für Überlebende der NS-Diktatur: Humanitäre Hilfe vor Ort für die noch lebenden Opfer des Nationalsozialismus.

Für diese Arbeit gilt der gesetzliche Auftrag, Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung, den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft und der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen. Im Gedenken an und zu Ehren derjenigen Opfer nationalsozialistischen Unrechts, die nicht überlebt haben, soll der Fonds auch Projekte im Interesse ihrer Erben fördern.

Mit diesem Auftrag hat die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" in der deutschen Stiftungslandschaft eine besondere Stellung: Sie übernimmt die Verantwortung für die Erinnerung an den dunklen Abschnitt in der deutschen Geschichte und baut eine Brücke in die Zukunft demokratischer europäischer Gesellschaften und Staatswesen. Mit der weitestgehend abgeschlossenen Entschädigungszahlung wurde ein Zeichen der Empathie und der Aufmerksamkeit für die individuellen und lange verdrängten Schicksale der Opfer gesetzt, welches das Profil der Stiftung und die ihre Tätigkeit begründenden Werte auch künftig prägen wird.



SEITE 52

Bundespolitik und Kommunalfinanzen

1	Zusammenfassung	53
2	Kommunale Finanzsituation (ohne Stadtstaaten)	54
3	Unternehmensteuerreform	58
4	Berücksichtigung der Belange der kommunalen Wohnungswirtschaft	60
5	Entlastung der Kommunen zugunsten der Kinderbetreuung	61
6	Weiterentwicklung der Pflegeversicherung	62
7	Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements	
R		63

- Gemeinden, Städte und Landkreise erzielten im Jahr 2006 einen Finanzierungsüberschuss von insgesamt rund 3 Mrd. €.
- Die kommunalen Steuereinnahmen steigen weiter.
- Die Unternehmensteuerreform stärkt nicht nur den Standort Deutschland, sondern verstetigt mit der Gewerbesteuer auch die wichtigste kommunale Einnahmequelle.
- Den Kommunen insgesamt stehen die notwendigen Mittel zur Verfügung, um ihrer Verantwortung beim Ausbau von Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden.

1 Zusammenfassung

Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 2006 einen Überschuss von rund 3 Mrd. €, der insbesondere auf die erneut deutlich gestiegenen kommunalen Steuereinnahmen zurückzuführen ist. Finanzierungsüberschüsse bei einem gleichzeitig weiter steigenden Bestand an Kassenkrediten deuten aber auf ein fortgesetztes Auseinanderdriften von strukturstarken und strukturschwachen Kommunen hin. Der Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen insgesamt setzt sich jedoch auch aktuell weiter fort.

Dabei werden auch in Zukunft Maßnahmen des Bundes die Rahmenbedingungen der Kommunalfinanzen beeinflussen.

Hierzu gehört zunächst die Unternehmensteuerreform. Mit ihr wird Deutschland auch für ausländische Direktinvestitionen attraktiver. Gleichzeitig wird die Neuregelung kommunalen Anliegen gerecht: Die Gewerbesteuer bleibt erhalten und in ihrem Kern unangetastet, ihr Aufkommen wird verstetigt.

Auch im Zusammenhang mit Neuregelungen, die die kommunale Wohnungswirtschaft betreffen, werden die Belange der Gemeinden und Gemeindeverbände berücksichtigt: Dies gilt sowohl bei der Gründung von REIT-Aktiengesellschaften wie auch bei der Besteuerung bestimmter Rücklagen kommunaler Wohnungsunternehmen.

Die Kommunen sind verantwortlich für die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Kinderbetreuungsplätzen. Der Bund unterstützt die Gemeinden und Gemeindeverbände – im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitsuchende – schon bisher bei dieser wichtigen Aufgabe. Er wird darüber hinaus den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze mit zusätzlichen Bundesmitteln fördern.

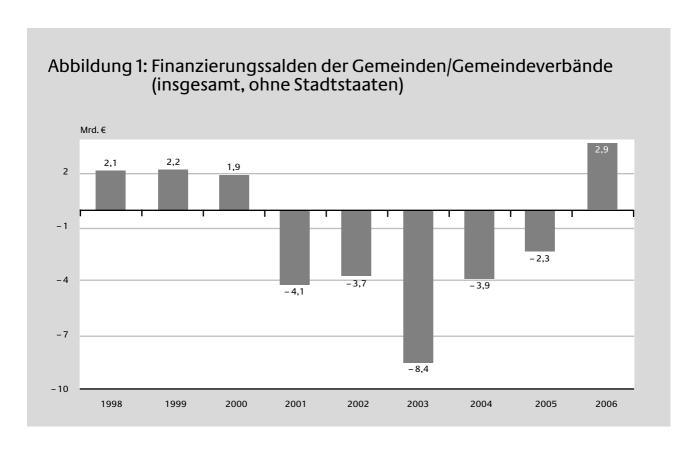
Mit der beabsichtigten Reform der Pflegeversicherung werden die Pflegebedürftigen finanziell besser gestellt und mittelbar auch die Haushalte der Sozialhilfeträger entlastet. Zudem baut die Bundesregierung die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aus und unterstützt damit ein wichtiges Element des Zusammenlebens in Städten und Gemeinden.

In der Föderalismuskommission II sind Städte, Gemeinden und Landkreise durch die kommunalen Spitzenverbände vertreten. Nachdem zunächst der Finanzaspekt im Vordergrund stand, wird sich die Kommission im Herbst vorrangig mit Verwaltungsthemen beschäftigen.

2 Kommunale Finanzsituation (ohne Stadtstaaten)

Mit einem Einnahmeüberschuss der Kommunen insgesamt von rund 3 Mrd. € wurden alle Annahmen für das Jahr 2006 – auch die der kommunalen Spitzenverbände – weit übertroffen. Der Überschuss 2006 liegt damit auch deutlich über den Überschüssen der Jahre 1998 bis 2000 (+ 1,9 bis + 2,2 Mrd. €; siehe Abbildung 1).¹

Hauptursache für diese Entwicklung war der äußerst starke Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen, die sich gegenüber dem Jahr 2005 um 12,4 % erhöhten (Bund: + 7,2 %; Länder: +8,1%). Die Veränderungsraten bei den Kommunen in den einzelnen Bundesländern lagen in einer Spannbreite von +4,6 % in Brandenburg bis + 15,7 % in Hessen (siehe Tabelle 1, S. 55). Erneut wurde damit die positive Einschätzung der Steuerschätzer übertroffen, die noch im November 2006 mit einem Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen insgesamt um 11,8 % gerechnet hatten.



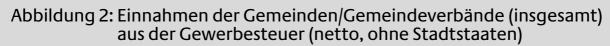
¹ Auch der einmalige Sondereffekt in Höhe von rund 1 Mrd. € durch den Verkauf kommunaler Wohnungen in Dresden kann dieses positive Gesamturteil nicht beeinträchtigen.

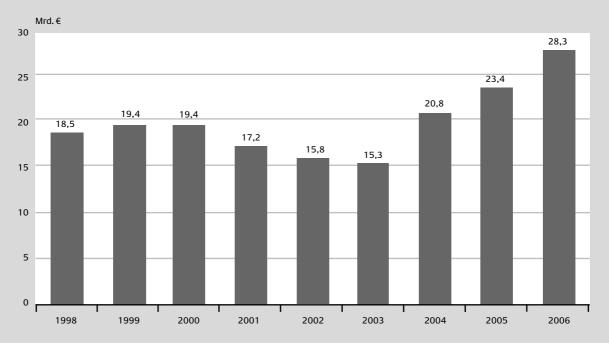
Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen (netto) nach Ländern¹

Gebietseinheit	Aut	Aufkommen		Veränderung 2006 gegenüber 2005	
	2005	2006			
	ir	Mrd. €	in Mrd. €	in %	
Baden-Württemberg	8,8	10,0	+ 1,2	+ 13,2	
Bayern	10,0	11,2	+ 1,2	+ 11,8	
Hessen	5,5	6,4	+ 0,9	+ 15,7	
Rheinland-Pfalz	2,5	2,9	+ 0,4	+ 14,3	
Niedersachsen	5,1	5,6	+ 0,5	+ 10,1	
Nordrhein-Westfalen	14,8	16,7	+ 1,9	+ 12,9	
Saarland	0,7	0,7	+ 0,1	+ 11,9	
Schleswig-Holstein	1,8	2,0	+ 0,2	+ 12,8	
Flächenländer West	49,1	55,4	+ 6,3	+ 12,8	
Brandenburg	1,0	1,0	+ 0,0	+ 4,6	
Mecklenburg-Vorpommern	0,6	0,6	+ 0,1	+ 9,8	
Sachsen	1,8	2,0	+ 0,1	+ 7,9	
Sachsen-Anhalt	1,0	1,1	+ 0,1	+ 9,8	
Thüringen	0,8	0,9	+ 0,1	+ 8,7	
Flächenländer Ost	5,2	5,6	+ 0,4	+ 7,9	
Flächenländer insgesamt	54,3	61,0	+ 6,7	+ 12,4	

 $^{^{1}\}quad Ohne\,Stadtstaaten;\,Differenz\,durch\,Rundungen\,der\,Zahlen.$

 $Quelle: Statistisches \, Bundesamt; Kassenstatistik$





Diese Entwicklung wurde insbesondere vom Anstieg der Gewerbesteuer getragen. So wuchs die Gewerbesteuer (netto) - d.h. nach Abzug der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlagen - im Jahr 2006 gegenüber 2005 mit 4,9 Mrd. € oder 20,7 % erneut deutlich (siehe Abbildung 2, S. 55). Neben der positiven konjunkturellen Entwicklung wirken offensichtlich auch weiterhin die zum 1. Januar 2004 in Kraft getretenen gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Ungeachtet regionaler Unter-

schiede führte dies - mit Ausnahme Brandenburgs - bei Städten und Gemeinden in allen Ländern zu zweistelligen Zuwachsraten der Gewerbesteuereinnahmen.²

Nachdem die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Jahr 2005 noch stagniert hatten, wuchsen sie 2006 mit 8,6 % ebenfalls deutlich (siehe Tabelle 2). Zugelegt haben auch die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (+ 4,7 %) und aus den Grundsteuern (+1,7%).

Tabelle 2: Kommunale Steuereinnahmen insgesamt¹

Steuerart	Aufkommen		Veränderung 2006 gegenüber 2005	
	2005	2006		
	in Mrd. €		in Mrd. €	in %
Gewerbesteuer (netto)	23,4	28,3	+ 4,9	+ 20,7
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	18,5	20,1	+ 1,6	+ 8,6
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2,6	2,8	+ 0,1	+ 4,7
Grundsteuern	9,1	9,3	+ 0,2	+ 1,7
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	0,6	0,6	- 0,0	- 2,6
Steuern (netto) insgesamt	54,3	61,0	+ 6,7	+ 12,4

¹ Ohne Stadtstaaten; Differenz durch Rundungen der Zahlen. Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik

Tabelle 3: Entwicklung der Einnahmen im Jahr 2006 Veränderungen der wesentlichen Einnahmen gegenüber 2005¹

	Kommunen alte Länder	Kommunen neue Länder	Kommunen insgesamt
		in %	
Einnahmen insgesamt darunter:	+ 4,9	+ 5,5	+ 5,0
Steuern	+ 12,8	+ 7,9	+12,4
Schlüsselzuweisungen	+ 0,3	- 2,2	- 0,5
Gebühren	- 0,5	- 0,4	- 0,5
Investitions zuweisungen vom Land	- 4,3	- 5,5	- 4,7

Ohne Stadtstaaten. Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik

² Detaillierte Angaben zu der Entwicklung in einzelnen Bundesländern befinden sich auf der Homepage des Bundesministeriums der Finanzen unter http://www.bundesfinanzministerium.de.

Die Einnahmen aus Gebühren waren dagegen – wohl auch bedingt durch die Ausgliederung kommunaler Einrichtungen – erneut rückläufig (siehe Tabelle 3, S. 56). Während die Schlüsselzuweisungen – unter anderem beeinflusst durch Abrechnungen früherer Finanzausgleichsperioden – in den westdeutschen Kommunen annähernd stagnierten (+ 0,3 %), gingen sie in den neuen Ländern (– 2,2 %) zurück. Noch deutlicher war der Rückgang der Investitionszuweisungen der Länder um 4,7 %.

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen um 1,5 % auf rund 155,7 Mrd. € (siehe Tabelle 4). Dieser moderate Anstieg war u.a. bedingt durch einen Rückgang der Personalausgaben (– 0,9 %) und eine nur verhaltene Steigerung selbst bei den Ausgaben mit der kräftigsten Zuwachsrate (Ausgaben für soziale Leistungen: + 3,3 %). Nach einem Rückgang in den Vorjahren stiegen die Sachinvestitionen mit 2,4% erstmals wieder, wozu wesentlich auch die Ausgaben für Baumaßnahmen beitrugen (+ 2,3 %). Dabei stieg der Selbstfinanzierungsgrad, da die Investitionszuweisungen der Länder zugleich rückläufig waren.

Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände reduzierte sich im Jahr 2006 um 2,0 % auf 88,4 Mrd. € nicht nur durch Ausgliederungen, sondern auch durch tatsächlichen

Schuldenabbau. Dagegen erhöhte sich der Bestand an Kassenkrediten – die eigentlich nur zur Finanzierung kurzzeitiger Liquiditätsengpässe verwendet werden dürfen – um rund 4 Mrd. € auf 27,9 Mrd. € (siehe Abbildung 3, S. 58).

Der Bestand an Kassenkrediten konzentrierte sich Ende 2006 auf Kommunen in einzelnen Ländern: 44,9 % des Kassenkreditbestandes entfielen auf Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen, 16,1 % entfielen auf Niedersachsen. Den durchschnittlich höchsten Bestand an Kassenkrediten je Einwohner hatten die Kommunen in Rheinland-Pfalz und im Saarland (siehe Tabelle 5, S. 58). Finanzierungsüberschüsse bei weiter steigenden Kassenkrediten sprechen erneut für die Vermutung einer größer werdenden Kluft zwischen strukturschwachen und -starken Gemeinden.

Die Steuerschätzung vom Mai 2007 kommt für dieses Jahr zu einem erneuten Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen von rund 3,2 Mrd. € (+ 4,8 %) und einer Fortsetzung dieses Trends in den Folgejahren. Diese Schätzung enthält für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer einen moderaten Anstieg in Höhe von 0,3 %. Der Deutsche Städtetag rechnet aktuell mit noch höheren Einnahmen aus dieser für die Kommunen wichtigsten Steuerquelle.

Tabelle 4: Entwicklung der Ausgaben im Jahr 2006
Veränderungen der wesentlichen Einnahmen gegenüber 2005¹

	Kommunen alte Länder	Kommunen neue Länder	Kommunen insgesamt	
		in%		
Ausgaben insgesamt darunter:	+ 1,4	+ 2,2	+ 1,5	
Personal	- 0,9	- 0,7	- 0,9	
Sachaufwand	+ 3,3	+ 1,2	+ 3,0	
Soziale Leistungen	+ 2,7	+ 6,4	+ 3,3	
Zinsen	+ 2,7	- 1,7	+ 2,0	
Sachinvestitionen (darunter: Baumaßnahmen)	+ 3,0 (+ 2,9)	+ 0,4 (+ 0,5)	+ 2,4 (+ 2,3)	

¹ Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik

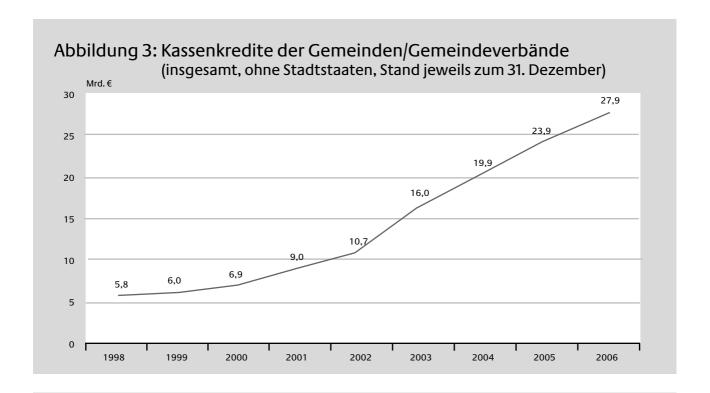


Tabelle 5: Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2006¹

Gebietseinheit	Kassenkredite in € je Einwohner	Veränderung gegenüber Vorjahr (€ je Einwohner)	Kassenkredite in Mio. €
Baden-Württemberg	19	- 4	208
Sachsen	32	+ 5	137
Bayern	33	+ 15	411
Thüringen	44	+ 9	102
Schleswig-Holstein	184	- 10	521
Mecklenburg-Vorpommern	280	+ 165	477
Brandenburg	293	+ 35	748
Sachsen-Anhalt	390	+ 67	958
Hessen	528	+ 91	3 208
Niedersachsen	562	+ 58	4 495
Nordrhein-Westfalen	694	+ 111	12518
Rheinland-Pfalz	745	+ 66	3 020
Saarland	1 013	+ 37	1 060
Deutschland insgesamt	364	+ 53	27 864

¹ Stand 31. Dezember 2006; Differenz durch Rundungen der Zahlen. Quelle: Statistisches Bundesamt.

3 Unternehmensteuerreform

Mit der Unternehmensteuerreform 2008 wird insbesondere die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Europatauglichkeit der deutschen Unternehmensbesteuerung verbessert und in Bezug auf die Belastungen eine weitgehende Rechtsform- und Finanzierungsneutralität geschaffen. Nicht zuletzt werden Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt, die Planungssicherheit für Unternehmen sowie öffentliche Haushalte verbessert und nachhaltig die deutsche Steuerbasis gesichert.

Durch die Verringerung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 % und die Senkung der Gewerbesteuermesszahl von maximal 5% auf einheitlich 3,5 % liegt die nominale Steuerbelastung der Unternehmensgewinne von Kapitalgesellschaften mit knapp unter 30 % nicht mehr an der Spitze in der EU, sondern etwa im Mittelfeld. Die Steuerreform führt bei voller Jahreswirkung zu steuerlichen Mindereinnahmen bei allen Gebietskörperschaften in Höhe von insgesamt 5 Mrd. €, die aber mit der fortgesetzten Konsolidierungspolitik der Bundesregierung vereinbar sind. In den ersten Jahren wird es infolge der verzögerten Wirkung der Finanzierungsmaßnahmen zu höheren Ausfällen kommen. Unter Berücksichtigung der – unabhängig von der Reform zu erwartenden - Wachstumsraten der Wirtschaft wird das Aufkommen aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer aber bereits nach zwei bzw. drei Jahren wieder das Niveau vor der Reform erreichen und überschreiten.

Die Unternehmensteuerreform wird insbesondere den Kommunen zugutekommen. Zunächst einmal tragen Bund und Länder - gemessen an der vollen Jahreswirkung – nahezu allein die Steuerausfälle. Mindereinnahmen der Kommunen in den ersten Kassenjahren werden durch eine dauerhafte Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die in den Jahren 2008 und 2009 angesichts der finanziellen Auswirkungen deutlich höher als in den Folgejahren ausfällt, zu großen Teilen aufgefangen. Darüber hinaus profitieren die Kommunen letztlich von den positiven volkswirtschaftlichen Folgen der Reform: Die steigende Attraktivität des Standortes Deutschland fördert langfristig das Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit auch das kommunale Steueraufkommen. Die vorgesehenen Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer wirken zusätzlich verstetigend und stabilisierend auf die Einnahmen. Die positiven Wachstumsimpulse tragen zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei und entlasten die kommunalen Haushalte bei den sozialen Leistungen auch auf der Ausgabenseite. Der Gewinn an finanzieller Handlungsfähigkeit stärkt die Investitionskraft der Kommunen und gibt dem Erhalt und dem Ausbau der kommunalen Infrastruktur den notwendigen Schub, was wiederum eine wichtige Voraussetzung für weiteres Wirtschaftswachstum darstellt.

Entscheidend ist auch: Durch die Reform bleibt die Struktur der Gewerbesteuer erhalten. Zukünftig werden 25% aller Fremdkapitalzinsen wieder zur Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer hinzugezählt, sofern sie nicht bereits wegen der Zinsschranke von vornherein vom Betriebsausgabenabzug ausgeschlossen sind. Zusammen mit den Finanzierungsanteilen bei Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren (unter Berücksichtung des Freibetrags) führen diese Maßnahmen zwar nicht zu Mehreinnahmen, sehr wohl aber zu einer spürbaren Verstetigung des Gewerbesteueraufkommens.

4 Berücksichtigung der Belange der kommunalen Wohnungswirtschaft

Deutschland hat rückwirkend zum 1. Januar 2007 die gesetzliche Grundlage für Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (Real Estate Investment Trusts, kurz "REITs") geschaffen (vgl. auch Monatsbericht des BMF, Mai 2007, S. 65 ff.). Damit eröffnen sich neue Refinanzierungsmöglichkeiten für die deutsche Immobilienwirtschaft und zusätzliche Anlagemöglichkeiten für Investoren.

Die rund 3,1 Mio. kommunalen und sonstigen öffentlichen Wohnungen dürfen – genauso wie andere Wohnimmobilien, die vor dem 1. Januar 2007 erbaut wurden - jedoch nicht auf REIT-Aktiengesellschaften übertragen werden. Ziel ist es, Konflikte zwischen den renditemaximierenden Strategien der REIT-Aktiengesellschaften und den langfristigen Zielen von Stadtentwicklung und sozialer Wohnungspolitik zu vermeiden. Der Anteil kommunaler Wohnungen am lokalen Wohnungsmarkt ist insbesondere in Großstädten - wie Hamburg, Berlin und Frankfurt am Main - deutlich überproportional und in einzelnen Stadtquartieren, vor allem in Großsiedlungen, dominierend. Diese Bestände werden zu einem großen Teil von einkommensschwachen und aus sonstigen Gründen sozial benachteiligten Haushalten bewohnt und erfüllen für diese Bevölkerungsgruppen eine soziale Sicherungsfunktion.

Mit dem Jahressteuergesetz 2008 - dessen Entwurf vom Bundeskabinett verabschiedet wurde - soll insbesondere kommunalen Wohnungsunternehmen eine Wahlmöglichkeit zur Besteuerung ihrer Rücklagen eingeräumt werden. Grundsätzlich sollen zukünftig bei Wohnungsunternehmen bestimmte unversteuerte Rücklagen einmalig pauschal mit 3 % besteuert werden. Dies ermöglicht Ausschüttungen - die bisher durch eine Besteuerung in Höhe von 30 % praktisch verhindert wurden - an kommunale und sonstige Eigentümer. Wohnungsunternehmen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts und steuerbefreiten Körperschaften soll jedoch die Option eingeräumt werden, nach der alten Regelung besteuert zu werden. Damit

kommt die Bundesregierung den kommunalen Wohnungsunternehmen entgegen, die auf Ausschüttungen verzichten.



5 Entlastung der Kommunen zugunsten der Kinderbetreuung

Der Bund beteiligt sich im Jahr 2007 mit durchschnittlich 31,8 % an den Leistungen der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dadurch werden die Kommunen - unter Beachtung aller Be- und Entlastungen im Zusammenhang mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt - bis 2010 wie schon in den Jahren 2005 und 2006 um mehr als die zugesagten 2,5 Mrd. € jährlich entlastet. Dabei ist - im Unterschied zu den Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände - auch berücksichtigt, dass ohne die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum 1. Januar 2005 die Sozialhilfeausgaben der Kommunen ausgehend vom damaligen Niveau weiter gestiegen wären.

Die Kommunen sind gemäß Tagesbetreuungsausbaugesetz verpflichtet, bis zum Jahr 2010 zusätzlich 230 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren einzurichten, um damit ein Gesamtangebot von rund 450 000 Plätzen zu schaffen. Der Bund verschafft den Kommunen im Rahmen der oben beschriebenen Entlastung den finanziellen Spielraum zur Einrichtung der zusätzlichen Tagesbetreuungsplätze.

Es besteht Einvernehmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, dass ein bedarfsgerechtes Angebot jedoch erst besteht, wenn für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht und somit bundesweit ca. 750000 Plätze angeboten werden. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt der Bund den weiteren Ausbau in den Jahren 2008 bis 2013 mit insgesamt 4 Mrd. €. Bund und Länder haben sich geeinigt, dass davon in den Jahren 2008 bis 2013 2,15 Mrd. € für Investitionen zur Verfügung stehen. In den Jahren 2009 bis 2013 beteiligt sich der Bund mit insgesamt 1,85 Mrd. €, aufwachsend über einen Festbetrag bei der Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Länder, an den zusätzlich entstehenden Betriebsausgaben. Ab dem Jahr 2014 wird sich der Bund laufend mit 770 Mio. € pro Jahr an der Finanzierung der durch den Ausbau entstehenden zusätzlichen Betriebskosten bei den über das Tagesbetreuungsausbaugesetz hinausgehenden Plätzen beteiligen. Für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum dritten Lebensjahr soll mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz eingeführt werden.

6 Weiterentwicklung der Pflegeversicherung

Die Spitzen der Regierungskoalition haben sich auf Eckpunkte zur Reform der Pflegeversicherung geeinigt. Städte und Landkreise haben diese Einigung, die die kommunalen Haushalte weiter entlastet, begrüßt.

Durch die Gesetzliche Pflegeversicherung werden die Kommunen bei den Sozialhilfekosten schon bisher deutlich entlastet. Von der nun anstehenden Reform der Pflegeversicherung profitieren die Träger der Sozialhilfe weiter, da sich die finanzielle Situation der Pflegebedürftigen verbessert: Bis 2012 sollen die ambulanten Sachleistungsbeiträge, das Pflegegeld und die stationären Sachleistungsbeiträge der Stufen III und III Härtefall stufenweise angehoben werden. Ab dem Jahr 2015 sollen die Leistungen der Pflegeversicherung in einem dreijährigen Rhythmus dynamisiert werden. Auch die Einbeziehung der Demenzkranken entspricht einer langjährigen Forderung der Sozialhilfeträger.



7 Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Bürgerschaftliches Engagement stellt – beispielsweise im Sport, Umweltschutz, Feuer- und Katastrophenschutz, Brauchtum und Sozialwesen – ein wichtiges Element des Zusammenlebens in Städten und Gemeinden dar. Der Bundesregierung ist es daher ein zentrales Anliegen, die Förderung in diesem Bereich weiter auszubauen.

Mit dem von Bundesminister Steinbrück initiierten und am 6. Juli 2007 durch den Bundestag verabschiedeten "Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements" sollen unter anderem die auf lokaler Ebene tätigen Ehrenamtlichen zusätzlich gefördert werden. So soll der sogenannte Übungsleiterfreibetrag von 1848 € auf 2100 € erhöht werden. Für Einnahmen aus anderen nebenberuflichen Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich ist ein neuer Freibetrag in Höhe von 500 € im Jahr vorgesehen.

Das Gesetz wird im September im Bundesrat abschließend beraten. Sobald dieser dem Gesetz zugestimmt hat, können diese und weitere Regelungen – beispielsweise im Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht – rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.

Am 15. August hat die Bundesregierung zudem den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten beschlossen, das voraussichtlich noch in diesem Jahr in Kraft treten wird.

8 Föderalismuskommission II

Die Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (kurz Föderalismuskommission II) hat sich im März 2007 konstituiert. In der Kommission sind neben Vertretern des Deutschen Bundestages, des Bundesrates und der Landtage auch die Kommunen vertreten, und zwar durch die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages.

Zentrales Finanzthema der Kommission ist die Eindämmung der öffentlichen Verschuldung. Hierzu liegen zahlreiche Gutachten und Vorschläge vor. Vor der Sommerpause wurden zu den Finanzthemen eine erste allgemeine Aussprache sowie eine Sachverständigenanhörung durchgeführt, dem sich eine Klausurtagung im September angeschlossen hat. Im November findet eine Sachverständigenanhörung zu den Verwaltungsthemen statt. Die Diskussion der Kommission zu diesem Thema wird dann auf einer Klausurtagung im Dezember fortgesetzt.

Bei Festlegung neuer Regeln in Bezug auf die Verschuldung von Bund und Ländern könnten hiervon mittelbar auch die Kommunen betroffen sein. Mögliche Anpassungen auf der kommunalen Ebene wären Sache der Länder. SEITE 64

Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	65
2	China	66
3	Indien	68
4	Korea	70
5	Türkei	72
6	Russland	73
7	Ukraine	75
8	Argentinien	76
9	Brasilien	77
10	Mexiko	78
11	Südəfrikə	70

- Bedeutung der Schwellenländer für die weltwirtschaftliche Entwicklung nimmt weiter zu.
- Schwellenländer zeigen sich trotz der zum Teil deutlichen Kurseinbrüche an den Devisen- und Wertpapiermärkten deutlich krisenfester als noch vor wenigen Jahren.
- In einigen Schwellenländern finden 2007 Wahlen statt, deren Ergebnisse erheblichen Einfluss auf die jeweilige Wirtschaftspolitik des Landes haben dürften.

1 Überblick

Aufgrund der derzeitigen Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten sind die Prognosen über die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung derzeit mit hohen Unsicherheiten verbunden. Es ist anzunehmen, dass zum Beispiel der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem im Oktober erscheinenden World Economic Outlook eine leichte Abschwächung des globalen Wachstums erwarten wird.

Allerdings dürfte auch auf mittlere Sicht mehr als die Hälfte des Wachstums durch Emerging Markets erbracht werden. China, die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, dürfte dabei erstmals am meisten zum Wachstum der Weltkonjunktur beitragen.

Nach einer Periode der Nervosität Ende Februar/Anfang März, als Folge eines vorübergehenden Börsensturzes an den chinesischen Börsen

Shanghai und Shenzhen, zeigten die Börsen weltweit insbesondere im Mai bzw. Juni erhöhte Volatilität, ausgelöst durch den Anstieg der langfristigen Zinsen. Im August erlitten die Finanzmärkte insbesondere in den Industrieländern erneut starke Einbußen. Verursacht wurde diese Entwicklung durch den krisengeschüttelten USamerikanischen Subprime-Kreditmarkt. Weit weniger betroffen als die Industrie- waren hier die Schwellenländer. Besonders die großen Schwellenländer haben sich aufgrund ihrer hohen Exporte als widerstandsfähig erwiesen.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) erwartet in 2007 für die gesamte asiatsche Region ein robustes Wachstum von 8,3 % und für 2008 mit 8,2 % ein ähnlich starkes Wirtschaftswachstum.

Die wirtschaftliche Situation war in vielen Ländern Lateinamerikas im 1. Halbjahr 2007 sehr gut. Die größeren lateinamerikanischen Länder Argentinien, Brasilien und Mexiko dürften für 2007 nach der IWF-Schätzung reale Wachstumsraten zwischen 3,1 % (Mexiko) und 7,5 % (Argentinien) aufweisen. Ursache dieser Entwicklung sind vor allem das bislang starke Wachstum der Weltwirtschaft und die damit zusammenhängende deutlich steigende Nachfrage nach Rohstoffen. Die gute Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 2007 führte zu einer weiteren Erhöhung der Währungsreserven in vielen lateinamerikanischen Ländern. Der Bestand an Währungsreserven ist damit zwar immer noch geringer als z.B. in China und Russland, er bildet jedoch mittlerweile einen guten Puffer gegenüber den krisenhaften Entwicklungen der internationalen Finanzmärkte.

Russland verzeichnet auch 2007 trotz sich abzeichnender Kapazitätsgrenzen ein robustes Wirtschaftswachstum, das für das gesamte Jahr in einer Größenordnung von 7% liegen dürfte. Auch die Wirtschaftsleistung der Ukraine scheint ungeachtet innenpolitischer Turbulenzen weiterhin stabil zu wachsen; hier könnte sich allerdings ein weiterhin ausweitendes Handelsbilanzdefizit mittelfristig zur Belastung entwickeln. Sowohl in Russland als auch in der Ukraine stehen noch in diesem Jahr Parlamentswahlen an, in deren Vorfeld auch Fragen der Einkommensverteilung eine stärkere öffentliche Beachtung finden.

2 China

Das chinesische Wirtschaftswachstum erreichte im 1. Halbjahr 2007 nach Angaben der chinesischen Statistikbehörde 11,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Allein das Wachstum im 2. Quartal lag bei 11,9 %, dem höchsten Wert seit zwölf Jahren. Im Juni hat die chinesische Regierung außerdem das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) für 2006 von 10,7 % auf 11,1 % korrigiert.

Die Inflationsrate, die 2006 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei durchschnittlich 1,4% lag, verzeichnet im laufenden Jahr einen starken Anstieg. Im 1. Halbjahr betrug sie 3,2 %; lag die Inflationsrate im Januar noch bei 2,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, stieg sie auf zuletzt 5,6 % im Juli an. Um das anhaltende Wirtschafts- und vor allem Kreditwachstum einzudämmen, hat die chinesische Zentralbank in diesem Jahr bereits fünfmal die Zinsen für einjährige Kredite und Einlagen um 117 Basispunkte auf 7,29 % bzw. um 135 Basispunkte auf 3,87 % erhöht. Des Weiteren hat die Zentralbank den Mindestreservesatz für Geschäftsbanken in diesem Jahr bereits siebenmal um jeweils 50 Basispunkte angehoben. Damit erhöht sich der Satz für die Banken von 9 % auf insgesamt 12,5 %. Ziel dieser Erhöhungen ist die Eindämmung überschüssiger Liquidität, die überwiegend aus den hohen Handelszuflüssen resultiert. Außerdem wurde im August die Steuer auf Zinseinkünfte von 20 % auf 5 % gesenkt – dies soll Bankeinlagen



attraktiver machen. Die Zentralbank kündigte außerdem an, ihre Offenmarkt-Operationen zu erhöhen, um Liquidität vom Markt zu nehmen.

Nach einem erheblichen Kursrückgang Ende Februar um 9%, der weltweit erhebliche Kursrückgänge auslöste, verzeichnete der chinesische Aktienmarkt im Juni einen weiteren starken Kurseinbruch von über 8 %. Ursache war die Ende Mai vorgenommene Erhöhung der Stempelsteuer auf Aktiengeschäfte von 0,1 % auf 0,3 % durch die chinesische Regierung. Die Steuer ist sowohl vom Käufer als auch vom Verkäufer zu tragen. Ziel der Maßnahme war, das Spekulationsfieber, das seit der jüngsten Hausse im vergangenen Jahr ausgebrochen ist, zu dämpfen. Wie schon zu Beginn des Jahres haben sich die Aktienmärkte aber relativ schnell wieder erholt. Die Versuche der Regierung, den Aufbau einer Spekulationsblase an den chinesischen Börsen zu bekämpfen, waren bislang mit der Erhöhung von Zinsen und Mindestreserveverpflichtungen für die Banken nicht wirklich erfolgreich. So weist der Shanghai-Index gegenüber dem Jahresbeginn bis Ende August einen Zuwachs von mehr als 90 % auf. 2006 betrug der Jahresgewinn rund 130%.

Die von der Zentralbank gesteuerte Aufwertung der Landeswährung Yuan setzte sich 2007 weiter fort. Ende August betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar knapp 3,5 % gegenüber dem Jahresbeginn. Im Mai erhöhte die Zentralbank die tägliche Schwankungsbreite des Yuan zum US-Dollar von 0,3 % auf 0,5 %. Die Währungsreserven betragen mittlerweile rund 1333 Mrd. US-Dollar.

Das Handelsvolumen erreichte im Juli rund 1117 Mrd. US-Dollar, ein Anstieg um mehr als 24% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Exporten von gut 654 Mrd. US-Dollar (+ 28,6 %) standen Importe von knapp 518 Mrd. US-Dollar (+ 19,5 %) gegenüber; der Handelsbilanzüberschuss belief sich damit auf knapp 137 Mrd. US-Dollar; dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum um satte 77 %. Die Europäische Union ist dabei weiterhin der größte Handelspartner mit einem Handelsvolumen von etwa 190 Mrd. US-Dollar – ein Wachstum von 28,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum –, gefolgt von den USA und Japan.

Die ausländischen Direktinvestitionen in China beliefen sich bis Ende Juli 2007 auf rund 37 Mrd. US-Dollar. In den ersten sieben Monaten 2007 ist damit eine Steigerung von etwa 12,9 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum festzustellen.

Bei der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März wurden verschiedene Beschlüsse verabschiedet. So soll ab 2008 in China eine einheitliche Körperschaftsteuer für in- und ausländische Unternehmen von 25 % gelten. Bisher müssen ausländische Investoren einen niedrigeren Steuersatz (15 % bis 24 %) als chinesische Unternehmen (33 %) an den Fiskus zahlen. Für bereits bestehende oder in diesem Jahr gegründete Firmen gibt es eine fünfjährige Übergangsfrist. Auch bei Steuervergünstigungen sollen inund ausländische Unternehmen künftig gleich behandelt werden, z.B. geringerer Steuersatz für Unternehmen in der High-Tech-Branche (15 %), Vergünstigungen für Unternehmen, die in den Umweltschutz investieren, oder kleine Unternehmen mit geringen Gewinnen (20%).

Privat- und Staatseigentum sollen erstmals in der Geschichte Chinas den gleichen Schutz erhalten. Obwohl das Prinzip des Staatsbesitzes nicht aufgegeben wird, sollen private Häuser und Fabriken besser geschützt werden; künftig sollen bei Enteignungen "angemessene" Entschädigungen bezahlt werden. Der Staat bleibt aber weiter Eigentümer von Grund und Boden. Firmen und Privatpersonen können das Nutzungsrecht als eine Art Erbpacht erwerben. Als Zeitraum sind bis zu 70 Jahre vorgesehen. Diese Balance sowie eine fairere Entschädigung soll durch klare Schutzregelungen erreicht werden.

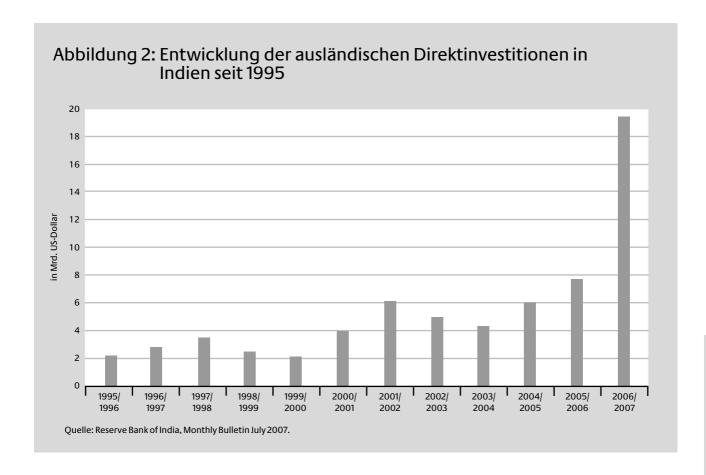
Im Rahmen des Volkskongresses wurde auch die Gründung einer Investitionsgesellschaft (China Investment Corporation) zur effizienteren Verwendung (eines Teils) der Devisenreserven des Landes unter Leitung des früheren Vizefinanzministers Lou Jiwei bekannt gegeben. Damit soll die Verwaltung der Devisenreserven von der Investition der Devisen getrennt werden, um höhere Profite zu erreichen. Die Bedeutung der Gesellschaft wird auch dadurch deutlich, dass sie dem Staatsrat direkt unterstellt ist. Das chinesische Finanzministerium wird Anleihen im Wert von insgesamt 1,55 Trio. Yuan begeben, um damit die geplante Übertragung von rund 200 Mrd. US-Dollar an Währungsreserven von der State Administration of Foreign Exchange an die Gesellschaft zu finanzieren. Erste Investitionen der neuen Gesellschaft sind der Erwerb einer Beteiligung von knapp 10 % an der Beteiligungsgesellschaft Blackstone für 3 Mrd. US-Dollar sowie der Erwerb einer Beteiligung von 0,46 % für 125 Mio. US-Dollar am drittgrößten britischen Gasversorger BG Group. Auch die Central Huijin, die die Staatsanteile an den großen chinesischen Banken und Finanzgruppen verwaltet, wird mit der Investitionsgesellschaft verschmolzen. Damit dürfte der neue Fonds bis Ende des Jahres ein Volumen von über 300 Mrd. US-Dollar verwalten.

3 Indien

Indiens Wirtschaft wächst weiterhin mit hohem Tempo. Im abgelaufenen Fiskaljahr 2006/2007 erreichte das Wachstum des realen BIP 9,4 % - es ist damit so schnell gewachsen wie seit 18 Jahren nicht mehr. Dabei findet das Wachstum auf breiter Basis statt, mit robusten Zuwächsen beim Konsum, bei den Investitionen und den Exporten. Das ist nach China das zweithöchste Wachstumstempo aller wichtigen Schwellenländer. In den letzten vier Jahren wuchs Indiens Wirtschaft damit durchschnittlich um 8,6 % pro Jahr. Erklärtes Ziel der indischen Regierung bleibt es, Wachstumsraten um 8 % auch in den kommenden Jahren zu erzielen, um die nach wie vor großen Probleme des Landes wie Armut, Bildung, Landwirtschaft, mangelhafte Infrastruktur und Energieversorgung nachhaltig angehen zu können. Sollte sich das Wachstum im allgemein erwarteten Tempo fortsetzen, wird Indiens Wirtschaft im kommenden Fiskaljahr (April 2007 bis März 2008) voraussichtlich die BIP-Schwelle von 1 Bio. US-Dollar überschreiten können.

Das hohe Wirtschaftswachstum trug dazu bei, dass die Regierung das Haushaltsdefizit im Haushaltsjahr 2006/2007 auf 3,5 % des BIP senken konnte; im Vorjahr hatte das Defizit noch 4,1 % betragen. Für das laufende Haushaltsjahr strebt die Regierung ein Defizit von 3,3 % an.

Auf Grund des verbesserten Investitionsklimas und eines gestiegenen Investorenvertrauens erhöhten sich die ausländischen Direktinvestitionen nach Angaben der indischen Regierung auf 19,5 Mrd. US-Dollar im Fiskaljahr 2006/2007 (Vorjahr 7,7 Mrd. US-Dollar). Die ausländischen Direktinvestitionen, deren Hauptquellen Mauritius, die USA und die Niederlande waren, flossen hauptsächlich in die verarbeitende Industrie, Finanzdienstleistungen und Computerdienstleistungen. Aber nicht nur der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach Indien ist sprunghaft angestiegen, sondern auch indische Direktinvestitionen im Ausland haben sich enorm erhöht. Waren es 2005/2006 noch 2,9 Mrd. US-Dollar, so flossen 2006/2007 rund 11 Mrd. US-Dollar ab - dies reflektiert insbesondere die großen Auslandsinvestitionen der indischen Unternehmen, um Marktanteile zu gewin-



nen. Die indische Regierung betont, dass die weitere Öffnung der indischen Wirtschaft für ausländische Investoren und damit der vermehrte Zustrom ausländischen Kapitals unerlässlich für ein nachhaltig hohes Wirtschaftswachstum des Landes seien.

Betrugen Indiens Währungsreserven 1991 gerade einmal 5,8 Mrd. US-Dollar, so erreichten sie Ende Juli einen neuen Rekordwert von 220 Mrd. US-Dollar. Indien hält damit die sechstgrößten Währungsreserven nach China, Japan, Russland, Taiwan und Korea. Indiens Auslandsverschuldung betrug Ende März rund 155 Mrd. US-Dollar – ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 28,6 Mrd. US-Dollar. Dabei stiegen die kurzfristigen Verbindlichkeiten leicht von 10 % auf 11,9 % an.

Die seit Beginn des Jahres bis auf über 6 % angestiegene Inflation – Ende Januar erreichte die Inflation ein neues Zweijahres-Hoch von 6,58% – sinkt seit Mai wieder und hat sich im Juni weiter bis auf 4,1 % abgekühlt. Damit ist die Inflationsrate so niedrig wie seit 14 Monaten nicht mehr. Die Zentralbank sieht sich in ihrer restriktiven Geldpolitik bestätigt und hat eine

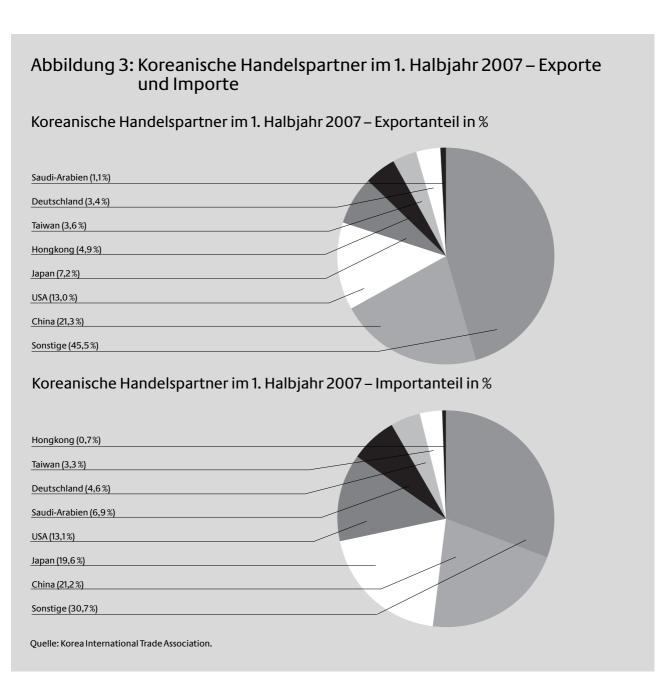
schnelle Lockerung angesichts der weiter bestehenden Risiken ausgeschlossen. Die Zentralbank hatte auf das stark steigende Kreditwachstum reagiert. Um dem Preisauftrieb entgegenzuwirken, hat sie die Mindestreserve in zwei Stufen um insgesamt 50 Basispunkte auf 6,0 % per 3. März angehoben. Außerdem erhöhte sie in zwei Schritten (Februar und April) einen der beiden Leitzinssätze (repo rate) um insgesamt 50 Basispunkte auf 7,75 %, während sie den anderen (reverse repo rate) unverändert bei 6,0 % beließ, wodurch die Zinsspanne zwischen beiden Sätzen auf 175 Basispunkte anstieg.

Die indischen Exporte erreichten im Fiskaljahr 2006/2007 ein Volumen von rund 126 Mrd. US-Dollar. Dem standen Importe von rund 190 Mrd. US-Dollar gegenüber, so dass sich ein Handelsdefizit von rund 64 Mrd. US-Dollar ergab. In den ersten drei Monaten des neuen Fiskaljahres (April bis Juni) ist der indische Außenhandel weiter defizitär. Die Exporte stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitrum um gut 18 % auf 34,3 Mrd. US-Dollar, die Importe um 34 % auf 54,9 Mrd. US-Dollar.

4 Korea

Die südkoreanische Wirtschaft behält im laufenden Jahr offenbar das Wachstumstempo des letzten Quartals des Jahres 2006 bei. Getragen von den Exporten und den Anlageinvestitionen, aber auch von einem sich erholenden Bausektor, betrug das Wirtschaftswachstum im 1. Quartal des Jahres 2007 4,0 %, ebenso viel wie im 4. Quartal des vergangenen Jahres, und im 2. Quartal 4,9%. Die Zentralbank hat im Juni ihre Wachstumserwartung für das Gesamtjahr 2007 nach oben korrigiert und erwartet ein BIP-Wachstum von rund 4,5 % (Vorjahr: 5,0 %). Im Juli und August hat sie in diesem Zusammenhang den Leitzins um jeweils 25 Basispunkte auf 5 % angehoben.

Die ausländischen Direktinvestitionen in Korea sind im 1. Halbjahr 2007 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich um rund 31% auf nur noch 3,36 Mrd. US-Dollar gesunken. Dabei fielen die Investitionen aus Europa um mehr als 48 % auf knapp 1,6 Mrd. US-Dollar und die aus den USA um über 51% auf 0,35 Mrd. US-Dollar. Dies dürfte wesentlich mit dem schwelenden Rechtsstreit um den Kauf der Korean Exchange Bank durch die amerikanische Gesellschaft Lone Star im Jahr 2003 zusammenhängen.



In den ersten sieben Monaten 2007 wuchsen die koreanischen Exporte um 15,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf knapp 209 Mrd. US-Dollar an. Im gleichen Zeitraum stiegen die Importe um rund 14 % auf gut 199 Mrd. US-Dollar. Der Handelsüberschuss erreichte somit rund 9,6 Mrd. US-Dollar bei einem Handelsvolumen von rund 408 Mrd. US-Dollar. China ist für Korea im 1. Halbjahr 2007 das größte Lieferland, gefolgt von Japan. Der koreanische Import aus China stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 36 % auf über 28 Mrd. US-Dollar, dies entspricht einem Anteil von 17,6 % am gesamten Import.

2006 fiel bedingt durch den rückläufigen Handelsbilanzüberschuss und das sich ausweitende Dienstleistungsbilanzdefizit der traditionell hohe Leistungsbilanzüberschuss Südkoreas mit 6,1 Mrd. US-Dollar vergleichsweise niedrig aus – es war der niedrigste Wert seit 2002. Im laufenden Jahr weist die Leistungsbilanz im 1. Halbjahr 2007 ein Defizit von 1,4 Mrd. US-Dollar auf, lediglich im Februar, Mai und Juni konnten leichte Überschüsse erzielt werden.

Der Wechselkurs der Landeswährung Won stabilisierte sich in den letzten Wochen trotz einiger Volatilitäten bei etwa 935 Won/US-Dollar und befindet sich leicht unter dem Niveau zu Jahresbeginn. Allerdings steht der Won weiter unter massivem Aufwertungsdruck und nur fortgesetzte Interventionen der Zentralbank verhindern eine stärkere Aufwertung. Nach Auffassung der Zentralbank ist die Landeswährung beim gegenwärtigen Kursniveau deutlich überbewertet. Bedingt durch die fortgesetzten Devisenmarktinterventionen der Zentralbank stiegen die Devisenreserven des Landes bis Ende Juli auf 254,8 Mrd. US-Dollar an.

Südkorea hat seine bilaterale Handelspolitik sorgfältig und langfristig angelegt. Das erste Freihandelsabkommen (Free Trade Agreement – FTA) mit Chile trat 2004 in Kraft. Es folgten FTAs mit Singapur, der EFTA und ASEAN. Die koreanische Freihandelspolitik erhielt durch die FTA-Verhandlungen mit den USA eine neue Qualität, war doch zum ersten Mal einer der vier großen Handelspartner (USA, China, Japan und EU) der Verhandlungspartner. Im Juni dieses Jahres unterzeichnete Korea das Freihandelsabkommen mit den USA. Das Abkommen bedarf noch der Ratifizierung durch die Länder. Für die

USA ist es das erste Freihandelsabkommen mit einem asiatischen Land und das größte seit dem Abschluss der NAFTA 1992. Die USA waren im vergangenen Jahr Koreas zweitgrößter Exportmarkt nach China. Des Weiteren hat Korea Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen aufgenommen.

5 Türkei

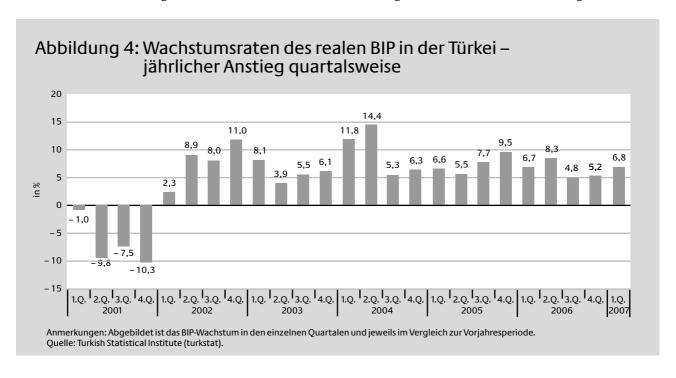
Aus den Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 ging die regierende AKP als Sieger hervor mit knapp 47 % der Stimmen und 340 der insgesamt 550 Abgeordnetensitze. Am 27. August wurde Außenminister Gül mit absoluter Mehrheit (im dritten Wahlgang) zum Präsidenten der Türkei gewählt.

Das Wachstum des realen BIP lag im 1. Quartal dieses Jahres nach offiziellen türkischen Angaben bei 6,7 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und war damit dynamischer als erwartet; seit jetzt 21 Quartalen wächst die türkische Wirtschaft ununterbrochen, was es seit der Staatsgründung 1923 bisher nicht gab. Getragen wird dieser Aufschwung einerseits von den Exporten, die damit die durch die hohen Zinsen belastete schwächere Inlandsnachfrage kompensieren können. Andererseits stiegen die Ausgaben der öffentlichen Hand im Vorfeld der Parlamentswahlen überdurchschnittlich (+ 9 %) an. Für das Gesamtjahr geht die Regierung weiterhin von einem Wachstum von 5,0 % aus. Nach Einschätzung der OECD bleibt die türkische Wirtschaft aber trotz der unbestrittenen Erfolge der vergangenen Jahre auf Grund des hohen Leistungsbilanzdefizits (voraussichtlich 7 % des BIP in diesem Jahr), eines hohen externen Finanzierungsbedarfs sowie der hohen Inflation weiterhin sehr anfällig für externe Schocks.

Bereits im letzten Jahr fiel die Inflation mit 10 % doppelt so hoch aus wie das Regierungsziel von 5 % und die Zentralbank hob mit drastischen Zinsschritten den Leitzins zur Inflationsabwehr um 450 Basispunkte auf ein internationales Spitzenniveau von 17,5 % an. Angesichts der zwar rückläufigen, aber noch immer deutlich über dem mittelfristigen Inflationsziel von 4 % liegenden Preissteigerungsrate von 6,8 % im Juni (nach 8,6% im Juni, 9,7% im Mai und 10,7% im April) hat die Zentralbank den Leitzins in diesem Jahr bisher unverändert bei 17,5 % belassen. Frühestens gegen Ende des Jahres dürfte die Zentralbank die geldpolitischen Zügel wieder lockern, sofern sich der derzeitige Rückgang der Preisentwicklung verstetigt.

Die Bilanz des türkischen Außenhandels verbesserte sich im Juni dank boomender Exporte weiter, weist jedoch weiterhin ein Defizit aus. Während die Exporte im 1. Halbjahr um 23,2 % auf 49,5 Mrd. US-Dollar anstiegen, erhöhten sich die Importe um 16,8 % auf 77,4 Mrd. US-Dollar. Das Handelsbilanzdefizit für das 1. Halbjahr 2007 stieg allerdings im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 27,9 Mrd. US-Dollar an. Für das Gesamtjahr 2007 strebt die Türkei Exporte von 100 Mrd. US-Dollar an.

Das Leistungsbilanzdefizit ist im Mai nach Angaben der türkischen Zentralbank im Vergleich zum Vorjahr um 14 % auf 3,5 Mrd. US-Dollar gefallen. Im Fünf-Monats-Vergleich ist das



Defizit aber lediglich um 5 % auf 15,8 Mrd. US-Dollar gesunken.

Für 2007 strebt die Regierung insgesamt – wie im Vorjahr - einen Zufluss von 20 Mrd. US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) an. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen ebbt auch in diesem Jahr nicht ab. So sind in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres Investitionen aus dem Ausland in Höhe von 8,6 Mrd. US-Dollar (Vorjahreszeitraum 0,7 Mrd. US-Dollar) erfolgt. Grund hierfür sind in erster Linie Erfolge bei der Privatisierung von Staatsunternehmen. Die neue Regierung wird den weiteren Verlauf der Privatisierung beurteilen und neue Strategien entwickeln. Tekel, Turkish Airlines, verschiedene Häfen und Zuckerfabriken stehen auf der Privatisierungsagenda. Außerdem soll ein neuer Zeitpunkt für die bisher verschobene Privatisierung im Strombereich (Verkauf von Lizenzen für die Energieverteilung in drei Regionen (z.B. asiatischer Teil Istanbuls) gefunden werden.

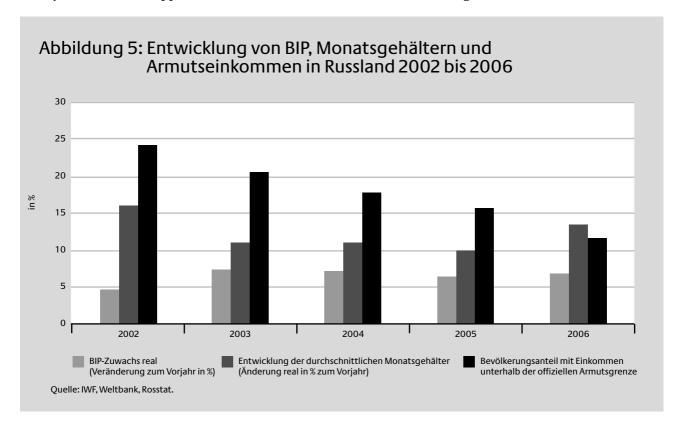
Die Gesamtverschuldung der türkischen Zentralregierung ist ebenfalls weiter rückläufig und betrug Ende März umgerechnet 357,6 Mrd. US-Dollar, das entspricht etwa 45 % des BIP. Vor einem Jahr hatte die Quote noch rund 55 % betragen. Die Devisenreserven des Landes stiegen bis Ende Juli weiter auf knapp 72 Mrd. US-Dollar an.

6 Russland

In Russland werfen die am 2. Dezember 2007 anstehenden Wahlen zum Parlament (Staatsduma) und die hieraus erwarteten Signale zur Entscheidung auch über die Nachfolge Vladimir Putins bei der Präsidentenwahl am 3. März 2008 schon seit Monaten ihre Schatten voraus. Bereits vor dem Rücktritt der Regierung Fradkow am 12. September 2007 waren innen-, haushalts- und wirtschaftspolitische Debatten über die Umsetzung "vorrangiger nationaler Projekte" vor allem vor dem Hintergrund der anstehenden Richtungsentscheidungen zu sehen. Mit der Ernennung von Viktor Subkow (bisher Leiter des Förderalen Dienstes für Finanzmonitoring) zum neuen Regierungschef wurden die Spekulationen um mögliche Nachfolger Präsident Putins nochmals angefacht.

Seit Überwindung der Finanzkrise 1998 ist die russische Wirtschaft kontinuierlich mit einer durchschnittlichen Rate von 6,7 % gewachsen; für das laufende Jahr hat der IWF seine Wachstumsprognose im Juni 2007 von 6,5 % auf 7,0 % erhöht. Ende 2006 betrug das nominale russische BIP rund 979 Mrd. US-Dollar.

Von der wirtschaftlichen Stabilisierung scheinen inzwischen auch größere Teile der russischen



Bevölkerung zu profitieren: Mit den deutlichen Lohnzuwächsen stiegen auch die real verfügbaren Einkommen, die Arbeitslosenrate hat sich von 13,2 % (1998) auf 7,2 % (Ende 2006) reduziert. Arbeitslosigkeit und Lohnverfall galten als wichtigste Ursachen der in der Folge der Finanzkrise weit verbreiteten Armut, von der selbst nach offiziellen Angaben im Jahre 1999 noch 28,3 % (Weltbank: 41,5 %) der Bevölkerung betroffen waren.

Im Juli 2007 überschritt das durchschnittliche russische (Brutto-)Monatsgehalt nach Angaben von Rosstat (Statistikbehörde) erstmals die psychologisch wichtige Grenze von 500 US-Dollar. Weiterhin bestehen allerdings große regionale Unterschiede. In Ballungszentren wie Moskau und St. Petersburg dürften die verfügbaren Einkommen höher und die Arbeitslosenraten deutlich niedriger liegen, während Einkommen unterhalb der Existenzgrenze insbesondere in der südlichen Teilrepubliken, Sibirien und der Wolgaregion noch weit verbreitet sind.

Während das russische Wirtschaftswachstum der letzten Jahre vor allem von erheblichen Handelsbilanzüberschüssen angetrieben wurde ("Petrodollars"), entwickelt sich jetzt verstärkt die Binnennachfrage zum Wachstumsträger. 2006 wuchs das russische Importvolumen erstmals schneller als das Exportvolumen. Im 1. Halbjahr 2007 lag der Zuwachs bei den Einfuhren (rund 97 Mrd. US-Dollar) bereits bei rund 39 %, während die Ausfuhren (rund 144 Mrd. US-Dollar) nur um rund 8 % stiegen (jeweils verglichen mit dem Vorjahreszeitraum). Diese Entwicklung deutet auf Wachstumsgrenzen im Bereich der (Energie-)Exportproduktion hin und wird sich nach Einschätzung von IWF und Weltbank in den kommenden Jahren noch fortsetzen; dabei rechnet der IWF bereits für 2009 mit einer nahezu ausgeglichenen Handelsbilanz.

Der Zufluss ausländischen Kapitals nach Russland überbot im 1. Halbjahr 2007 alle bisherigen Werte. Schätzungen der russischen Zentralbank beziffern die Netto-Kapitalimporte in den Privatsektor allein im 1. Halbjahr 2007 mit rund 75 Mrd. US-Dollar - verglichen mit rund 35 Mrd. US-Dollar im gesamten Jahr 2006. Ungeachtet einiger Sondereinflüsse (z.B. Verkauf der Aktiva des Yukos-Konzerns, Börsen-

gänge der VTB und der Sberbank) spricht einiges dafür, dass der ausländische Kapitalzufluss auch künftig auf höherem Niveau liegen wird als in den Vorjahren.

Für die Zentralbank wird dieser Kapitalzufluss zum ernsten Problem bei ihren Bemühungen, das für 2007 angestrebte Ziel einer Inflation von maximal 8 % zu erreichen. Die Erwartung, dass die Regierung gerade im Wahljahr an ihrem Inflationsziel festhalten und als Konsequenz weitere Aufwertungen zulassen wird, ist allerdings verbreitet und schien bis zur Jahresmitte weitere (spekulative) Kapitalimporte noch zu befördern. Ab August führte das durch die Krise des amerikanischen Hypothekenmarktes ausgelöste erhöhte Risikobewusstsein vieler Anleger aber zu so deutlichen Kapitalabflüssen auch aus Russland, dass sich die Zentralbank zu Devisenverkäufen zur Stützung des Rubels veranlasst sah. Ungeachtet dieser Entwicklung verfügt Russland mit Reserven im Wert von knapp 414 Mrd. US-Dollar (Stand 30. August 2007) auch weiterhin über die dritthöchsten Devisenreserven weltweit.

Mit der Zeichnung des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2008 durch Präsident Putin wurden im Juli 2007 wesentliche Änderungen der Budgetstrukturen in Kraft gesetzt. Erstmals wurde der Haushalt für einen Dreijahreszeitraum (2008 bis 2010) aufgestellt. Darüber hinaus werden die staatlichen Einnahmen aus Rohstoffexporten (Energie- und Fördersteuern) künftig vom Haushalt "entkoppelt", d.h. nicht mehr unmittelbar bei der Budgetaufstellung veranschlagt. Die aus dieser Entkoppelung transparent werdenden "Haushaltsdefizite" sollen allerdings auch weiterhin - wenn auch nur in begrenztem Umfang - aus Energieabgabe-Mitteln ausgeglichen werden.

Bereits Ende Juni 2007 hatte die Duma Änderungen des Haushaltsgesetzes 2007 beschlossen, mit denen die aus dem Verkauf der Yukos-Aktiva stammenden Mittel (392 Mrd. Rubel/rund 11,3 Mrd. €) haushaltswirksam vereinnahmt und überwiegend den in der Rede Präsident Putins zur Lage der Nation als prioritär bezeichneten Zwecken (Wohnraummodernisierung, Nanotechnologie, Verbesserung der Infrastruktur) gewidmet werden sollen.

7 Ukraine

Auch in der Ukraine werden mit vorgezogenen Parlamentsneuwahlen am 30. September 2007 neue Weichen gestellt. Der bereits seit der Ernennung von Viktor Janukowytsch (Partei der Regionen) zum Ministerpräsidenten schwelende Konflikt zwischen amtierender Regierung und dem durch die Wahlniederlage seiner eigenen Partei geschwächten Präsidenten Juschtschenko war im April angesichts der durch "Präsidialdekret" für den 27. Mai 2007 angeordneten Neuwahlen offen ausgebrochen. Im Anschluss an sich über Wochen hinziehende und öffentlichkeitswirksam ausgetragene Auseinandersetzungen über die "Verfassungsmäßigkeit" von Präsidenten- und Regierungshandeln einigten sich die Lager buchstäblich am Vorabend des 27. Mai 2007 auf eine Verschiebung des Neuwahltermins in den Herbst hinein. Den meisten Beobachtern gilt diese Einigung allerdings nur als "Waffenstillstand", während das dem Konflikt zugrunde liegende Problem einer tragfähigen Aufteilung der Machtkompetenzen zwischen Präsident, Regierung, Parlament und Verfassungsgericht weiterhin ungelöst ist.

Ungeachtet dieser politischen Krise blieb die wirtschaftliche Dynamik der Ukraine auch in der 1. Hälfte des Jahres 2007 ungebrochen: Der Anstieg des Wirtschaftswachstums wird von der Regierung für diesen Zeitraum auf 7,9 % (verglichen mit dem Vorjahreszeitraum) geschätzt; für das gesamte Jahr 2007 werden Wachstumsraten zwischen 5 % (IWF) und 6,5 % (Regierung der Ukraine) prognostiziert. Dieses Wachstum wird weiterhin durch eine kräftige Inlandsnachfrage getragen, welche ihrerseits durch anhaltend steigende Löhne, aber auch durch stark zunehmende Konsumentenkredite gestützt wird. Nach Einschätzung der Weltbank scheint die hieraus allmählich resultierende Erhöhung des Lebensstandards langsam auch ärmere Bevölkerungskreise mit einzuschließen.

Die steigende Inlandsnachfrage sowie erhöhte Einfuhrkosten für Energie (Erdgas) spiegeln sich in erheblichen Steigerungen der Importe wider, die von den weiterhin günstigen Exportbedingungen (insbesondere hohen Weltmarkt-Stahlpreisen) nur teilweise ausgeglichen werden. Das bereits im vergangenen Jahr deutlich

zutage getretene Handelsbilanzdefizit von 6,25 % bezogen auf das Handelsvolumen (2005: 1,5 %) ist dieser Entwicklung gemäß in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch einmal auf rund 8 % gewachsen.

Das ehrgeizige Ziel der Regierung, die Inflationsrate des Jahres 2006 von 11,6 % in diesem Jahr auf maximal 7,5 % abzusenken, erscheint nach deutlichen Preisanstiegen im Juni inzwischen nur noch schwer erreichbar. Die ukrainische Statistikbehörde führt diese Entwicklung auf Preiserhöhungen für Nahrungsmittel zurück. Insbesondere die Brotpreise seien in Erwartung einer wegen der Hitze und Dürre dieses Sommers besonders schlechten Getreideernte stark gestiegen. Mit ähnlicher – medienwirksam publizierter – Argumentation hatte die Regierung im Juli bereits Exportbeschränkungen für die wichtigsten Getreidesorten eingeführt.



8 Argentinien

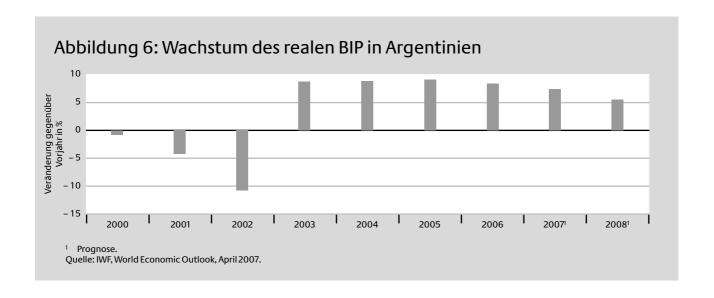
Kurz vor den Präsidentschaftswahlen Ende Oktober 2007 präsentiert sich die argentinische Wirtschaft weiterhin positiv: Das reale Wirtschaftswachstum betrug in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 8,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der IWF geht für 2007 von einem Wachstum von 7,5 % aus.

Im Außenhandel erwirtschaftete die argentinische Wirtschaft in den ersten sechs Monaten dieses Jahres weiterhin Überschüsse. Diese nehmen jedoch wegen der überproportional wachsenden Importe ab. Die Importe stiegen im 1. Halbjahr 2007 um 24% gegenüber einer 12-prozentigen Zunahme bei den Exporten, so dass der Handelsbilanzüberschuss von 6,2 Mrd. US-Dollar im 1. Halbjahr 2006 auf 5,1 Mrd. US-Dollar im 1. Halbjahr 2007 deutlich vermindert wurde.

Die offizielle jährliche Inflationsrate ist im Juli dieses Jahres zwar leicht auf 8,6 % gesunken (2. Quartal 2007: 8,8 %). Die von dem nationalen Statistikinstitut Indec veröffentlichten Inflationsdaten (Mai 2006: 11,5 %) werden jedoch von lokalen Beobachtern stark in Zweifel gezogen. Zu Jahresanfang ist es zu schweren Vorwürfen gegen die argentinische Regierung gekommen, die Inflationsrate manipuliert zu haben. Inoffizielle Schätzungen gehen derzeit von einer Inflationsrate in doppelter Höhe aus.

Mittlerweile zeichnen sich in Argentinien einige Problembereiche ab, die in der Zukunft zu einer Verringerung des Wirtschaftswachstums führen und damit die zukünftige Präsidentschaft belasten können. Vor allem die zunehmenden wirtschaftspolitischen Eingriffe der Regierung (u.a. in die Preisbildung) und die Versorgungsengpässe bei Energie sowie anderen Gütern und Leistungen könnten zu einer Abschwächung des Aufschwungs führen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Hypothekenkrise in den USA an den argentinischen Finanzmärkten zu den stärksten Kurseinbrüchen der wirtschaftlich bedeutenderen Länder Lateinamerikas geführt hat. Der Risikoaufschlag argentinischer Staatsanleihen gegenüber US-amerikanischen Staatspapieren ist seit Jahresanfang um 214 Basispunkte auf 430 Basispunkte gestiegen.



9 Brasilien

Die brasilianische Notenbank hat ihre Prognose für das reale Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr von unter 3,8 % zu Jahresbeginn auf inzwischen 4,7 % nach oben revidiert (IWF: 4,4 %; 2008: 4,2 %). Neben den stark ansteigenden Rohstoffexporten unterstützen vor allem die zunehmende Inlandsnachfrage sowie die fortlaufende Senkung des Leitzinses das Wirtschaftswachstum. Die meisten Beobachter erwarten vor diesem Hintergrund einen robusten und länger anhaltenden Aufschwung. Im 1. Quartal des laufenden Jahres erreichte das brasilianische Wirtschaftswachstum 4,3 % und blieb damit etwas unter den Erwartungen lokaler Beobachter, die ein Wachstum von durchschnittlich 4,8 % prognostiziert hatten.

Der brasilianische Außenhandel nahm im 1. Halbjahr 2007 deutlich zu. Die Nachfrage nach Rohstoffen und Vorprodukten blieb dabei hoch. Die starke Inlandsnachfrage und die anhaltende Aufwertung des Real begünstigten gleichzeitig die Einfuhren. In den ersten sechs Monaten 2007 stiegen die brasilianischen Importe gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 26,6 % auf 52,6 Mrd. USDollar, der Zuwachs der Exporte lag bei 19,8 % (73,2 Mrd. US-Dollar). Damit legte der Handelsbilanzüberschuss Brasiliens im 1. Halbjahr 2007 um 5,7 % im Vergleich zur Vorjahresperiode auf 20,7 Mrd. US-Dollar zu. Der Handelsbilanzüberschuss erreichte damit einen neuen Höchstwert.

Der Wechselkurs der brasilianischen Währung Real ist bis August 2007 gestiegen (Anfang August + 12,3 % gegenüber US-Dollar seit Jahresbeginn). Auch die starke Zunahme der Währungsreserven erhöht die Sicherheit vor externen Schocks. Die brasilianischen Währungsreserven beliefen sich im Juli 2007 auf knapp 151 Mrd. US-Dollar bzw. 13,2 % des BIP und verzeichnen damit einen historischen Höchststand. Die jährliche Inflationsrate entwickelt sich auch im bisherigen Jahresverlauf trotz eines von Beobachtern als temporär angesehenen Anstiegs im Juni günstig (Juni 2007: 3,7%; Mai: 3,2%). Die Inflationsrate liegt damit weiter deutlich unter dem Mittelwert des Inflationsziels von 4,5 %. Für 2007 geht der IWF von einer jahresdurchschnittlichen Teuerungsrate von 3,5 % aus (2006: 4,2%). Aufgrund der günstigen Inflationsentwicklung hat die brasilianische Notenbank seit September 2005 die Geldpolitik stetig gelockert. Zuletzt senkte die brasilianische Zentralbank den Leitzins (Selic) Anfang September dieses Jahres um 25 Basispunkte auf derzeit 11,25 %. Zu Beginn des Zinssenkungsprozesses in 2005 lag der Leitzins noch bei 19,75 %.

Durch die wachsende Wirtschaft und steigende Steuereinnahmen macht Brasilien auch bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erkennbare Fortschritte. In den ersten fünf Monaten des Jahres stiegen die Steuereinnahmen der Zentralregierung real um 10,2 %, während die öffentlichen Ausgaben um 9,2 % zunahmen. Der Primärüberschuss (Haushaltssaldo ohne Zinszahlungen) lag im Mai bei 9,3 Mrd. Real, damit ergibt sich für die letzten zwölf Monate ein positiver Saldo in der Größenordnung von 4,29 % des BIP. Auf allen Ebenen (Zentralregierung, Bundesstaaten und öffentliche Unternehmen) konnten hohe Überschüsse verzeichnet werden.

Auch Brasiliens Kapitalmarkt konnte sich der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte im Juli und Anfang August dieses Jahres aufgrund der Krise der Hypothekenfinanzierer in den USA nicht entziehen. Gleichwohl sind die Risikoaufschläge für brasilianische Staatsanleihen gegenüber Jahresbeginn nur leicht um rund zehn Basispunkte auf 200 Basispunkte gestiegen. Der Aktienindex Bovespa hat gegenüber seinem Höchststand im Juli zwar Verluste zu verzeichnen. Er liegt jedoch mit 52846 Punkten immer noch um rund 19 % über dem Stand zu Jahresbeginn (Datenlage von Anfang August).

10 Mexiko

Im Jahr 2007 dürfte sich das reale Wirtschaftswachstum in Mexiko gegenüber dem Vorjahr verringern. Die mexikanische Wirtschaft ist im 1. Quartal dieses Jahres real um 2,6 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum gewachsen. Der IWF geht für 2007 von einem Wirtschaftswachstum von 3,1 %, Bankvolkswirte von 3,0 % aus (2006: +4,8 %). Das vergleichsweise starke Wachstum in 2006 war durch eine erhöhte Güternachfrage aus den USA sowie durch hohe Rohölpreise begünstigt. Die niedrigere reale Wachstumsrate in diesem Jahr ist vor allem auf die konjunkturelle Abkühlung in den USA zurückzuführen.

Das Handelsbilanzdefizit lag in den ersten sechs Monaten 2007 bei rund 5 Mrd. US-Dollar, im 1. Halbjahr 2006 hatte Mexiko noch einen Handelsbilanzüberschuss von gut ½ Mrd. US-Dollar verzeichnet. Ursache ist vor allem, dass die Importe schneller als die Exporte steigen. Schätzungen der Banken zufolge dürften die Exporte Mexikos von 250 Mrd. US-Dollar in 2006 auf rund 262 Mrd. US-Dollar im Jahr 2007 zunehmen (+4,9%), die Importe dürften dagegen von rund 256 Mrd. US-Dollar auf rund 276 Mrd. US-Dollar steigen (+ 7,8 %). Vor diesem Hintergrund geht die IWF-Prognose (World Economic Outlook April 2007) davon aus, dass sich das Leistungsbilanzdefizit auf 1,0 % in diesem Jahr erhöht (Vorjahr: 0,2%).

Der unbeschränkt konvertible und frei floatende Peso ist stabil (1,4% Abwertung gegenüber US-Dollar seit Jahresbeginn; Stand: Anfang August 2007). Die Währungsreserven Mexikos haben von 76,8 Mrd. US-Dollar zu Jahresbeginn leicht auf 77,9 Mrd. US-Dollar Ende Juni 2007 zugenommen und bilden damit ein gutes Polster gegen externe Schocks.

Angesichts steigender Preise bei einigen Nahrungsmitteln (u.a. bei Mais) und einer sich im bisherigen Jahresverlauf wieder auf das obere Ende des Zielkorridors zubewegenden jährlichen Inflationsrate (Juni 2007: 4,0 %) hat die mexikanische Notenbank den Tagesgeld-Zinssatz im April 2007 wieder leicht auf 7,25 % angehoben. Wegen des insgesamt verhaltenen Wirtschaftswachstums gehen Beobachter jedoch davon aus, dass die Zentralbank in den kommen-

den Monaten des laufenden Jahres auf weitere Zinserhöhungen verzichten wird (IWF-Prognose der Jahresinflationsrate für 2007: + 3,9 %; 2006: + 3,6 %).

Der liquide Anleihemarkt, die stark verringerte Auslandsverschuldung sowie die gestiegenen Währungsreserven bilden im Gegensatz zu den 90er Jahren ("Tequila-Krise") einen guten Puffer, um von den internationalen Finanzmärkten ausgehende externe Schocks abzufedern. Auch aufgrund der insgesamt robusten makroökonomischen Lage gibt es derzeit keine echten Anzeichen, dass die Unsicherheiten auf den weltweiten Finanzmärkten größere Konsequenzen für die wirtschaftliche Stabilität Mexikos haben. Die Risikoaufschläge gegenüber amerikanischen Staatsanleihen sind seit Jahresanfang nur leicht um rund 25 Basispunkte auf 140 Basispunkte gestiegen und der Leitindex der mexikanischen Börse liegt immer noch rund 15 % über seinem Stand vom Jahresanfang (jeweils Stand: Anfang August 2007).

Der mexikanische Staatshaushalt ist wegen der steigenden Einnahmen aus der Erdölförderung, der in den letzten Jahren vergleichsweise konservativen Haushaltspolitik und der insgesamt positiven Wirtschaftsentwicklung zurzeit in einer guten Verfassung. Nachdem der Haushalt im Jahr 2006 das erste Mal in den letzten zehn Jahren ein leichtes Plus von 2 Mrd. US-Dollar (+ 0,2 % des BIP) aufwies, geht der IWF auch für dieses Jahr von einem nahezu ausgeglichenen Haushalt aus (-0,1% des BIP). Als strukturelle Herausforderungen bleiben jedoch die hohe Abhängigkeit von den Erdöleinnahmen und die niedrige Steuereinnahmenquote (10 % des BIP), die auch Auswirkung einer überbordenden Schattenwirtschaft ist.



11 Südafrika

Die südafrikanische Wirtschaft befindet sich auf einem robusten Wachstumspfad. Seit 2004 liegen die jährlichen Wachstumsraten bei rund 5 %. Im vergangenen Jahr 2006 betrug das BIP-Wachstum 5,0 %, für 2007 sind vom IWF 4,7 % prognostiziert (4,5 % für 2008). Bisher ist das Wirtschaftswachstum relativ robust; im 1. Quartal 2007 lag es bei 4,7 %, im 2. Quartal hat es sich etwas verlangsamt auf 4,5 %.

Den dauerhaftesten Aufschwung seiner Geschichte verdankt Südafrika der Umsetzung von Strukturreformen und einem guten makroökonomischen Management von Regierung und Zentralbank. Durch die traditionell exportorientierte Wirtschaft, in der der Rohstoffsektor dominiert, profitiert das Land zudem in besonderem Maße von den gestiegenen Rohstoffpreisen und vom rasanten Wachstum des Welthandels. Die positive Entwicklung spiegelt sich wider in gestiegenen Währungsreserven (auf 29,5 Mrd. US-Dollar im Juli 2007), einem positiven Staatshaushalt (+ 0,6 % im Fiskaljahr 2006/2007 nach -0,3% sowie -1,4% in den Vorjahren), steigenden Immobilienpreisen (um rund 15 % im Zeitraum Mai 2006 bis Mai 2007) sowie einem Zuwachs der Beschäftigung (um 4,1 % in 2006, aber weiterhin hohe offizielle Arbeitslosenquote von über 25 %). In der südafrikanischen Wirtschaft herrscht eine Boomstimmung, entsprechend optimistisch werden dort auch die Zukunftsperspektiven Südafrikas beurteilt.

Südafrikas Wirtschaft bleibt aber weiterhin stark abhängig von externen Faktoren. Besonders zeigt sich diese Abhängigkeit beim Wechselkurs des südafrikanischen Rand. In den Jahren 2002 bis 2005 hat der Rand stark aufgewertet (von 10 bis 11 Rand pro US-Dollar im Jahr 2002 auf zeitweise unter 6 Rand pro US-Dollar in 2005). Auch nach 2005 blieb der Wechselkurs volatil, wobei die südafrikanische Währung 2006 wieder leicht abwertete auf über 7 Rand pro US-Dollar und seitdem um diesen Wert schwankt. Die Wechselkursschwankungen 2007 zeigen bislang keinen klaren Trend.

Als Folge der Aufwertung des Rand verzeichnet Südafrika trotz traditionell positiver Leistungsbilanz seit 2003 ein Leistungsbilanzdefizit (6,5 % des BIP in 2006, im 1. Quartal 2007 stieg das

Defizit weiter auf 7,0 % des BIP). Der starke Rand und die boomende Wirtschaft lösten eine gestiegene Inlandsnachfrage nach Importwaren aus, die zunehmend auch mit Krediten finanziert wird (Neuabschlüsse von Verbraucherkrediten stiegen um rund 25 % im Zeitraum April 2006 bis April 2007). Für das Gesamtjahr 2007 ist eine weitere Verschlechterung der Außenhandelsbilanz Südafrikas nicht ausgeschlossen, weil die meisten für die Vorbereitungsarbeiten zur Fußball-WM 2010 benötigten Güter importiert werden müssen.

Ein weiteres Problem stellt die Inflationsentwicklung dar. Der von der südafrikanischen Zentralbank anvisierte Zielkorridor der Inflationsrate von 3 % bis 6 % wurde im April 2007 mit 6,3 % durchbrochen – im Juli lag sie bei 6,5 % –, obwohl die Zentralbank den Zinssatz im mehreren Schritten von Juni bis Dezember 2006 bereits um insgesamt 200 Basispunkte auf 9 % erhöht hatte. Zur Bekämpfung der Inflation wurde der Zinssatz im Juni und August 2007 erneut um jeweils 50 Basispunkte auf jetzt 10 % erhöht.

Die großen Probleme Südafrikas (AIDS, Kriminalität, schlechte Bildung und hohe Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit) sind von der Regierung unter Präsident Mbeki benannt worden, allerdings ist ein Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen, wie z.B. die Erhöhung der Ausgaben für die Strafverfolgung oder die Umsetzung der Gesetze zur Landreform, bislang kaum zu erkennen.

Der diesjährige G20-Vorsitz Südafrikas beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Themen wirksame Fiskalpolitik für Wachstum und Entwicklung sowie Rohstoffpreiszyklen und Finanzstabilität. Darüber hinaus führt Südafrika die langjährige G20-Diskussion über die Reform der Bretton-Woods-Institutionen (IWF und Weltbank) fort. Zu allen drei Themenblöcken haben in diesem Jahr bereits G20-Seminare stattgefunden. Das jährliche G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs findet am 18./19. November 2007 in Kapstadt statt.

SEITE 80



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	107
Vonnzahlon zur gosamtwirtschaftlichen Entwicklung	111

Statistiken und Dokumentationen

Ube	ersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
1	Kreditmarktmittel	84
2	Gewährleistungen	85
3	Bundeshaushalt 2006 bis 2011	85
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	86
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	92
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006	94
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	96
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	97
10	Entwicklung der Staatsquote	98
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	99
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	100
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	101
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	102
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	103
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	105
18	Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	106
Übe	ersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	107
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007	107
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2007	
3	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2007	108
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2007	
Ker	nnzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	111
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	112
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	113
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	114
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	115
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	116
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. Juli 2007	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. August 2007
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Anleihen	587 718	6 000	0	593 718
Bundesobligationen	184 000	0	20 000	164 000
Bundesschatzbriefe	10 270	488	470	10 288
Bundesschatzanweisungen	118 000	0	0	118 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 500	6 087	6 098	35 489
Finanzierungsschätze	2 888	274	309	2 853
Schuldscheindarlehen	24 928	73	538	24 463
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kreditmarktmittel insgesamt	963 509			949 016

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Juli 2007 Mio. €	Stand: 31. August 2007 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	196 889	176 140
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	305 383	305 299
langfristig (mehr als 4 Jahre)	461 238	467 577
Kreditmarktmittel insgesamt	963 509	949 016

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. Juni 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. Juni 2006 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	96,4	107,6
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirt- schaftsbereich einschließlich Mitfinanzie- rung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	25,6	29,5
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,2	61,5

3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 Gesamtübersicht

Ge	genstand der Nachweisung	2006	2007	2008	2009	2010	201
		Ist	Soll	RegEntw.		Finanzplanung	
		Mrd.€	Mrd. €	Mrd.€	Mrd.€	Mrd.€	Mrd.
1.	Ausgaben	261,0	270,5	283,0	285,5	288,5	289,7
	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
2.	Einnahmen ¹	232,8	250,7	270,1	274,8	282,3	289,
	Veränderung gegen Vorjahr in % darunter:	+ 1,9	+ 7,7	+ 7,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,6
	Steuereinnahmen	203,9	220,5	237,1	247,9	252,6	260,3
	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 7,2	+ 13,7	+ 7,5	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,
3.	Finanzierungssaldo	- 28,2	- 19,8	- 13,1	- 10,7	- 6,2	- 0,
	in % der Ausgaben	10,8	7,3	4,6	3,7	2,1	0,
Zus	ammensetzung des Finanzierungssaldos						
4.	Bruttokreditaufnahme (-) ²	240,5	238,0	231,7	226,1	221,1	220,
5.	sonstige Einnahmen und haushalterische						
	Umbuchungen	1,6	- 5,3	_	-	-	
6.	Tilgungen (+)	195,9	216,3	218,9	215,6	215,1	220,
7.	Nettokreditaufnahme	- 27,9	- 19,6	- 12,9	- 10,5	- 6,0	0,
8.	Münzeinnahmen	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,
nac	hrichtlich:						
	Investive Ausgaben	22,7	24,0	24,3	24,1	24,1	23,
	Veränderung gegen Vorjahr in %	- 4,4	+ 5,5	+ 1,4	- 0,9	0,0	- 1,
	Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2007.

¹ Gem. BHO § 13 Satz 4. 2 ohne Münzeinnahmen.

² Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010	201
	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio.€	Mio.€	Mio. €	Mio.€	Mio.
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 110	26 204	26 737	26 756	26 764	27 15
Aktivitätsbezüge	19730	19 761	20 250	20 195	20121	20 46
Ziviler Bereich	8 5 4 7	8 5 5 4	9 159	9 194	9 2 2 4	9 72
Militärischer Bereich	11 182	11 206	11 092	11 001	10897	1073
Versorgung	6380	6 443	6 486	6 5 6 1	6 643	6 69
Ziviler Bereich	2 3 7 2	2 3 2 0	2 308	2 307	2 300	2 28
Militärischer Bereich	4008	4124	4178	4 2 5 5	4 3 4 3	441
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	19 597	19 900	20 229	20 58
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1517	1 411	1 425	1 426	1 43
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8517	8 654 8 543	9 497	9775	10 162 8 641	10 52 8 62
Sonstiger laufender Sachaufwand	8382		8 689	8 700		
Zinsausgaben an andere Bereiche	37 469 37 469	39 278 39 278	42 120 42 120	43 094 43 094	44 899 44 899	45 37
Sonstige	37 469	39278	42 120	43 094	44 899	45 37
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	4
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	39 233	42 076	43 050	44 855	45 33
an Ausland	3	4	3	3	3	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	170 020	171 062	172 211	172 57
an Verwaltungen	13 937	14770	14563	14427	13 983	13 84
Länder	8 5 3 8	9 141	8 8 1 9	8 3 3 2	7 898	774
Gemeinden	38	26	23	22	20	1
Sondervermögen	5361	5 601	5719	6 0 7 3	6 0 6 5	6 08
Zweckverbände	1	1	1	1	1	
an andere Bereiche	142 079	147 697	155 458	156 635	158 228	158 73
Unternehmen Renten, Unterstützungen u. Ä.	14275	18 002	23 637	23 890	23 600	23 27
an natürliche Personen	32 256	27 847	28 218	26 135	25 006	23 97
an Sozialversicherung	91 707	97 633	98 884	101 879	104 809	106 64
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	881	954	927	920	91
an Ausland	3 024	3 3 2 8	3 761	3 799	3 891	391
an Sonstige	5	5	5	5	1	
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	237 944	246 664	258 474	260 812	264 104	265 70
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 112	6 860	6 990	6 915	6 780	6 77
Baumaßnahmen	5 634	5326	5 565	5 5 7 0	5 427	5 43
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	945	884	889	87
Grunderwerb	536	505	480	461	464	45
Vermögensübertragungen	13 302	14 051	14 203	13 460	13 495	13 30
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12916	13 674	13 830	13 109	13 156	1296
an Verwaltungen Länder	5 755 5 700	6 0 5 1 5 9 7 9	5 5 1 6 5 4 4 2	4 9 9 0 4 9 2 1	4 941 4 858	486 477
Gemeinden und Gemeindeverbände	5700	66	68	62	76	8
Sondervermögen	_	6	6	6	6	0
an andere Bereiche	7161	7 624	8314	8 120	8 2 1 6	8 10
Sonstige – Inland	4999	5333	5881	5614	5 691	5 56
Ausland	2 162	2 291	2 433	2 505	2 525	2 53
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	374	351	338	33
an andere Bereiche	387	376	374	351	338	33
Unternehmen – Inland	-	_	_	_	_	
Sonstige – Inland	172	161	164	151	143	14
Ausland	215	215	210	200	195	19

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgaben zusammen	261 046	270 500	283 200	285 500	288 500	289 70
Globale Mehr-/Minderausgaben	22 715	23 957	24 296	24 070	24 076	23 67
¹ Darunter: Investive Ausgaben	-	-496	56	267	-18	-1
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ¹	23 102	24 333	24 670	24 421	24 414	24 01
Ausland	578	616	741	927	824	71
Inland	0	28	16	13	13	1
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	757	940	837	73
Ausland	1 058	1111	1 425	1319	1 480	1 55
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 020	1 666	1 293	1 784	1821	1 64
Sozialversicherungen	-	-	_	-	_	
an andere Bereiche	2 078	2 777	2719	3 104	3 302	3 20
Länder	32	1	1	1	1	
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	
Darlehensgewährung	2 109	2 778	2 720	3 105	3 3 0 3	3 20
Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 687	3 422	3 477	4 045	4 139	3 93
Darlehensgewährung, Erwerb von						
	Mio. €	Mio.€	Mio.€	Mio.€	Mio.€	Mio.
3	Ist	Soll	Entwurf	Fin	anzplanung	
Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010	20

– in Mio. € –

Funkt	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
	Allgemeine Dienste Politische Führung und zentrale	49 046	44 189	23 757	14 375	-	6 05
	/erwaltung	7 627	7 3 3 5	3 746	1218	_	237
	Auswärtige Angelegenheiten	6 485	3 032	445	163	_	2 42
	/erteidigung	28 222	27771	15 330	11 639	_	80
04 Ċ	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 991	2 629	1 802	725	_	10
05 R	Rechtsschutz	337	322	224	83		1
06 F	inanzverwaltung	3 383	3 101	2 209	548	-	34
	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle						
P	Angelegenheiten	13 249	9 342	446	655		8 24
13 F	Hochschulen	2 2 3 2	1 238	7	4	-	1 22
14 F	Förderung von Schülern, Studenten	1 551	1 551	-	-	-	1 55
	Sonstiges Bildungswesen	502	440	9	62	-	36
	Nissenschaft, Forschung, Entwicklung	7.000	5 620	420	500		4.63
	außerhalb der Hochschulen	7 293	5 638	430	583	-	462
	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 670	475	1	7		46
K	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben,						
	Niedergutmachung Sozialversicherung einschl.	138 007	137 209	194	552	_	136 46
	Arbeitslosenversicherung	91 705	91 705	36	0	-	91 66
	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	_	_	_	515
	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg	3100	3 139	_	_	_	313
	und politischen Ereignissen	3 410	3 193	_	146	_	3 04
	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 463	36330	45	346	_	3593
	ugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	-	-	_	10
	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 163	715	114	59	-	54
	Gesundheit und Sport	926	692	233	239	-	22
	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	358	311	125	139	_	4
	Krankenhäuser und Heilstätten	336	311	123	-	_	4
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	358	311	125	139	_	4
	Sport	108	83	-	2	_	8
	Jmwelt- und Naturschutz	197	159	71	46	_	4
	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	-	5
	Nohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale						
	Gemeinschaftsdienste	2 005	784	2	4	_	77
	Vohnungswesen	1 446	781	_	3	_	77
	Raumordnung, Landesplanung,	1 440	701		3		
	/ermessungswesen	1	1	_	1	_	
	Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	· -	_	
	Städtebauförderung	554	-	-	-	-	
5 E	Ernährung, Landwirtschaft und						
	Forsten	1 000	529	27	131	-	37
	/erbesserung der Agrarstruktur	632	244	-	1	-	24
	Einkommensstabilisierende						
	Maßnahmen	125	125	-	53	-	7
	Gasölverbilligung	_	-	-	_	-	
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	-	53	_	7
599 L	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	244	161	27	77	_	5

– in Mio. € –

Fun	Ausgabegruppe ktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	1 010	1 897	1 950	_	4 857	4 817
01	Politische Führung und zentrale		. 651			4051	7011
	Verwaltung	290	3	0	_	293	293
02	Auswärtige Angelegenheiten	48	1 678	1 727	-	3 453	3 447
	Verteidigung	296	97	58	-	451	418
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	244	119	-	-	363	363
05		15	-	_	-	15	15
06	Finanzverwaltung	116	1	165	-	282	282
1	Bildungswesen, Wissenschaft,						
	Forschung, kulturelle						
	Angelegenheiten	141	3 766	-	-	3 907	3 906
13	Hochschulen	1	993	_	-	994	994
14 15	Förderung von Schülern, Studenten	_	-	_	_	-	-
15 16	Sonstiges Bildungswesen Wissenschaft, Forschung, Entwicklung	0	62	_	-	63	63
10	außerhalb der Hochschulen	136	1519	_	_	1 655	1 654
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1 191	_	_	1 195	1 195
2	Soziale Sicherung, soziale						
_	Kriegsfolgeaufgaben,						
	Wiedergutmachung	11	787	1	_	799	463
22	Sozialversicherung einschl.						
	Arbeitslosenversicherung	_	_	_	_	_	_
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der						
	Wohlfahrtspflege u. Ä.	-	1	_	_	1	1
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg						
	und politischen Ereignissen	2	214	1	-	217	6
	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	-	-	133	8
	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	_	-	-	-	_	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	445	-	-	449	449
3	Gesundheit und Sport	161	73	-	-	234	234
31	Einrichtungen und Maßnahmen des	20	12			47	47
212	Gesundheitswesens	36	12	_	_	47	47
	Krankenhäuser und Heilstätten Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	36	12	_	_	- 47	47
32	_	-	25	_	_	25	25
33	·	8	30	_	_	38	38
34		118	7	_	_	124	124
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raum-						
	ordnung und kommunale						
	Gemeinschaftsdienste	-	1 216	5	_	1 221	1 221
41	Wohnungswesen	-	660	5	-	664	664
42	3. 1						
42	Vermessungswesen	-	-	_	-	-	-
43		_	2	_	-	2	2
44	Städtebauförderung		554	_	_	554	554
5	Ernährung, Landwirtschaft und						
	Forsten	38	432	2	-	471	471
	Verbesserung der Agrarstruktur	-	388	1	_	388	388
53							
E22	Maßnahmen	_	-	_	-	_	-
	Gasölverbilligung Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	_	_	_	-	_	-
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	38	44	_ 1		83	83
223	obrige bereiche aus Hauptiunktion 5	30	44	'	_	0.3	63

– in Mio. € –

	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der	Personal- ausgaben	Laufender Sach-	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen
Funl	ktion		laufenden Rechnung		aufwand		und Zuschüsse
6	Energie- und Wasserwirtschaft,						
0	Gewerbe, Dienstleistungen	5 088	3 189	46	398	_	2 745
62	Energie- und Wasserwirtschaft,						
	Kulturbau	526	476	_	243	_	233
621	Kernenergie	223	223	_	_	_	223
	Erneuerbare Energieformen	38	12	_	4	_	8
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	265	241	_	238	_	3
63	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe						
	und Baugewerbe	2 099	2 079	_	5	_	2 074
64	Handel	100	100	_	54	_	46
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	742	65	_	12	_	52
	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 621	470	46	84	_	340
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 991	3 733	970	2 013		751
72	Straßen	7 0 7 5	957	_	848	_	109
	Wasserstraßen und Häfen, Förderung	1013	331		0.10		103
	der Schifffahrt	1510	780	467	246	_	66
74	Eisenbahnen und öffentlicher	1310	100	101	210		00
•	Personennahverkehr	337	4	_	_	_	4
75	Luftfahrt	201	200	42	18	_	141
	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 869	1 791	461	901	-	430
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemei-						
	nes Grund- und Kapitalvermögen,						
	Sondervermögen	10 177	6 528	_	19	_	6 509
81	Wirtschaftsunternehmen	4736	1 087	_	19	_	1 068
832	Eisenbahnen	3 488	83	_	5	_	78
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1 248	1 004	_	14	_	990
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermö-						
	gen, Sondervermögen	5 441	5 441	_	_	_	5 441
873	Sondervermögen	5 421	5 421	_	_	_	5 421
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	_	-	_	20
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 010	40 468	529	329	_	332
91	Steuern und allgemeine Finanz-						
	zuweisungen	368	330	_	_	_	330
92	Schulden	39313	39313	_	35	_	_
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	329	825	529	294	-	2
Sum	nme aller Hauptfunktionen	270 500	246 664	26 204	18 715		162 467

– in Mio. € –

Fun	Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6	Energie- und Wasserwirtschaft,						
•	Gewerbe, Dienstleistungen	1	748	1 150	_	1 899	1 899
62	Energie- und Wasserwirtschaft,	-					
	Kulturbau	_	51	_	_	51	51
621	Kernenergie	_	_	_	_	_	_
622	Erneuerbare Energieformen	_	26	_	_	26	26
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	_	25	_	_	25	25
63	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe						
	und Baugewerbe	-	20	-	-	20	20
64	Handel	-	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	677	-	-	677	677
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	-	1 150	-	1 151	1 151
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 498	1 760	0	_	7 258	7 258
72	Straßen	4698	1 420	_	_	6118	6118
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung						
	der Schifffahrt	730	_	_	-	730	730
74	Eisenbahnen und öffentlicher						
	Personennahverkehr	-	333	-	-	333	333
	Luftfahrt	1	-	0	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	-	-	77	77
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemei-						
	nes Grund- und Kapitalvermögen,						
	Sondervermögen	-	3 334	314	-	3 649	3 649
81							
	Eisenbahnen	-	3 3 3 4	314	-	3 649	3 649
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	3 128	277	-	3 404	3 404
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermö-	-	206	38	-	244	244
	gen, Sondervermögen	-	-	-	-	_	-
	Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	_	-	-		_	_
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	- 496	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanz-						
	zuweisungen	_	38	-	-	38	38
	Schulden	-	-	-	-	-	_
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	_	_	-	- 496	_	-
Cun	nme aller Hauptfunktionen	6 860	14 051	3 422	- 496	24 333	23 957

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
					Ist-Ergebni	sse			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr	Mrd.€ %	42,1 8,6	80,2 12,7	110,3 37,5	131,5 2,1	194,4	237,6 - 1,4	233,6 3,4	246,9 5,7
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr	Mrd.€ %	42,6 17,9	63,3 0,2	96,2 6,0	119,8 5,0	169,8	211,7 - 1,5	204,7 5,8	220,6 7,8
Finanzierungssaldo darunter:	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
Nettokreditaufnahme Münzeinnahmen	Mrd.€ Mrd.€	- 0,0 - 0,1	- 15,3 - 0,4	- 27,1 - 27,1	- 11,4 - 0,2	- 23,9 - 0,7	- 25,6 - 0,2	- 28,9 - 0,1	- 26, - 0,
Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€ Mrd.€	0,7	- 1,2 -	-	_	_	_	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,
Veränderung gegen Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Personalausgaben	% %	12,4 15,6	5,9 16,2	6,5 14,9	3,4 14,3	4,5 11,4	0,5 11,4	- 0,7 11,4	1, 10,
des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1		14,4	16,1	16,
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben	Mrd.€ % %	1,1 14,3 2,7	2,7 23,1 5,3	7,1 24,1 6,5	14,9 5,1 11,3	17,5 6,7 9,0	25,4 - 6,2 10,7	28,7 5,2 12,3	41, 43, 16,
des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3		38,7	42,1	58,
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	Mrd.€ % %	7,2 10,2 17,0	13,1 11,0 16,3	16,1 - 4,4 14,6	17,1 - 0,5 13,0	20,1 8,4 10,3	34,0 8,8 14,3	29,2 1,3 12,5	28, - 2, 11,
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,
Veränderung gegen Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundeseinnahmen Anteil am gesamten Steuer-	% % %	18,7 95,5 94,3	0,5 76,0 96,3	6,0 81,7 93,7	4,6 80,2 88,0	4,7 68,1 77,9	- 3,4 78,8 88,4	3,1 74,7 85,3	10, 77, 87,
aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2		44,9	41,0	42,
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben	Mrd.€ %	- 0,0 0,0	- 15,3 19,1	- 13,9 12,6	- 11,4 8,7	- 23,9	- 25,6 10,8	- 28,9 12,4	- 26, 10,
des Bundes Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	0,0	117,2 55.8	86,2 50.4	67,0 55,3		75,3 51.2	98,8 88.6	91, 82.
nachrichtlich: Schuldenstand ³	/6	0,0	33,6	50,4	33,3		31,2	00,0	02,
öffentliche Haushalte ² darunter: Bund	Mrd.€ Mrd.€	59,2 23.1	129,4 54.8	236,6 153,4	386,8 200.6	536,2 277,2	1010,4 385,7	1153,4 488,0	1183, 708.

 $^{^1\}quad Nach\,Abzug\,der\,Erg\"{a}nzungszuweisungen\,an\,L\"{a}nder.$

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

 $^{^3}$ Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges lst, 2007 und 2008 = Schätzung.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
				lst-Erg	ebnisse				Soll	RegEnt
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr	Mrd.€ %	244,4 - 1,0	243,1 - 0,5	249,3 2,5	256,7 3,0	251,6 - 2,0	259,8 3,3	261,0 0,5	270,5 3,6	283,2 4,7
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr	Mrd.€ %	220,5 – 0,1	220,2 - 0,1	216,6 – 1,6	217,5 0,4	211,8 - 2,6	228,4 7,8	232,8 1,9	250,7 7,7	270,1 7,7
Finanzierungssaldo darunter: Nettokreditaufnahme Münzeinnahmen Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger	Mrd.€ Mrd.€ Mrd.€ Mrd.€	- 23,9 - 23,8 - 0,1 -	- 22,9 - 22,8 - 0,1 -	- 32,7 - 31,9 - 0,9	- 39,2 - 38,6 - 0,6	- 39,8 - 39,5 - 0,3 -	- 31,4 - 31,2 - 0,2	- 28,2 - 27,9 - 0,3 -	- 19,8 - 19,6 - 0,2 -	- 13,1 - 12,9 - 0,2
Fehlbeträge	Mrd.€	-	_	-		-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	Mrd.€ % %	26,5 - 1,7 10,8	26,8 1,1 11,0 15,8	27,0 0,7 10,8	27,2 0,9 10,6	26,8 - 1,8 10,6	26,4 - 1,4 10,1	26,1 - 1,0 10,0	26,2 0,4 9,7	26,7 2,0 9,4
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts³	Mrd.€ % %	39,1 - 4,7 16,0 57,9	37,6 - 3,9 15,5	37,1 - 1,5 14,9	36,9 - 0,5 14,4 56,3	36,3 - 1,6 14,4 56,1	37,4 3,0 14,4 58,5	37,5 0,3 14,4 58,2	39,3 4,8 14,5	42,1 7,2 14,9 60,9
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	Mrd.€ % %	28,1 - 1,7 11,5	27,3 - 3,1 11,2	24,1 -11,7 9,7	25,7 6,9 10,0	22,4 -13,0 8,9	23,8 6,2 9,1	22,7 - 4,4 8,7	24,0 5,5 8,9	24,3 1,4 8,6
Steuereinnahmen ¹ Veränderung gegen Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundeseinnahmen Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	Mrd.€ % % %	198,8 3,3 81,3 90,1 42,5	193,8 - 2,5 79,7 88,0	192,0 - 0,9 77,0 88,7	191,9 - 0,1 74,7 88,2	187,0 - 2,5 74,3 88,3	190,1 1,7 73,2 83,2 42,1	203,9 7,2 78,1 87,6	220,5 8,2 81,5 88,0 41,2	237,1 7,5 83,7 87,8
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben	Mrd.€ %	- 23,8 9,7	- 22,8 9,4	- 31,9 12,8	- 38,6 15,1	- 39,5 15,7	- 31,2 12,0	- 27,9 10,7	- 19,6 7,2	- 12,9
des Bundes Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	84,4 62,0	83,7 57,6	132,4 126,4	150,2 101,2	176,7 101,7	131,3 59,6	122,8 71,7	81,7 121,6	53,1 115,2
nachrichtlich: Schuldenstand ³				-,				.,,	,5	
öffentliche Haushalte ² darunter: Bund	Mrd.€ Mrd.€	1198,2 715,6	1203,9 697,3	1253,2 719,4	1325,7 760,5	1395,0 803,0	1447,5 872,7	1480,6 902,1	1497 ¹ / ₂ 915	1512 ¹ /

Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.
 Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

 $^{^3} Stand Finanz planung srat Juni 2007; 2005 bis 2006 vor läufiges lst, 2007 und 2008 = Schätzung. \\$

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ²	2006 ²
				Mrd.€			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	599,1	604,3	611,3	619,6	614,6	625,8	635,7
Einnahmen	565,1	557,7	554,6	551,7	549,0	573,3	596,2
Finanzierungssaldo	- 34,0	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,3	- 38,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder							
Ausgaben	250,7	255,5	257,7	259,7	257,1	259,2	258,7
Einnahmen	240,4	230,9	228,5	229,2	233,5	235,7	248,7
Finanzierungssaldo	- 10,4	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 23,5	- 10,0
Gemeinden							
Ausgaben	146,1	148,3	150,0	149,9	150,1	153,3	155,7
Einnahmen	148,0	144,2	146,3	141,5	146,2	151,1	158,6
Finanzierungssaldo	1,9	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0
		V	eränderunger	n gegenüber o	dem Vorjahr in	%	
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,3	0,9	1,2	1,4	- 0,8	1,8	1,6
Einnahmen	- 0,9	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,4	4,0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder							
Ausgaben	1,8	1,9	0,9	0,7	- 1,0	0,8	- 0,2
Einnahmen	0,9	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,0	5,5
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,2	1,6
Einnahmen	1,4	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP. Stand: September 2007.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005²	2006²
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,6	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7
darunter:							
Bund	- 1,2	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4
Gemeinden	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,7	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,7	- 8,4	- 6,1
darunter:							
Bund	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8
Länder	- 4,1	- 9,6	-11,4	- 11,7	- 9,1	- 9,1	- 3,9
Gemeinden	1,3	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,4	1,9
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	29,0	28,6	28,5	28,6	27,8	27,9	27,4
darunter:							
Bund	11,9	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2
Länder	12,2	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11,1
Gemeinden	7,1	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,7	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, $Bundes eisen bahnver m\"{o}gen, Versorgungsr\"{u}ck lage \ des \ Bundes, Fonds \ Aufbauhilfe, \ BPS-PT \ Versorgungs kasse.$

 $^{^2 \}quad \text{Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, L\"{a}nder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.}$

 $^{^3}$ $\,$ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP. Stand: September 2007.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
	insgesamt		davo	n	
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr	Mrd.€	Mrd.€	Mrd.€	%	%
	Gel	oiet der Bundesrepublik Deuts	schland nach dem Stand bis z	um 3. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58.8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bunde	srepublik Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 ²	534,3	264,2	270,1	49,4	50,6
2008 ²	555,3	277,2	278,1	49,9	50,1
2009 ²	575,0	292,3	282,7	50,8	49,2
2010 ²	594,9	307,5	287,4	51,7	48,3
2011 ²	613,6	322,1	291,4	52,5	47,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummen $steuer (31.12.1979); Essigs\"{a}ure-, Spielkarten- und Z\"{u}ndwarensteuer (31.12.1980); Z\"{u}ndwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); B\"{o}rsensteuer (31.7.1984); D\'{o}rsensteuer (31.7.1984); D\'{o}rsensteue$ umsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2007.

² Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtscha	aftlichen Gesamtrechnungen ²	Abgrenzung der	Finanzstatistik
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
		Anteile am B	IPin%	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,4	37,7
2004 ³	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 ³	22,0	39,6	20,1	36,7
2006 ³	22,8	40,1	21,0	37,3

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; eigene \, Berechnungen.$

Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.
 Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2007.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

		Ausgaben des Staates	
	insgesamt	darui	nter
		Gebietskörperschaften³	Sozialversicherungen ³
Jahr		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
20004	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
20025	48,1	26,4	21,7
20035	48,5	26,5	22,0
20045	47,1	25,9	21,2
20055	46,9	26,1	20,8
20065	45,4	25,3	20,1

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Ergebnis der VGR; Stand: August 2007.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
			Schulden	in Mio. €¹		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505	1 480 625
Bund ²	697 290	719397	760 453	802 994	872 653	902 054
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 084	59210	58 830	57 250	15 367	14556
Länder	357 684	384773	414952	442 922	468 214	479 489
Gemeinden	82 669	82 662	84069	84258	83 804	81 877
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7531	7 467	2 6 4 9
Zweekverbande	7 100	7 133	1 423	7 33 1	1 401	2 043
nachrichtlich:	756274	770.607	040 000	000011	000000	046640
Bund + SR	756374	778 607	819 283	860 244	888 020	916610
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 366
nachrichtlich:						
Länder (West) 3	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404917
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70570	74 066	74572
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	68387
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15343	15 277	14774	13 489
demenden (Ost)	13028	15507	15545	13277	14774	13403
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390054	416 837	441 333	463 178	473 304
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	88 061
nachrichtlich:						
Sonderrechnungen Bund	59 084	59210	58 830	57 250	15 367	14556
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14357
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	-	-
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	300	199
Entschadigungsionas	203			den am BIP (in %		133
Öffentlicher Gesamthaushalt	57,0	58,5	61,3	63,1	64,5	63,8
Bund ²	33,0	33,6	35,1	36,3	38,9	38,8
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
_	·					
Länder	16,9	18,0	19,2	20,0	20,9	20,6
Gemeinden	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:						
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	38,9	39,6	39,5
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,8	24,6	24,2
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	14,2	15,1	16,1	16,8	17,6	17,4
, ,						
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	2,9
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	20,0	20,6	20,4
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8
nachrichtlich:						
Maastricht-Schuldenstand 4	58,8	60,3	63,8	65,6	67,8	67,5
		Schu	ılden insgesam	t (€)		
je Einwohner	14622	15 195	16066	16909	17 559	17987
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34234	35 878	37 263	37879
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt						
(in Mrd. €)	2 113,2	2 143,2	2 163,8	2211,2	2 244,6	2 3 2 2 , 2
•						
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,33!	5 82,475	82,518	82,498	82,438	82,3
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,310	6 39,096				39,0
			38,726	38,880	38,846	

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages. Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzung	der Volkswirtscha	ıftlichen Gesam	trechnungen²		Abgrenzung de	er Finanzstatistil
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher G	esamthaushalt ³
Jahr		Mrd.€	3.		Anteile am BIP in 9	<u> </u>	Mrd.€	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
20004	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	_	_
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
20025	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
20035	- 87,3	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
20045	- 83,6	- 82,2	- 1,3	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
20055	- 75,6	- 71,5	- 4,0	- 3,4	- 3,2	- 0,2	- 52,3	- 2,3
20065	- 37,3	- 40,8	3,5	- 1,6	- 1,8	0,2	- 38,9	- 1,7

 $^{^{1}\ \ \, \}text{Ab\,1991\,Bundes republik insgesamt.}$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2007.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % des BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 1,7	- 0,6	- 0,3
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,1	0,0	- 2,3	0,2	- 0,1	- 0,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,2	- 7,9	- 5,5	- 2,6	- 2,4	- 2,7
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,8	1,4	1,2
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 3,0	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,4	1,4	1,0	2,9	1,5	1,0
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,1	- 2,2
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,4	- 1,2	- 0,3	0,1	0,4	0,6
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,6	- 0,7	0,0
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,1	- 0,9	- 0,8
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,3	- 6,1	- 3,9	- 3,5	- 3,2
Slowenien	-	-	_	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,5	- 1,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,9	3,7	3,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,0	- 2,8	- 2,5	- 1,6	- 1,0	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	- 0,9	2,2	1,9	3,3	2,0	2,0
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	3,2	0,0	2,0	4,7	4,2	3,7	3,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	3,8	3,7	3,5
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,2	0,4	0,2	0,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 1,0
Malta	-	-	-	-	- 6,2	-10,0	- 4,9	- 3,1	- 2,6	- 2,1	- 1,6
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,9	- 3,4	- 3,3
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 3,2	- 3,2
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,1	2,2	2,2	2,4
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,4	- 2,9	- 2,8
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,5	- 2,9	- 3,9	- 3,6
Ungarn	-	-	_	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,8	- 4,9
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,6	- 3,2	- 3,1	- 3,1	- 2,8	- 2,6	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,4
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,7	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 1,0
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,3	- 2,6	- 2,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 3,9	- 3,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: Mai 2007.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % des BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,9	65,4	63,6
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,1	85,6	82,6
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,6	100,9	97,6
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,8	46,2	43,2	39,9	37,0	34,6
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,3	66,2	63,9	62,9	61,9
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,2	29,7	27,4	24,9	23,0	21,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	105,0	103,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,1	6,8	6,7	6,0
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	48,7	47,7	45,9
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,9	63,5	62,2	60,6	59,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,8	58,2	63,6	64,7	65,4	65,8
Slowenien	-	-	-	-	27,6	28,6	28,9	28,4	27,8	27,5	27,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,1	37,0	35,2
Euroraum	33,5	50,3	56,7	72,4	69,2	69,2	69,7	70,5	69,0	66,9	65,0
Bulgarien	_	-	-	-	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	20,9	19,0
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,2	25,0	20,0
Estland	_	-	-	8,8	5,2	5,7	5,2	4,4	4,1	2,7	2,3
Lettland	-	-	-	-	12,3	14,4	14,5	12,0	10,0	8,0	6,7
Litauen	-	-	-	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	18,6	19,9
Malta	_	-	-	-	56,0	70,4	73,9	72,4	66,5	65,9	64,3
Polen	_	-	-	-	35,9	47,1	45,7	47,1	47,8	48,4	49,1
Rumänien	-	-	-	_	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,8	13,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	46,9	42,1	37,7
Slowakei	-	-	-	22,0	50,2	42,4	41,5	34,5	30,7	29,7	29,4
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,4	30,6	30,9
Ungarn	-	-	-	-	54,2	58,0	59,4	61,7	66,0	67,1	68,1
Vereinigtes Königreich	52,3	51,8	33,4	51,0	41,2	38,8	40,3	42,2	43,5	44,0	44,5
Zypern	_	-	-	-	58,8	69,1	70,3	69,2	65,3	61,5	54,8
EU-27	_	-	-	-	61,8	61,8	62,2	62,9	61,7	59,9	58,3
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,2	62,0	62,2	61,2	62,5	63,0
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	173,1	175,7	175,7	175,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Stand:Mai 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2007. Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Komission, "Europäische Wirtschaft" "Statistischer Anhang, Mai 2007.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuerr	n in % des BIP										
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005							
Deutschland ^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	20,6	20,8							
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5							
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6							
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4							
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0							
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8								
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0							
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4							
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8							
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6							
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0							
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0							
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0							
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5							
Polen	-	-	-	25,8	23,0	20,4	20,3								
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5								
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8							
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9							
Slowakei	-	-	-	-	19,9	18,5	18,4	18,4							
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8							
Tschechien	-	-	-	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1							
Ungarn	-	-	-	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4							
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2							
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2							

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

 $^{^2\ \} Nicht vergleichbar\ mit\ Quoten\ in\ der\ Abgrenzung\ der\ Volkswirtschaftlichen\ Gesamtrechnung\ oder\ der\ deutschen\ Finanzstatistik\ .$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land			Ste	uern und Soziala	bgaben in % de	s BIP		
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland ^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,5	34,7	34,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	-	-	_	37,0	32,5	34,9	34,4	
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	-	-	_	-	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	-	-	-	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	-	-	-	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.
 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008		
Deutschland ¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	48,5	47,1	46,8	45,7	44,3	43,7		
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5		
Griechenland	-	-	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2		
Spanien	-	-	-	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5		
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7		
Irland	-	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5		
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3		
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0		
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2		
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9		
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5		
Slowenien	-	-	-	-	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4		
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3		
Euroraum	-	-	-	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2		
Bulgarien	-	-	-	-	-	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6		
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6		
Estland	-	-	-	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4		
Lettland	-	-	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4		
Litauen	-	-	-	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0		
Malta	-	-	-	-	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4		
Polen	-	-	-	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4		
Rumänien	-	-	-	-	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2		
Schweden	-	-	-	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5		
Slowakei	-	-	-	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6		
Tschechien	-	-	-	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0		
Ungarn	-	-	-	-	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0		
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3		
Zypern	-	-	-	-	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9		
EU-27 ²	-	-	-	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7		
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3		
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0		

¹ 1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft". Stand: April 2007.

² 1995 und 2000: EU-15.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

		2001	2002	2003	2004	2005	2006
Aus	gabenseite						
a)	Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
	davon:						
	Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
	Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
	Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
	Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
	Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
	Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
	Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
	Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b)	Zuwachsraten (in%)						- 4
	Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
	davon:						
	Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	3,4
	Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 4,2	- 1,3
	Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	9,8	11,8
	Externe Politiken	10,2	4,5	- 2,9	7,5	8,7	7,2
	Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
	Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	- 22,2	228,6
	Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	- 2,3	- 18,1
	Ausgleichszahlungen					- 7,1	- 18,3
c)	Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):	F1.0	F1 1	40.0	42.5	46.2	46.7
	Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
	Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
	Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
	Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
	Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
	Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
	Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
	Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Ein	nahmenseite						
a)	Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
	davon:	12.01	7.05	0.46	10.50	12.02	12.07
	Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
	Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
	MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
	BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b)	Zuwachsraten (in %)	1.7	1.2	2.1	10.7	2.5	0.3
	Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	- 2,1	10,7	3,5	0,3
	davon:		27.0	40.0	44.0	42.5	45.4
	Zölle	- 2,3	- 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
	Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 17,6	- 29,2	10,3	23,0	19,9	- 50,7
	MwSt-Eigenmittel	- 11,0	- 28,5	- 5,0	- 34,6	15,2	7,4
	BSP/BNE-Eigenmittel	- 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	- 2,7
c)	Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen): Zölle						
	Agrarzölle und Zuckerabgaben	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
	MwSt-Eigenmittel	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
	BSP/BNE-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
	DSI / DITE EIGENINICCI	37,0	48,2	22,1	66,6	66,2	64,2

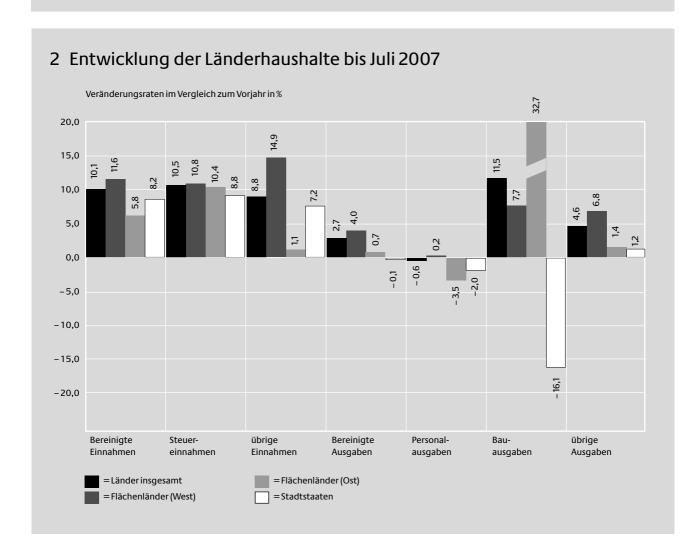
2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1–6. Stand: Februar 2007.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007

	Flächenlän	der (West)	Flächenländer (Ost)		Stadts	taaten	Länder zusammen	
in Mio. €	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	176 369	105 058	50 863	28 632	32 272	18 263	253 414	148 440
darunter:								
Steuereinnahmen	142 110	83 061	25 761	15 000	19844	11 166	187 714	109 226
übrige Einnahmen	34 259	21 997	25 102	13 633	12 429	7 098	65 699	39 213
Bereinigte Ausgaben	184 493	107 115	52 382	28 006	34 322	19 918	265 107	151 52
darunter:								
Personalausgaben	72 509	42 903	12 422	7 034	10889	6386	95 820	56 323
Bauausgaben	2 385	954	1 659	665	673	221	4717	1 839
übrige Ausgaben	109 600	63 259	38 301	20 307	22 759	13 311	164 570	93 363
Finanzierungssaldo	- 8 121	- 2 057	- 1519	626	- 2 052	- 1654	- 11 692	- 3 086



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2007; in Mio. €

Lfd.		Juli 2006				Juni 2007		Juli 2007			
Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder⁵	Ins- gesamt ⁵	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte										
11	Bereinigte Einnahmen ¹										
	für das laufende Haushaltsjahr	123 551		247 710	119 996	129 819 ⁶		142 225	148 440	280 272	
111	darunter: Steuereinnahmen	107117	97 671	204788	106 990	973176	204307	125 221	109 226	234 447	
112 113	Länderfinanzausgleich ¹ nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	149 442 ³	39 746	- 189 187	- 116340 ³	27 695	144 035	- 136 681 ³	36 022	- 172 703	
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	161 115	145 669	297 469	134 628	129 964	256 695	168 091	151 525	309 223	
121	· .										
	(inklusive Versorgung)	15 450	55 848	71 299	13 308	48 413	61 721	15326	56323	71 649	
122	Bauausgaben	2 291	1 623	3914	1 784	1 461	3 2 4 5	2 3 2 8	1839	4167	
123 124	Länderfinanzausgleich ¹ nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	120393	-155 35 611	- 155 156 005	103 328	155 37560	155 140 888	- 125 291	141 45 068	141 170 359	
			33011	130003	103320	31300	1 10 000	123231	13 000	110333	
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 37 564	- 12 195	- 49 759	- 14 631	- 145 ⁶	- 14 776	- 25 866	-3 086	- 28 951	
14	Einnahmen der Auslaufperiode des										
	Vorjahres	-	-	_	-	-	-	-	_	-	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des										
16	Vorjahres Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)	_	-	-	-	-	-	-	-	_	
10	(14–15)	_	_	_	_	_	_	_	_	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss-										
	nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen²	29 408	3 827	33 234	14059	-9921	4137	11 615	-9120	2 495	
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)										
21	des noch nicht abgeschlossenen										
	Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-191	-191	-	535	535	-	535	535	
22	der abgeschlossenen Vorjahre		-180	-180		165	165	_	1.05	1.00	
	(Ist-Abschluss)		- 160	-100		105	165		165	165	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.	7.004	45704	22.204		407265	44.200	5 5 2 2 2	0.740	4.4766	
31 32	Verwahrungen Vorschüsse	7 681	15 701 14 588	23 381 14 588	573 -	10 726 ⁶ 12 694	11 299 12 694	5 520	9 249 12 879	14 769 12 879	
	Geldbestände der Rücklagen und		14 300	14 300		12 034	12 034		12013	12073	
	Sondervermögen	_	2 992	2992	-	9654	9 654	-	9 781	9 781	
34	Saldo (31–32+33)	7 681	4 105	11 785	573	7 686 ⁶	8 259	5 520	6 150	11670	
4	Kassenbestand ohne schwebende										
	Schulden (13+16+17+21+22+34)	-476	-4635	-5110	0	-1681	-1681	-8731	-5355	-14086	
5	Schwebende Schulden										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	476	3 125	3 601	0	1 223	1 223	8 731	3 9 2 6	12 657	
52	Schatzwechsel	_	-	-	-	-	-	-	-	-	
53 54	Unverzinsliche Schatzanweisungen Kassenkredit vom Bund	_	_	_	_	_	_	_	_	-	
55		_	404	404	-	1 165	1 165	_	195	195	
	Zusammen	476	3 529	4005	0	2388	2388	8 731	4121	12 852	
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-1106	-1106	0	708	708	0	-1234	-1234	
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)										
71	Innerer Kassenkredit ⁴	_	1 029	1 029	-	1 235	1 235	-	1 667	1 667	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt-										
	kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	_	1 922	1 922		3376	3 3 7 6	_	3 507	3 507	
	where (chiscinicishen 71)	_	1 322	1 344	_	3370	3370		3 301	3 30 1	

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.\ ^{1} In\ der\ Ländersumme\ ohne\ Zuweisungen\ von\ Länderfinanzausgleich,\ Summe\ Bundender Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.\ ^{1}$ und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vor $jahre, R\"{u}ck lagen bewegung, Nettok reditauf nahme/Nettok redittilgung. {\it 0} Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur Schuldentilgung. {\it 0} Nur aus nicht zum Bestand der nahmen zur$ Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. 5 Ohne Saarland. 6 Geänderte Werte gegenüber der BMF-Veröffentlichung Juni 2007 aufgrund einer Korrekturmeldung.

Stand: September 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
	, and the second									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	19.016.4	21 256,0	5 474,3	11 530,2	3 668,8	12 813,9	27 969,7	6 907,0	1 604,2
111	darunter: Steuereinnahmen		17351,1	2 987,5	9886,7		9117,3	23 675,2 ⁶	•	1 282,9
112	Länderfinanzausgleich ¹	15 205,2	-	306,7	J 000,1	293,8	118,6	30,9	224,1	74,0
	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	4015,0	1 907,4	1 189,1	1 250,0		3 391,7	9144,1	4169,4	747,0
12	Bereinigte Ausgaben ¹									
12	für das laufende Haushaltsjahr	18 977 7	20 356,2	5 403,6	12 384,3	3 803,6	13 462,1	28 327,2	7 3 1 6, 3	1 958,1
121	darunter: Personalausgaben	10 371,1	20 330,2	3 403,0	12 304,3	3 003,0	13 402,1	20 321,2	7 3 10,3	1 330,1
	(inklusive Versorgung)	8 234,6	9328,4	1 247,8	4018,2	863,2	4960,63	10 713,0 ³	2 949,1	786,0
122	Bauausgaben	168,3	397,7	83,3	185,2	107,3	44,0	56,1	19,7	29,0
123	Länderfinanzausgleich ¹	962,7	1293,6	_	2 089,9	-	_	-169,0	-	-
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 159,2	2 040,9	1913,9	3 191,1	703,6	5 088,4	10609,0	3 886,3	707,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
	(Finanzierungssaldo)	38,7	899,8	70,7	-854,2	-134,8	- 648,2	- 357,6	- 409,4	- 353,9
14	Einnahmen der Auslaufperiode des									
	Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des									
	Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	_	_	_	_	_	_	_	_	_
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss-									
	nachweisung der Landeshauptkasse ²	-135,1	-34,3	-453,4	-2026,4	-639,1	-1686,8	-1491,7	319,4	51,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen									
	Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	_	_	_	_	_	_	_	
22	der abgeschlossenen Vorjahre	333,2								
	(Ist-Abschluss)	-	153,9	_	-	10,7	-	_	-	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 430,9	1 027,1	248,6	535,8	274,9	411,3	645,0	1597,1	225,6
32	Vorschüsse	3 194,4	5 3 9 5, 2	11,6	6,5		647,2	23,6	1506,6	-10,3
33	Geldbestände der Rücklagen und									
	Sondervermögen	292,3	3 348,8	0,0	723,7	184,7	1679,2	592,6	_	10,0
34	<u> </u>		-1019,3	237,0	1 253,0		1 443,3	1213,9	90,4	245,9
4	Kassenbestand ohne schwebende									
•	Schulden (13+16+17+21+22+34)	-32,4	0,0	-145,7	-1627,5	-304,2	-891,7	-635,4	0,4	-56,5
_										
5	Schwebende Schulden	0.0		0.0	1 7 42 0	206.0	22.0	F 40.0	0.0	157
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	_	0,0	1 743,0	206,0	22,0	540,0	0,0	157,3
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	_	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	_	_	-	_	_	_	-	
54 	Kassenkredit vom Bund	-	-	_	-	-	-	_	-	
55 56	Sonstige Zusammen	-	_	-	17420	206.0	195,0	E40.0	-	157
		0,0		0,0	1743,0		217,0	540,0	0,0	157,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	-32,4	0,0	-145,7	115,5	-98,2	-674,7	-95,4	0,4	100,8
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	-	-	_	-	-	1 322,1	-	-	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt-									
	kasse/Landeshauptkasse gehörende							_		
	Mittel (einschließlich 71)	_	_	_	-	-	1 679,2	565,2	_	

 $Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. {}^{1} In der L{}^{2} Hausschaft gen von L{}^{2}$ $haltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, R\"{u}cklagen bewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.$ ³ Ohne August-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. $nicht zu \ ermitteln.\ ^{5} \ NW-Darin \ en thalten \ 381,826 \ Mio. \\ \in \ Zuschlag \ zur \ Gewerbesteuer um lage.\ ^{7} \ Nur \ aus \ nicht \ zum \ Bestand \ der \ Bundes-/Landeshauptschaft \ Ausgeber \ Aus$ kasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: September 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2007; in Mio. €

t dem 1. Januar gebuchte reinigte Einnahmen¹ das laufende Haushaltsjahr runter: Steuereinnahmen Länderfinanzausgleich¹ chr.: Kreditmarktmittel (brutto) reinigte Ausgaben¹ das laufende Haushaltsjahr	9 314,6 4 744,8 662,0 -42,0	5 021,7 2 674,7	4 483,2					
das laufende Haushaltsjahr runter: Steuereinnahmen Länderfinanzausgleich¹ chr.: Kreditmarktmittel (brutto) reinigte Ausgaben¹	4744,8 662,0	•	4 483,2					
runter: Steuereinnahmen Länderfinanzausgleich¹ chr.: Kreditmarktmittel (brutto) reinigte Ausgaben¹	4744,8 662,0	•	4 483,2					
Länderfinanzausgleich¹ chr.: Kreditmarktmittel (brutto) reinigte Ausgaben¹	662,0	2 674,7		5 152,9	11 221,3	1 729,0	5 531,2	148 439,5
chr.: Kreditmarktmittel (brutto) reinigte Ausgaben¹	-		3 455,4	2782,7	5 478,7	1 087,0	4599,9	109 226,3
reinigte Ausgaben¹	_42 N	361,9	74,9	380,1	1 560,3	167,6	_	-
	72,0	1 858,2	2 379,7	1112,1	4 698,9	1 165,4	-1028,9	36 021,5
das lautende Hausnaltslanr	0.022.4	F F 40 4	4055.7	F 247.4	12.120.0	2 2 7 0 4	E 630 6	454 534 7
runter: Personalausgaben	8 033,4	5 548,4	4 855,7	5 217,1	12 128,9	2 378,4	5 628,6	151 524,7
(inklusive Versorgung)	2301,9	1 248,4	1913,0	1372,8	3 886,4	748,8	1 750,7	56322,9
Bauausgaben	297,7	74,1	53,7	102,7	58,3	37,9	124,3	1839,3
Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	_	-	218,2	140,5
chr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 027,1	2 306,3	2 425,0	1091,4	4926,4	991,7	-	45 067,9
ehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	1 281,2	E26 7	- 372,5	64.3	- 907,6	- 649,4	07.4	-3 085,5
nanzierungssaldo)	1 201,2	- 526,7	-372,5	- 64,2	- 907,6	- 049,4	- 97,4	- 3 085,5
nahmen der Auslaufperiode des rjahres	_	_	_	_	_	_	_	_
sgaben der Auslaufperiode des	_	_	_	_	_	_	_	_
rjahres	_	_	_	_	_	_	_	_
ehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)								
–15) grenzungsposten zur Abschluss-								
chweisung der Landeshauptkasse ²	-1373,2	-448,8	-165,9	18,3	-214,0	183,9	-1024,0	-9119,6
ehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)								
s noch nicht abgeschlossenen								
rjahres (ohne Auslaufperiode)	-	_	-	-	_	-	_	535,2
r abgeschlossenen Vorjahre								
:-Abschluss)		-	_	_	_	-	_	164,6
rwahrungen, Vorschüsse usw.								
rwahrungen	446,7	804,4	0,0	-190,2	136,1	71,2	584,7	9 2 4 9 , 2
rschüsse	1 935,2	28,0	0,0	78,0	-	-27,7	90,4	12 879,3
ldbestände der Rücklagen und ndervermögen	1 485,6	99,6	0,0	2,2	433,6	190,4	737,9	9 780,6
do (31–32+33)	-2,9	876,0	0,0	-266,0	569,7	289,3	1 232,2	6 150,3
ssenbestand ohne schwebende	·							
nulden (13+16+17+21+22+34)	-94,9	-99,5	-538,4	-311,9	-551,9	-176,3	110,8	-5355,1
nwebende Schulden								
ssenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	208,0	565,0	202,5	282,0	3 925,8
natzwechsel	-	-	-	-	_	-	-	-
verzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	_	-	_	-
ssenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
nstige	- 0.0	- 0.0	- 0.0	208.0	565.0	202 F	- 202 0	195,0 4120,8
	-94,9	-99,5	-538,4	- 103,9	13,1	26,2	392,8	-1234,3
1 1 1 1 4 1 1 1 1 1 1 1 1							245 1	1,007,0
chrichtl. Angaben (oben enthalten)								1 667,2
nerer Kassenkredit ⁷	-	_			_		343,1	, _
	-	_	_	_	_		J-13,1	, _
sai	tige mmen enbestand insgesamt (4+56) ⁴ richtl. Angaben (oben enthalten)	tige - 0,0 enbestand insgesamt (4+56) ⁴ - 94,9 richtl. Angaben (oben enthalten)	tige $ 0,0$ $0,0$ enbestand insgesamt (4+56) ⁴ $-94,9$ $-99,5$ richtl. Angaben (oben enthalten)	tige	tige	richtl. Angaben (oben enthalten)	tige	richtl. Angaben (oben enthalten)

 $Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ^1 In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ^2 Hausschaft und der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ^2 Hausschaft und der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ^2 Hausschaft und der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ^2 Hausschaft und der Ländersumme ohne Zuweisungen von Von Ländersumme ohne Zuweisungen von Von Ländersumme ohne Zuweisungen von V$ $haltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, R\"{u}cklagen bewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. Mettokredittilgung. Mettokredittilgung.$ $^3\,Ohne\,August-Bezüge.\,^4\,Minusbetr\"{a}ge\,beruhen\,auf\,sp\"{a}ter\,erfolgten\,Buchungen.\,^5\,SH-Wegen\,Umstellung\,des\,Mittelbewirtschaftungsverfahrens\,zzt.$ nicht zu ermitteln. 6 NW – Darin enthalten 381,826 Mio. \in Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. 7 Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: September 2007.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen **Entwicklung**

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstäti	ge im Inland¹	Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen-	Brutto	oinlandsprodukt	(real)	Investitions- quote ⁴
		Verän- derung	quote-	1036	quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	quote
	Mio.	in%p.a.	in%	Mio.	in%	Vei	ränderung in % p	. a.	in%
1991	38,6		50,8	2,0	4,9				23,2
1992	38,1	- 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	- 1,3	49,7	2,8	6,9	- 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	- 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	- 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	- 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	- 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	- 0,9	51,3	3,7	8,7	- 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,1	0,7	0,5	17,5
2005	38,8	- 0,1	51,7	3,9	9,1	0,8	0,9	1,3	17,4
2006	39,1	0,6	51,5	3,4	8,1	2,9	2,2	2,4	18,0
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	- 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,0	1,4	18,2

 $^{^1 \,} Erwerbst \"atige + Erwerbslose [ILO]) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbst \"atige + Erwerbslose [ILO]) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbst \'atige + Erwerbslose [ILO]) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbst \'atige + Erwerbslose [ILO]) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbst \'atige + Erwerbslose (ILO]) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbst \'atige + Erwerbslose (ILO)) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbst \'atige + Erwerbslose (ILO)) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbslose (ILO)) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbslose (ILO)) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbslose (ILO)) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbslose (ILO)) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbslose (ILO)) in \% \, der \, Wohnbev\"olkerung nach ESVG \, 95. \, ^2 \, Erwerbspersonen (inländische Erwerbslose (ILO)) in \% \, der \, Wohnbev$

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt	Bruttoinlands- produkt	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haus-	Verbraucher- preisindex	Lohnstück- kosten ²
	(nominal) ¹	(Deflator)		(Deflator)	halte (Deflator)1	(2000=100)	
			V	/eränderung in % p.	a.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,1	0,8
2004	2,2	1,1	- 0,4	1,3	1,6	1,6	- 0,4
2005	1,5	0,7	- 1,3	1,2	1,6	2,0	- 0,7
2006	3,5	0,6	- 1,5	1,1	1,4	1,7	- 1,1
2001/1996	2,4	0,3	- 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,9	1,0	0,0	1,1	1,4	1,5	- 0,2

 $^{^1}$ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Stand: August 2007.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal). Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderu	ng in % p. a.	Mrd.€	Mrd.€		Anteile a	m BIP in %	
1991			- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	9,9	7,5	111,03	98,51	38,3	33,3	5,0	4,5
2005	8,3	9,2	113,33	105,76	40,9	35,8	5,0	4,7
2006	14,0	14,3	126,38	121,80	45,1	39,6	5,4	5,2
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,3	5,8	96,2	69,3	38,4	34,1	4,3	3,1

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2007.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-	Unterneh-	Arbeitnehmer-	Lohno	quote	Bruttolöhne	Reallöhn
	einkommen	mens- und	entgelte			und-gehälter	(je Arbei
		Vermögens-	(Inländer)			(je Arbeit-	nehmer
		einkommen				nehmer)	
				unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränd	erung
	Ve	eränderung in % p.	a.	in	%	in% p	o. a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,3	- 0
2004	4,2	13,4	0,4	68,2	69,6	0,6	0
2005	1,4	5,9	- 0,6	66,8	68,4	0,3	- 1
2006	3,6	7,2	1,7	65,6	67,2	0,9	- 1
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0
2006/2001	2,3	6,5	0,5	69,1	70,4	0,9	- 0

 $^{^1} Arbeitnehmerentgelte in \% des Volkseinkommens. ^2 Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ^3 Nettolöhne und -gehällen volkseinkommens volkseinkommen v$ terje Arbeit nehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: August 2007.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %											
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008		
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	- 0,2	1,2	0,9	2,7	2,5	2,4		
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	3,1	2,3	2,		
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	4,3	3,7	3,		
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,9	3,7	3,		
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,0	2,4	2,		
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	6,0	5,0	4,		
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,		
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	6,2	5,0	4,		
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	2,9	2,8	2,		
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,9	2,		
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,3	0,5	1,3	1,8	2,		
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	5,2	4,3	4,		
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,5	3,1	2,		
Euroraum	2,4	3,5	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,7	2,6	2,		
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,1	6,		
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,1	2,3	2,		
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	11,4	8,7	8,		
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	9,6	7,		
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,5	7,3	6,		
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,3	0,4	3,0	2,9	3,0	2,		
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,5	6,1	6,1	5,		
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,7	6,		
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,4	3,8	3,		
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,5	6,		
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,1	4,9	4,		
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	3,9	2,4	2,		
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,8	2,8	2,		
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,		
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,7	3,0	2,9	2,		
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	2,3	2,		
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,3	2,2	2,		

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", statistischer Anhang, Mai 2007. Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007. Stand: Mai 2007.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährli	che Veränderung	en in %		
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	1,9	1,7
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,3	1,8	1,8
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,2	3,1
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,4	2,6
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,7	2,6	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,0	2,4	2,0
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,7	1,5	2,1
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	3,0	2,3	2,3
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,6	2,7
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,7
Euroraum	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	1,9	1,9
Bulgarien	5,8	2,3	6,1	6,0	7,4	4,2	4,3
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	1,9	1,9	2,2
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	5,1	5,3
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,6	7,2	6,2
Litauen	0,3	- 1,1	1,2	2,7	3,8	4,7	4,4
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	2,6	1,4	2,1
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,3	2,0	2,5
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,2	1,9
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,4
Tschechien	1,4	- 0,1	2,6	1,6	2,1	2,4	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	4,0	7,5	3,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,0
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,2	1,3	2,0
EU-27	2,5	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,1
Japan	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,3	0,2	0,0	0,4
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,2	2,3	1,9

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land		in % der zivilen Erwerbsbevölkerung											
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008			
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,0	9,5	9,5	8,4	7,3	6,			
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,8	7,0			
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,5	8,			
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,6	8,1	7,			
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,4	9,6	9,7	9,4	8,9	8,			
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	4,			
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	6,6	6,			
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,6	4,			
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2	2,			
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,8	4,4	4,			
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	7,7	7,			
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	5,8	5,			
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,2	6,			
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,2	8,7	8,8	8,6	7,9	7,3	6,			
Bulgarien	-	-	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	8,2	7,			
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,3	3,			
Estland	-	-	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	6,6	6,			
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	6,3	6,			
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,8	4,			
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,4	7,4	7,			
Polen	-	-	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	11,0	9,			
Rumänien	-	-	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,4	7,2	7,			
Slowakei	-	-	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	12,2	11,			
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,0	6,4	5,			
Tschechien	-	-	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	6,4	6,			
Ungarn	-	-	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,8	7,			
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,0	4,			
Zypern	-	-	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,7	4,8	4,			
EU-27	-	-	-	8,6	9,0	9,0	8,7	7,9	7,2	6,			
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	4,1	4,			
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,7	5,			

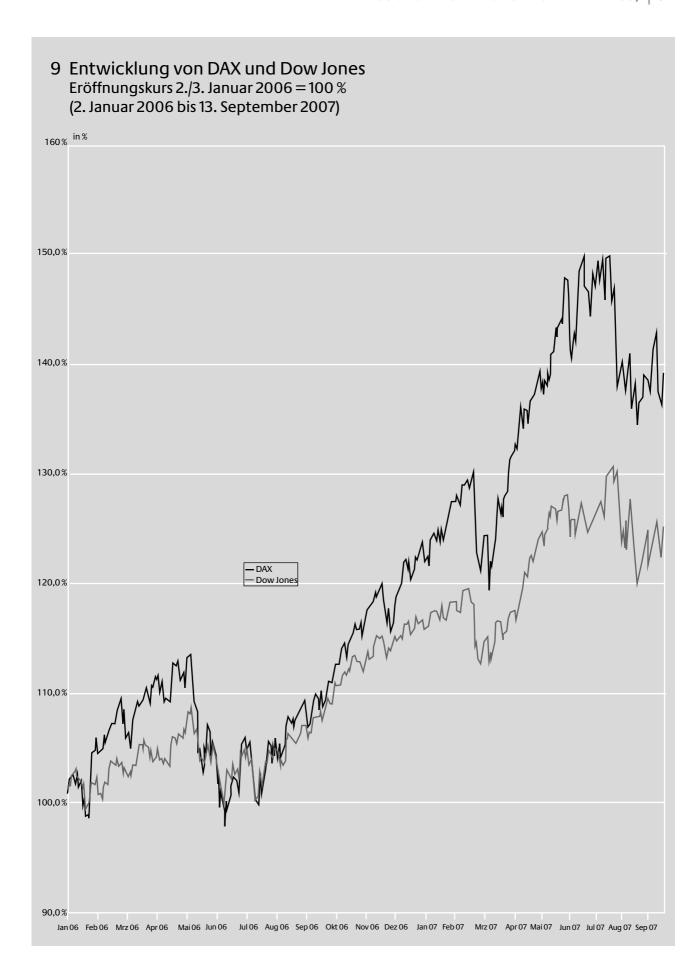
 $Quellen: F\"{u}rdie Jahre 1985\ bis 2000: EU-Kommission,\ "Europ\"{a}ische Wirtschaft", statistischer Anhang, Mai 2007.$ Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007. Stand: Mai 2007.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reale	Bruttoi	nlandspr	odukt	,	Verbrauc	herpreis	e		e <mark>istungsl</mark> n % des n		
		Ve	ränderur	ngen geg	genüber	Vorjahr i	n %			n % des n uttoinlar		
	2005	2006	20071	20081	2005	2006	20071	20081	2005	2006	20071	2008
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6↑	7,7↑	7,0↑	6,4	12,4↑	9,6↓	9,0↓	8,3	8,8	7,7↓	5,0↓	4,4
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7↑	6,4↓	5,9	12,7†	9,7	8,1↓	7,5	10,9	9,8 ↓	6,2↓	5,0
Ukraine	2,7 🕇	7,1†	5,0↑	4,6	13,5	9,01	11,3 🕇	10,0	2,9↓	-1,7↓	-4,1↓	-5,5
Asien	8,7↑	8,9 ↑	8,4↑	8,0	3,5↑	3,7 ↑	3,7↑	3,2	4,5↓	5,4↑	5,7↑	5,9
darunter												
China	10,4 🕇	10,7 †	10,0	9,5	1,8	1,5	2,2	2,3	7,2	9,1 ↑	10,0†	10,5
Indien	9,2↑	9,2 ↑	8,4↑	7,8	4,2 ↑	6,1↑	6,2 ↑	4,3	-0,9†	-2,2↓	-2,4†	-2,3
Indonesien	5,7 🕇	5,5 🕇	6,0	6,3	10,5	13,1↑	6,3 🕇	5,3	0,1↓	2,7 ↑	1,8 ↑	1,3
Korea	4,2↑	5,0	4,4↑	4,4	2,8↑	2,2↓	2,5↓	2,5	1,9↓	0,7↑	0,3	0,0
Thailand	4,5	5,0 ↑	4,5↓	4,8	4,5	4,6↓	2,5↓	2,5	-4,5↓	1,6 ↑	1,5↑	0,9
Lateinamerika	4,6↑	5,5↑	4,9↑	4,2	6,3	5,4↓	5,2	5,7	1,4	1,7 ↑	0,5↓	- 0,2
darunter												
Argentinien	9,2	8,5↑	7,5↑	5,5	9,6	10,9↓	10,3↓	12,7	1,9	2,4↑	1,2↑	0,4
Brasilien	2,9†	3,7↑	4,41	4,2	6,9	4,2↓	3,5↓	4,1	1,6↓	1,3 🕇	0,8↑	0,3
Chile	5,7↓	4,0↓	5,2↓	5,1	3,1	3,4↓	2,5↓	3,0	0,6	3,8 🕇	2,7 🕇	-0,2
Mexiko	2,8↓	4,8†	3,4↓	3,5	4,0	3,6↑	3,9↑	3,5	-0,6	-0,2	-1,0↓	-1,4
Venezuela	10,3†	10,3†	6,21	2,0	15,9	13,6 🕇	21,6†	25,7	17,8↓	15,0↓	7,0↓	6,2
Sonstige												
Türkei	7,4	5,5↑	5,0	6,0	8,2	9,6↓	8,0↑	4,3	-6,3†	-8,0↓	-7,3↓	-6,8
Südafrika ²	5,1	5,0	4,7	4,5	3,4	4,7	5,5	4,9	-3,8	-6,4	-6,4	-6,0

Prognosen des IWF [†/ L= aktuelle Progose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt].
 Neu in diese Übersicht aufgenommen, daher noch keine Veränderungswerte.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2007.



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes					
	Aktuell 13.9.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	13 425	12 475	7,62	10 667	12511
Eurostoxx 50	3 765	3 747	0,49	3 204	3 739
Dax	7 536	6 681	12,79	5 292	6 597
CAC 40	5 565	5 618	- 0,94	4615	5 618
Nikkei	15 821	17354	- 8,83	14219	17 563
Renditen staatlicher Benchmark	kanleihen				
10 Jahre	Aktuell 13.9.2007	Anfang 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	4,47	4,69	-	4,33	5,25
Bund	4,16	3,95	- 0,31	3,26	4,12
Japan	1,53	1,72	- 2,94	1,43	2,00
Brasilien	12,02	12,35	7,55	12,57	16,91
Währungen					
	Aktuell 13.9.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,39	1,32	5,29	1,18	1,33
Yen/Dollar	115,05	119,07	- 3,38	109,67	119,74
Yen/Euro	159,62	157,16	1,57	137,50	157,08
Pfund/Euro	0,69	0,67	2,37	0,67	0,70

HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT KOMMUNIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE
ODER
HTTP://WWW.BMF.BUND.DE

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, SEPTEMBER 2007

Satz und Gestaltung: Heimbüchel pr, Kommunikation und Publizistik GmbH, Berlin/Köln

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN: TELEFONISCH O 18 05 / 77 80 90¹ PER TELEFAX O 18 05 / 77 80 94¹

ISSN 1618-291X

 $^{^{1}~}$ Jeweils 0,12 \in /Min. Aus dem Festnetz, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unhabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl

tischer Gruppen verstanden werden könnte.

nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner poli-

ISSN 1618-291X